D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 97
März '78 DM 2,–

Staeck-Postkarte

Zum Tarifkonflikt in der Druckindustrie

Der aktuelle Tarifkonflikt in der Druckindustrie hat über die Verlage und Druckereien hinaus prinzipielle Bedeutung. Die Einführung vollintegrierter elektronischer Textverarbeitungssysteme macht vor keinem Bereich der Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes halt. Insofern zeigen die bisher gescheiterten zweieinhalbjährigen Bemühungen der IG Druck und Papier um einen Tarifvertrag über die Einführung neuer Technologie exemplarisch sowohl die Grenzen der Kompromißbereitschaft der Kapitalverbände als auch die Grenzen bisheriger gewerkschaftlicher Tarifpolitik auf. Gemachte Erfahrungen und erzielte Erfolge bzw. Mißerfolge verdeutlichen, daß ohne eine radikale Neubestimmung kämpferischer Interessenpolitik von der Basis her nichts mehr geht.

Die Einführung elektronischer Textverarbeitungssysteme in Redaktion, Verlag und Technik der Pressehäuser und Druckereien bedroht nicht nur die Existenz von sechzigtausend dort Beschäftigten, sondern die IG Druck und Papier selbst. Insbesondere betroffen sind die Facharbeiter der Textverarbeitung und Druckformherstellung, die den aktiven Kern der Gewerkschaft ausmachen. 70% ihrer Arbeitsplätze sind gefährdet; noch mehr, wenn es den Verlegern gelingt, die Texteingabe über Bildschirmterminals durch Redakteure und billige Schreibkräfte durchzusetzen.

FORTSETZUNG SEITE 2

IN DIESER AUSGABE: Kommentare Roger Maidorn: Tarifkonflikt in der Druckindustrie 1 ● Interview zum Hafenarbeiterstreik 2 ● Carl-Wilhelm Macke: Kirchliche Terrorismuserklärungen 4 ● Maria Skotou: Militärdienst für Frauen 5 ● Ulrich Mückenberger: Hochschullehrer-Sternfahrt nach Hannover 7 ● Ulrich K. Preuß: Wissenschaftsfreiheit 8 ● **Gewerkschaften** H.E. Brand: Filze 10 ● Paul Tostors: Europäische Gewerkschaftsstrategie 11 ● **Repression** Albrecht Funk: Razziengesetze 13 ● **Diskussion** Joachim Perels: Blochs Ketzerchristentum 15 ● **SB-Delegiertenrat:** Arbeitsperspektiven 17 ● **Russell-Tribunal** Klaus Vack: Aktueller Stand 19 ● Programm der 1. Sitzung 20 ● Protestbriefe gegen DGB-Erklärung 20 ● **Informationen Initiativen Berichte Aktionen** Antimilitaristische Soldatenarbeit 6 ● Zuschrift aus dem Knast 21 ● G. Schefer/Ch. Engell: Tunix 22 ● Th. Helmradt: ESG-Konflikte 23 ● SB-Hamburg: Bürgerschaftswahl 24 ● AF Sozialarbeit: Jugendhilfetag 26 ● "Aktionskreis Leben" 28

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Dieser Zielsetzung entsprechend bedienen sich die Einzelkapitale und die Unternehmerverbände (Bundesverband Druck, Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger, Verband Deutscher Zeitschriftenverleger) gezielter Spaltungs-, Verweigerungs- und Hinhaltetaktiken. Durch die Ausgliederung der alten Technik (Bleisatz) in selbständigen Druckereigesellschaften und die Eingliederung der neuen Techniken (Lichtsatz) in Verlagsgesellschaften sollen die Facharbeiter aus der Besetzungsfrage rausgehalten und die neuen Tätigkeiten dem Tarifbereich der Verlagsangestellten zugeschlagen werden. Die seit September 1975 von der IG Druck geforderten Verhandlungen um einen Tarifvertrag über die Einführung der neuen Technologie verweigerten die Verbände mit der Argumentation, man müsse erst hinreichende Erfahrungen mit ihrer Anwendung in den Betrieben machen, um zu sinnvollen tariflichen Regelungen gelangen zu können. Erst der 1976 geführte Tarifkampf brachte als ein Ergebnis der Schlichtung für die Unternehmer die Auflage, sich Tarifverhandlungen zu stellen. Die ohnehin nicht besonders starke Position der IG Druck und Papier erfuhr eine weitere Schwächung dadurch, daß sie sich auf eine Tarifgemeinschaft mit den ständischen Organisationen DAG und Deutscher Journalisten-Verband und der ebenfalls nicht kampfbereiten Gewerkschaft HBV einließ, um – wie es hieß – der "Bereichsflucht" durch einen übergreifenden Tarifvertrag zu begegnen.

Der von der Tarifgemeinschaft erarbeitete und im Mai 1977 den Unternehmern ohne vorherige Diskussion in der Mitgliedschaft vorgelegte Entwurf eines Rastertarifvertrages hatte dann auch nur den Charakter eines Sozialplans und kam den Rationalisierungsvorstellungen der Unternehmer weitgehend entgegen. Der Raster-Entwurf schrieb die Besetzung der neuen Arbeitsplätze durch Facharbeiter der Druckindustrie nicht fest, akzeptierte die – mit Lohneinbußen verbundene – Umgruppierung der verbleibenden Facharbeiter in den Gehaltstarif für kaufmännische und technische Angestellte der Druckindustrie, sah für die Entlassenen Abfindungsregelungen vor und ermöglichte die Bedienung von Bildschirmgeräten zum Lesen, Schreiben eigener Beiträge und Redigieren durch Journalisten. Trotzdem waren die Unternehmer nicht zu einem Abschluß bereit. Auch die Bereitschaft verschiedener Großverlage zum Abschluß von bereits ausgehandelten Betriebsvereinbarungen über die neue Technik, die die Inhalte des Rasters weit hinter sich ließen, schwand mit dem Vorliegen des Rasters, da man die zentralen Verhandlungen "nicht präjudizieren" wollte.

Die "gemäßigten Kräfte" in der IG Druck und Papier, die den Raster zu verantworten hatten und sich in einer aussichtslosen Verhandlungsposition befanden, kamen innerorganisatorisch unter den verstärkten Druck der Kräfte, die unter Berufung auf das Aktionsprogramm und die Forderungen zu

Interview mit einem Hafenarbeiter

In dem nachfolgenden Interview aus dem "Göttinger Betriebsexpress" (GBE) schildert ein Kollege aus dem Hamburger Hafen seine Erfahrungen mit dem Streik.

GBE: Wie war das denn überhaupt mit dem Verlauf des Streiks? Waren die Kollegen im Hafen oder waren sie zu Hause während der Zeit?

Koll: Das war folgendermaßen: Die ÖTV hatte 13 Busse gechartert für die Streikposten. Wir hatten zum Anfang des Streiks ziemliche Schwierigkeiten. Wir waren ja erst 14 Stunden vorher unterrichtet worden, daß es eventuell – eventuell hieß es ja immer noch – zum Streik kommen würde. Ich hab dann noch am selben Nachmittag so'n Schichtplan erstellt und einen Kollegen angesprochen, und wir waren da noch so richtig ungläubig. Es war ja schon ewig und drei Tage nicht mehr gestreikt worden im Hamburger Hafen, und keiner glaubte so richtig daran. Und wie ich so sagte: "Du, laß mal Deine Telefonnummer da, eventuell muß ich Dich mal kurz anrufen!", da sagte der: "Naja, Du kannst mich ja mit draufschreiben, aber ich glaub da sowieso nicht dran, und ich werd da sowieso nicht mein Leben ändern." Jedenfalls waren wir alle unwahrscheinlich überrascht, als es dann hieß, der Streik sei auf Touren. Das klappte dann eigentlich recht gut. Ich bekam einen Telefonanruf von der ÖTV. Am nächsten Morgen war ich dann um vier am Gewerkschaftshaus. Da standen schon alle Busse, Materialien und Streikpostenausweise. Dann sind wir an unsere vorbereiteten Standpunkte gekommen.

GBE: Sind auch die, die nicht als Streikposten eingeteilt worden sind, erschienen?

Koll: Ja, die kriegten so 'ne Karte und mußten sich täglich im Gewerkschaftshaus melden, holten sich praktisch ihre Stempel ab und konnten dann wieder nach Hause gehen.

GBE: Es war also nichts angeboten worden von der Organisation, z.B. Schulungsveranstaltungen ...?

Koll: Ach was, gar nichts! Wir haben das doch immer wieder erwartet. Das ist auch jetzt noch nicht. Da ist für die Kollegen gar nichts gelaufen.

GBE: Wie war denn die Stimmung am Arbeitsplatz selber?

Koll.: Am Hafen war man voll Empörung. Da hieß es dann, die meinen ja doch, wir seien doofe Hafenarbeiter und wir könnten nicht rechnen. Es drehte sich vor allem um folgendes: Daß diese sieben, die eigentlich von der Basis kam, daß die über so'n Trick eingeführt wurde, nämlich erst ab 1. Februar.

GBE: Jetzt mal zu dem Abstimmungsergebnis über den ersten Schlichtungsvorschlag: Da waren ja rund 59% dagegen und 41% dafür. Wie schätzt Du denn die Ja-Stimmen ein?

Koll.: Da haben wir uns schon drüber gewundert, daß überhaupt noch so viele Ja-Stimmen zustandegekommen sind. Bei den Betrieben, die ich kenne, lag die Ablehnungsquote so zwischen 80 und 90%. Bei der zweiten Abstimmung, als dann die 115 DM für den Januar dazugekommen sind, da war das dann anders. Da war dann die Meinung eher so: Es war wichtig, daß wir denen mal gezeigt haben, daß sie so nicht mit uns umspringen können, und das ist jetzt passiert. Auch die, die vielleicht noch bereit waren, weiter zu streiken, haben das so eingeschätzt, daß jetzt, nach der langen Unterbrechung, wohl die Luft raus wäre. Und so ist wohl die hohe Zustimmung von 75% zu erklären. Obwohl man sagen muß, daß das von Betrieb zu Betrieb noch sehr unterschiedlich aussah. Es hat auch einige Betriebe mit einem hohen Bewußtseinsstand gegeben, bei denen die Ablehnungsquote immer noch sehr hoch war.

GBE: Wenn es jetzt mal hart auf hart gegangen wäre, wenn also die andere Seite die 115 DM für den Januar nicht so ohne weiteres zugestanden hätte, meinst Du dann, daß noch einmal ein entsprechendes Ergebnis für einen Streik herausgekommen wäre. Ihr hättet ja dann noch mal 75% für den Streik gebraucht?

Koll.: Ich weiß nicht. Ich hab noch mal all die ganzen ÖTV-Satzungen durchgeguckt. Ich hab früher immer geglaubt, ich sei ein bißchen satzungskundig, aber ich finde mich da nicht mehr so ganz richtig zurecht. An sich war es nämlich so: Der Streik war ja nur ausgesetzt. Und mit einer einfachen Mehrheit wird ne Ablehnung des Vorschlags beschlossen, dann tritt der Streik wieder automatisch in Kraft. Das, was so alles dahinterherkommt, ist alles Käse.

GBE: Eine andere Frage: Die Presseberichterstattung war ja überwiegend negativ in bezug auf die Höhe des Ergebnisses. Wie ist das denn so von den Kollegen aufgenommen worden?

Koll.: Da scheißen die was drauf, um das mal so ganz einfach zu sagen. Wir haben auch beispielsweise mit ein paar Kollegen – wir haben da so ein Streikfest gemacht mit allem was dazu gehört – mit 'nem Videorecorder auf der Mönckebergstraße, einer Hauptstraße in Hamburg, Leute zum Streik interviewt, und das war gar nicht so einhellig negativ,wie etwa in der Springer-Presse. Wir haben mal so unsere Problematik geschildert, daß bei uns so alles auf Doppelverdienersystem aufgebaut ist, und daß bei uns normalerweise in den durchschnittlichen Lohngruppen, wenn einer nichts extra verdient, einer mit 1.300 DM nach Hause geht und dafür bereit sein muß, täglich auf Schichtdienst zu gehen und zu wecheln. Daß eben eigentlich nur Geld verdient wird durch Mehrarbeit, und daß so dies Argument, daß wir mit unseren Forderungen Arbeitsplätze gefährden, völlig falsch ist. Im Gegenteil, je besser wir entlohnt werden, umso weniger Motivation haben wir, Mehrarbeit zu leisten, desto mehr Leute können eingestellt werden.

GBE: Euer Streik wirft ja die Frage auf, ob sich jetzt nach 3-4 Jahren Krisenerfahrung bei den Arbeitern im Verhalten allmählich was zu ändern beginnt ...

Koll.: Das tut's! Das haben wir auch so ganz klar gesehen. Ich hab da so ein seltsames Phänomen beobachtet. Wir hatten so die Ungläubigkeit des ersten Streiktages. Und dann fand das plötzlich doch statt. Wir merkten, daß die Bereitschaft, beim Streik mitzumachen, daß die von Tag zu Tag besser wurde. Am Sonntag konnten wir uns vor Freiwilligen nicht retten. Und das soll eigentlich schon was heißen fürs Wochenende.

GBE: Meinst Du, daß das so eine allgemeine Tendenz ist? Wenn man sich nämlich jetzt so die Metalltarifrunde anguckt in Baden-Württemberg ...

Koll.: Genau! So z.B. auch das Problem der Drucker. Ich hab so das Gefühl, die Leute sind es einfach satt, so hingehalten zu werden. Es entwickelt sich, ob das nun Klassenbewußtsein ist oder was, ganz einfach ein Gefühl für die eigene Lage, für die eigene Situation. Das empfinde ich ganz stark.

GBE: Das heißt, so Parolen wie "Lohnzurückhaltung" ...

Koll.: Die ziehn einfach nicht mehr. Jedenfalls nicht bei den Betroffenen. Die ziehn immer nur bei den anderen. So gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge, die früher mal 'ne Rolle gespielt haben ...

Ich kenne das so seit 15, 20 Jahren: Wir müssen doch erst mal was aufbauen oder wir müssen doch erst mal was verteidigen, das interessiert 'nen Scheiß, das interessiert gar nicht mehr. Die Kollegen haben nur gehört, und das haben sie auch selber gemerkt, daß da ein Schweinegeld verdient wurde von den Unternehmern im letzten Jahr. Daß so'n Sachverständigenrat, oder so'n Unternehmerverband oder irgendwer in der Sozialdemokratie da irgendwelche Zahlen beschließt, und die müssen dann gängig sein für alle Branchen und so, das interessiert doch keinen Menschen mehr.

GBE: Eine abschließende Frage: Wie beurteilst Du unter politischen Gesichtspunkten das Verhalten der ÖTV-Führung in diesem Konflikt?

Koll.: Tja, wenn ich das so global sagen soll: Also, die haben da so was angeleiert, die haben gar nicht gewußt, was auf sie zukam. Und fingen dann an, wie die Kinder im dunklen Wald vor Schreck an zu pfeifen, wie in so 'nem Märchen, was sie da angerichtet haben. Haben dann so schnell wie möglich versucht, das wieder in Ordnung zu bringen. Das hat ja wohl auch Wellen geschlagen bis in die SPD rein, besonders hier in Hamburg – der Filz ist hier ja nicht gerade klein – da haben die sich wohl ganz schön beharkt und haben Feuer gekriegt.

★

dpa

den Manteltarif-Anhängen (die jetzt ebenfalls zur Verhandlung anstehen) die Rücknahme des Rasterentwurfs und eine breite Diskussion und Mobilisierung in der Mitgliedschaft forderten, um statt einer "Kapitulation auf Raten" folgende Forderungen durchzusetzen:

- Keine Entlassungen aufgrund der Einführung neuer Technologie
- Fachkräfte der Druckindustrie an die Bildschirmgeräte
- Datenträger, die nicht nach den Tarifbedingungen der Druckindustrie hergestellt sind, werden nicht weiterverarbeitet
- Journalisten dürfen die Geräte zur Texterfassung nicht bedienen
- Die Arbeit an Bildschirmgeräten darf täglich maximal 4 Stunden betragen
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich
- Sicherung des sozialen Besitzstandes, der Qualifikation und der Gesundheit bei Umsetzungen an neue Arbeitsplätze.

Innerorganisatorische Kritik und die mangelnde Bereitschaft der Unternehmer zu einem Abschluß des Rasters zwangen den Hauptvorstand zu einer ersten Modifizierung des Entwurfs und zur Einleitung von Kampfmaßnahmen. Mit den Warnstreiks und Überstundenverweigerungen von 25.000 Druckarbeitern in 240 Betrieben schien die Auseinandersetzung in eine neue Phase getreten zu sein.

Nach 12 Verhandlungsrunden bahnte sich am 19. Januar in Frankfurt ein tariflicher Kompromiß an. Die große Tarifkommission billigte mit 28:18 Stimmen die Einsetzung einer gemeinsamen Redaktionskommission, die auf Basis des modifizierten Rasterentwurfs und der von den Unternehmern eingebrachten "Leitsätze" den endgültigen Text eines Tarifvertrages formulieren sollte. Als der gemeinsame Entwurf ("Lochmühlen – Papier") bekannt wurde, machte sich an der Basis heftiger Unmut breit. Neue Proteststreiks, Dutzende von Resolutionen und die massive Androhung von Massenaustritten signalisierten Hauptvorstand und Tarifkommission, daß große Teile der Mitgliedschaft nicht bereit waren, diesen "Fahrplan zur Abwrackung unserer beruflichen Existenz" zu akzeptieren.

Die Beschäftigung von Schriftsetzern sollte nur für eine Übergangszeit von 5 Jahren nach Einführung der neuen Technik gesichert werden. Statt einer Besitzstandsicherung sah der Entwurf die Eingruppierung in den Angestelltentarif und die Anrechnung der Lohnerhöhung über 5 Jahre (monatliche Verluste bis 800,-- DM) vor. Auch die Einschränkung der Arbeit der Redakteure an Bildschirmgeräten auf das Lesen und Redigieren war nicht vorgesehen. Der Entwurf schrieb darüber hinaus das Eingeben eigener Texte und die "redaktionsübliche Einbeziehung fremder Texte" fest. Der großen Tarifkommission blieb angesichts des massiven Widerstandes nichts anderes übrig, als den ausgehandelten Entwurf einstimmig abzulehnen und sich aus der Tarifgemeinschaft zu verabschieden. (Die DAG hat den Vertrag mittlerweile unterschrieben, die Gewerkschaft HBV und der DJV haben ihn im Prinzip bejaht und streben lediglich noch klarstellende Gespräche an.) Der den Unternehmern am 3. Februar mit der Aufforderung zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zugeleitete neue Tarifentwurf der IG Druck und Papier – ein Kompromiß zwischen "Lochmühlen-Papier" und den Forderungen der innergewerkschaftlichen Opposition – stieß bei den Unternehmern auf keinerlei Gegenliebe. Die Erklärungsfrist verstrich, und Loni Mahlein blieb festzustellen: "Sie bestehen unter dem Gesichtspunkt der Vogel-friß-oder-stirb-Politik auf diesem Vertrag ("Lochmühlen-Papier", die Red.) oder keinem."

Auch erneute Streiks und die jetzt erfolgte Änderung der Taktik, über Firmentarifverträge das Ziel eines "akzeptablen" bundeseinheitlichen Tarifvertrages doch noch zu erreichen, lassen die Unternehmer unbeeindruckt. Sie betreiben weiterhin zielstrebig die Zerstörung der Existenz der Druckarbeiter und der IG Druck und Papier. Mit BDA/BDI im Rücken wollen und sollen sie und ihre Verbände im Hinblick auf anstehende Auseinandersetzungen bei der Einführung neuer Technologie in anderen Branchen jeglicher Präjudizierung von Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung, Pausenregelung, Lohnsicherung usw. einen Riegel vorschieben. In diesem Zusammenhang ist auch das "70-Seiten-Papier" zu sehen, das den Unternehmern von den Verbänden zugestellt wurde. Es enthält für alle Eventualitäten ein breites Spektrum an Klassenkampfmaßnahmen von oben.

Angesichts dieser Situation ist der Rückgriff auf die taktische Variante Firmentarifverträge sowohl Ausdruck von Ratlosigkeit, als auch ein äußerst gewagtes Unterfangen. Die noch vorhandene Kampfbereitschaft der einbezogenen Belegschaften könnte durch nicht wirksam kontrollierbare Produktionsverlagerungen, durch Aussperrungsmaßnahmen, durch Spaltungsmanöver über gezielte Beschäftigungsversprechen usw. ausgehungert und zerstört werden. Wenn es nicht schon zu spät ist, können die Arbeitsplätze nur noch mit der geschlossenen Kraft aller Druckarbeiter, durch die Verbindung mit den Widerstandsansätzen in anderen Branchen und eine nicht bloß halbherzige verbale Solidarität des DGB und anderer Einzelgewerkschaften gesichert werden. Dies setzte u.a. die Realisierung dessen voraus, was die Kollegen von Gruner & Jahr in Hamburg schon vor bald einem Jahr forderten: Von der Basis her das Ausmaß der drohenden Probleme offenzulegen, erforderliche Gegenmaßnahmen zu diskutieren, zu entwickeln, vorzubereiten und zu versuchen, alle Kollegen für den Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze und des sozialen Besitzstandes zu mobilisieren. ROGER MAIDORN

dpa

»Die einzige Pietät dem Publikum gegenüber ist, seinen Verstand möglichst hoch einzuschätzen.« Bertolt Brecht.

Die Hexen der Neuzeit
Studien zur Sozialgeschichte eines kulturellen Deutungsmusters. Herausgegeben von Claudia Honegger
es 743, DM 12,-

Maurice Dobb,
Wert- und Verteilungstheorien seit Adam Smith
Eine nationalökonomische Dogmengeschichte
es 765, DM 9,-

Kristeva, Eco,
Bachtin u.a.,
Textsemiotik als Ideologiekritik
es 796, DM 10,-

M. Bloch, F. Braudel,
L. Febvre u.a.,
Schrift und Materie der Geschichte
Vorschläge zur systematischen Aneignung historischer Prozesse
es 814, DM 14,-

Michael Müller,
Die Verdrängung des Ornaments
Zum Verhältnis von Architektur und Lebenspraxis
es 829, DM 10,-

Frances F. Piven,
Richard A. Cloward,
Regulierung der Armut
Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt
es 872, DM 12,-

Georges Politzer,
Kritik der Grundlagen der Psychologie
Nachwort von Alfred Lorenzer
es 893, DM 7,-

Marlis Dürkop,
Gertrud Hardtmann (Hrsg.),
Frauen im Gefängnis
es 916, DM 8,-

In allen Buchhandlungen. Prospekte durch Suhrkamp Verlag, Suhrkamp Haus, 6 Frankfurt 1.

edition suhrkamp

Widersprüche in der Kirche

Bei der Suche nach Eckpfeilern restaurativer Politik in der Bundesrepublik stößt man schnell auch auf die katholische Kirche. Ihre enge Liaison mit der Christdemokratie hat eine lange Tradition und läßt sich zurückverfolgen bis auf die fünfziger und sechziger Jahre, in der die Kirche einen unmittelbaren Einfluß vor allem auf die Entscheidungen der Adenauer-Regierungen besaß und mit ihrer Soziallehre selbst weit in die Grundsatzdiskussion der Gewerkschaften hineinwirkte.

Über Kanzel und Kirchenzeitungen bemühte sie sich, in allen Wahlkämpfen diesem Bündnis mit den "christlichen" Demokraten den Charakter einer Glaubensentscheidung zu geben, der zu widersetzen einem ketzerischen Akt gleichkam. Nachdem es aber gerade katholische Arbeiter und Frauen waren, die zunehmend in ihrem politischen Wahlverhalten die alten Loyalitätsbindungen aufkündigten, und nachdem im Gefolge des II. Vatikanischen Konzils säkulare Impulse innerhalb der Kirche größeren Auftrieb gewannen, öffnete sich zumindest der sich politisch artikulierende Laienkatholizismus, in der BRD vor allem repräsentiert durch das "ZK der Deutschen Katholiken", auch rechten Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie (Leber, Schmidt-Vockenhausen).

Mit schwindender direkter Einflußnahme auf die sozial-liberale Regierung seit 1969 konzentrierten sich die Bischöfe und das Laien-ZK auf die Propagierung ihrer von konservativer Theologie umrankten reaktionären Gesellschaftsideologie innerhalb anstehender öffentlicher Auseinandersetzungen von grundsätzlicherer Bedeutung. Dies war z.B. in bildungspolitischen Debatten der Fall und dann vor allem bei der Reform des § 218, wo sich die Bischöfe, katholischen Frauenverbände und Kirchenzeitungsredaktionen in pathetischen Erklärungen als Schutzpatrone des ungeborenen Lebens aufspielten, aber verschweigend, daß die Haltung der katholischen Kirche stets voller Widersprüche war gegenüber dem geborenen Leben (Kriegsvorbereitung, Todesstrafe usw.). In der gegenwärtigen "Terrorismus-Diskussion" bietet sich für die Bischöfe und das ZK wiederum reichlich Gelegenheit, für die Einschränkung demokratischer Grundrechte auch noch das geistige Öl mitzuliefern.

Da ist zunächst die Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz, die sich in ihrem Gehalt deckt mit mehrheitlich im ZK der Katholiken vertretenen Auffassungen. Zu den Essentials der Bischöfe-Erklärung gehören der Dank an die Polizei und den Verfassungsschutz ebenso wie eine vorsichtige Option für Verfassungsänderungen bei einer Zunahme des Terrorismus.

Die Geißlersche Sympathisanten-Dokumentation erhält von den Bischöfen indiskret ihren Segen, wenn nach den "geistigen Vätern dieser Untaten" gefragt wird, wenn behauptet wird, die Terroristen hätten ihr "ideologisches Rüstzeug von manchen Kathedern unserer Hochschulen und Universitäten erhalten, wo seit Jahren Theorien der Verweigerung und der Gewalt gegen die fortgeschrittenen Industriegesellschaften gelehrt und empfohlen werden", wenn "junge Menschen über Konflikttheorien geistig verführt worden seien."

Findet sich diese Erklärung noch im 'gemäßigten' Fahrwasser der CDU,

so liebäugelt von der Kirchenspitze bis zur Basis in den Gemeinden ein zunehmender Teil der katholischen Kirche zumindest mit dem politisch-ideologischen Gehalt der Traditionalistenbewegung des Schweizer Erzbischofs Lefebvre ("Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit sind gegen das Naturrecht"). Gleichzeitig werden von einzelnen Würdenträgern und (noch) ohne offizielle Unterstützung der Bischofskonferenz Treffen organisiert, auf denen die Christdemokraten Westeuropas zu einem "Bollwerk gegen den Sozialismus in Ost und West" (Publik-Forum, Nr. 20/1977) zusammengeschmiedet werden sollen. "Europa, die Freiheit und die Idee des totalitären Kommunismus scheiden sich wie Feuer und Wasser", sagte Kohl auf dem vom Augsburger Bischof Gruber durchgeführten Europa-Wochenende in Ottobeuren Ende September 1977 und wurde dabei von Strauß sekundiert: "Es wird kein sozialistisches Europa geben." Daß es gerade die westdeutschen katholischen Bischöfe sind, die den progressiven Strömungen innerhalb der Kirche Lateinamerikas ("Theologie der Befreiung", "Christen für den Sozialismus") das Wasser durch gezielte Verteilung der nicht unerheblichen weihnachtlichen Spendensammlung "Adveniat" (ca. 86 Mill. DM im Jahre 1976) abzusperren versuchen, fügt sich nahtlos in dieses Bild sich verstärkender konservativer Hegemonie des deutschen Katholizismus.

Diese Hegemonie ist seit Jahrzehnten bestimmend, aber ebenso lange auch der Kritik stets minoritär bleibender innerkirchlicher Opposition ausgesetzt. Aktuelle Beispiele hierfür sind opponierende Auffassungen gegen die Terrorismus-Erklärung der Bischofskonferenz und das wohldurchdachte "Adveniat-Memorandum" bekannter Theologen.

Gegen die Tendenz der Bischofserklärung, die Zunahme individueller und kollektiver Gewalt fernab von gesellschaftlichen Ursachen zu erklären, sich selbst aus der Verantwortung zu stehlen, direkte Beziehungen zwischen kritischer Wissenschaft und individuellem Terror zu ziehen, hat die "Arbeitsgemeinschaft der Theologen an den Hochschulen der BRD" (AGT) im Rahmen eines offenen Briefes an die Bischöfe Position bezogen (FR 11.11.77). Im Mittelpunkt ihrer Argumentation stehen die gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse, die Tag für Tag Menschen produzieren, die, wie z.B. jugendliche Arbeitslose, die Erfahrung fehlender Lebensperspektive nur noch in aggressivem Verhalten zu verarbeiten glauben. "Wir alle leben in einer Gesellschaft, in der es möglich ist, daß Menschen Erfahrungen machen, die sie zu dem Schluß kommen lassen, Gewalttätigkeit, Mord, Erpressung etc. ... seien eine, wenn auch nicht normale, so doch angemessene und erfolgversprechende Art menschlichen Verhaltens und Miteinander-Umgehens ... Gewalttätigkeit gehört ebenso zur Tradition Mitteleuropas wie die Botschaft Jesu Christi. Bestensfalls unterliegt Gewalttätigkeit oberflächlicher gesellschaftlicher Ächtung. Nur zu oft ist sie von der Obrigkeit abgewendet worden, auch und gerade im Dienste vermeintlich positiver Ziele."

Im Ton und der Analyse liberaler und widersprüchlicher ist die "Terrorismus-Erklärung des "Bundes der Katholischen Jugend" (BDKJ), die stärker als der eher analysierende Brief der AGT auf die Verteidigung von bürgerlichen Grundrechten insistiert. "In den vergangenen Wochen und Monaten wurden zahlreiche Maßnahmen beschlossen oder ins Auge gefaßt (z.B. Kontaktsperregesetz, Überwachung des mündlichen Verteidigerverkehrs, Vorbeugehaft, Verschärfung polizeilicher Maßnahmen), die sich nicht nur häufig als unwirksam erwiesen haben, sondern auch zentrale Grundfreiheiten gefährden. Dadurch, daß von vielen Politikern und manchen Medien nicht zwischen Terrorismus und Gesellschaftskritik unterschieden wird, breitet sich ein politisches Klima aus, in dem z.B. Dichterlesungen, Theateraufführungen, Publikationen, humanitäre Aktionen gefährdet sind und in dem offene Diskussionen hierüber in der breiten Öffentlichkeit nicht mehr als legitim angesehen werden." (FR v. 30.11.77).

Auf eine breitere inner- und außerkirchliche Resonanz als diese beiden Antworten auf die Bischöfe-Erklärung ist das "Adveniat-Memorandum" einer Gruppe katholischer Theologieprofessoren (Greinacher, Metz, Rahner u.a.) gestoßen, wohl nicht zuletzt auch deshalb, weil hier eine empfindliche Stelle kirchlicher Politik zum Gegenstand öffentlicher Diskussion gemacht wurde: ihr Verhältnis zum schnöden Mammon.

Anhand einer detaillierten Dokumentensichtung belegt die Gruppe, wie Gelder aus der alljährlichen kirchlichen Weihnachtskollekte "Adveniat" in Lateinamerika zielgerichtet gegen Projekte eingesetzt werden, die sich dem revolutionären Gehalt einer "Theologie der Befreiung" verpflichtet wissen. Vertretern einer solchen Theologie und der Bewegung "Christen für den Sozialismus" wird von den Adveniat-Verantwortlichen um den Essener Bischof Hengsbach vorgehalten, "sie würden die Mitarbeit der Christen beim Aufbau einer marxistisch geprägten sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht nur tolerieren, sondern empfehlen bzw. fordern." Adveniat, sich selbst als politisch unabhängig und uneigennützig verstehend, paktiert beim Kampf gegen die fortschrittlichen Sektoren der katholischen Kirche in Lateinamerika dann auch folgerichtig mit Institutionen, deren Unterstützung durch den CIA mehrfach belegt worden ist (vor allem das "Studienzentrum für die Entwicklung und Integration Lateinamerikas" in Bogotà).

Terrorismus-Erklärung der Deutschen Bischöfe, Augsburger Europa-Treffen, Anwachsen der Traditionalisten-Bewegung und die aufgescheuchte Reaktion auf das "Adveniat-Memorandum" zeigen ausschnittartig, welcher Anteil der katholischen Kirche bei der gegenwärtigen gesellschaftlichen Restauration der Bundesrepublik zukommt. Die genannten innerkirchlichen Oppositionsgruppen, – der BDKJ sei einmal etwas verallgemeinernd dazugerechnet – können diesen Prozeß allenfalls konstatieren, nicht jedoch entscheidend schwächen. Ihre große politische Heterogenität läßt die genannten Gruppen auch nicht einem "sozialistischen Flügel" innerhalb der Kirche zuordnen, den zu konstituieren vor zwei Jahren noch der Bensberger Kreis mit seinem Memorandum über "Christentum und Sozialismus" sich vorgenommen hatte.

Bei aller Relativierung ihrer Bedeutung signalisieren diese verschiedenen Offenen Briefe, Erklärungen und Memoranden aber ein Gespür für die anti-demokratischen Tendenzen in dieser Republik auch in den engen gesellschaftlichen Sektoren, wie z.B. die katholische Kirche, die die sozialistische Linke als durch und durch restaurativ entlarvt geglaubt hatte, und deren differenzierte Beachtung erst jetzt erneut an Bedeutung gewonnen hat – angesichts der eigenen Schwäche und der Stärke des gemeinsamen politischen Gegners.

CARL-WILHELM MACKE

Gegendarstellung zu "MLer gegen Pfadfinder"

Auf Antrag des Christian Gugler, Taunusblick 2-4, 6236 Eschborn 1 und des Rolf Hansmann, Hamburger Str. 15, 6242 Kronberg 2 wurde gegen Mitglieder der "links"-Redaktion und den Verlag 2000 GmbH durch die 3. Zivilkammer des Landgerichts Darmstadt – wegen Dringlichkeit der Sache ohne vorherige mündliche Verhandlung (also ohne daß wir zur Sache gehört wurden) – eine einstweilige Verfügung erlassen, die anordnet, in "links" die nachfolgende Gegendarstellung zu dem im Septemberheft 1977 unter dem Titel "MLer gegen Pfadfinder" abgedruckten Artikel zu veröffentlichen. Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Anordnung wurde jedem Antragsgegner ein Zwangsgeld bis zu DM 50.000 oder – und hier bezüglich des Verlag 2000 GmbH, dessen Geschäftsführer – Zwangshaft bis zu sechs Monaten angedroht. Wegen der Kürze der Zeit war es nicht mehr möglich, von unserer Seite eine einstweilige Einstellung der Vollstreckung dieser einstweiligen Verfügung zu erreichen, so daß wir gezwungen sind, diese Gegendarstellung abzudrucken, obwohl unseres Erachtens die Entscheidung des Gerichts weitestgehend unverständlich ist, da sich diese Gegendarstellung in ihrer "Argumentation" und "Interpretation" nur partiell auf die konkreten Aussagen des Artikels "MLer gegen Pfadfinder" bezieht. Die Pflicht zum Abdruck dieser Gegendarstellung gemäß § 10 des Hessischen Pressegesetzes besteht ohne Rücksicht auf deren Wahrheits- oder Unwahrheitsgehalt. Wir gehen im übrigen davon aus, daß der informierte "links"-Leser selbst klug genug ist, die sachliche "Richtigkeit" dieser Gegendarstellung zu beurteilen. Die durch die einstweilige Verfügung angeordnete Gegendarstellung hat folgenden Wortlaut:

(1) Der Verfasser behauptet, daß eine Gruppe der "Marxisten-Leninisten Deutschlands" (MLD) den BDP-Landesverband Hessen majorisiere.

Diese Behauptung ist falsch.

Richtig dagegen ist, daß sowohl die große Mehrheit der Mitglieder, wie auch sämtliche gewählten Funktionsträger des BDP und jetzt des aus diesem hervorgegangenen "Verband Deutscher Pfadfinder in Hessen e.V. (VDP), nicht Mitglieder der sich MLD nennenden Organisation sind.

Der größte Teil unserer Mitglieder ist in Organisationen, wie der Gewerkschaft oder anderen Interessenverbänden, aber nicht parteipolitisch organisiert. Darüberhinaus sind einzelne Mitglieder, auch Personen aus dem Landesvorstand, in den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien organisiert.

Der Verfasser selbst stellt weiter unten ja dar, daß der BDP-Landesverband Hessen und der jetzige VDP sich zum demokratischen Staat bekennen.

Der Vorstand hat nie verheimlicht, daß es auch Einzelmitglieder gibt, die der MLD angehören.

Nach Meinung des Vorstandes und der von 2/3 der hessischen Mitglieder des BDP kann im BDP jeder Mitglied sein, solange er die Satzung anerkennt, sich an die Beschlüsse des Verbandes und nicht die einer anderen Organisation hält und die parteipolitische Unabhängigkeit des Verbandes nicht gefährdet. Diese Grundsätze gelten auch für den VDP.

(2) Der Schreiber des Artikels behauptet, die "MLer" (in der Karikatur: KPD/AO, KPD/MLD) gingen gegen Pfadfinder vor (Überschrift: MLer gegen Pfadfinder").

Diese Behauptung ist falsch.

Richtig dagegen ist, daß gerade wir, die hier als "MLer" bezeichnet werden, wegen unseres Engagements für die Pfadfinder im Verband hart attackiert wurden.

Die hier als "Pfadfinder" Bezeichneten lehnen aber Pfadfinderei in jeder ihrer Form als "reaktionär" und "imperialistisch" ab und haben den Zweck des BDP aufgegeben.

Auf der letzten Bundesdelegiertenkonferenz lag ein Antrag von ihnen zur formalen Besiegelung der Zweckänderung vor.

(3) Der Verfasser behauptet, wir würden die alten Pfadfindertugenden preisen.

Diese Behauptung ist falsch.

Richtig dagegen ist, daß wir eine Form der Pfadfinderei betreiben, die die positiven Elemente der traditionellen Pfadfinderarbeit, wie Fahrt, Lager, Gruppenarbeit usw., mit kritischen sozialem und demokratischem Engagement verbindet.

(4) Der Verfasser Behauptet, daß die Gruppe um den Landesvorstand gegen die Verbandsmehrheit mit beispiellosen Satzungsverstößen und Manipulierung der Delegiertenzahl bei der letzten Landesdelegiertenkonferenz vorgegangen sei.

Diese Behauptung ist falsch.

Richtig dagegen ist, daß der Landesvorstand auf einer satzungsmäßigen Landesdelegiertenkonferenz am 3.7.1977 von 2/3 der Delegierten gewählt wurde.

Der Termin der Delegiertenmeldung wurde extra noch vom Landesvorstand bis an die Grenze des satzungsmäßig zulässigen Termins verlängert, um der Fraktion des SB und seiner Anhänger die Meldung ihrer Delegierten zu ermöglichen (sie hatten den ersten Termin nicht eingehalten). Trotzdem waren sie auf der Landesdelegiertenkonferenz deutlich in der Minderheit. Die Konferenz vom 3.7.1977 wurde nie formal angefochten, die Satzungswidrigkeit konkret angegeben, geschweige denn der Einblick in die Unterlagen (Mitgliederlisten, Protokolle), aus denen sich allein eine Satzungswidrigkeit ergeben könnte, verlangt.

(5) In dem Artikel wird behauptet, der Landesvorstand wäre von dem Bundesvorstand amtsenthoben worden, der gleichzeitig einen kommissarischen Landesvorstand eingesetzt hätte.

Diese Behauptung ist falsch.

Richtig dagegen ist, daß der Landesvorstand auch nach der LDK rechtmäßig im Amt geblieben und nie durch einen Bundesvorstandsbeschluß amtsenthoben wurde.

Im übrigen hat der Bundesvorstand des BDP in einem zwischen diesem und dem damaligen Landesvorstand sowie dem 1. Bundesvorsitzenden am 26.8.1977 vor der 22. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt geschlossenen Vergleich (Aktenzeichen 2/22 0324/77) selbst anerkannt, daß der Landesvorstand bis zum selben Tage, also bis fast zwei Monate nach der LDK, im Amt war. Dies bedeutet indirekt das Eingeständnis der Unrechtmäßigkeit etwaiger Beschlüsse des Bundesvorstandes betreffs der Amtsenthebung des Landesvorstandes und eine Anerkennung der Rechtmäßigkeit der LDK vom 3.7. 1977.

Der Landesvorstand hat entsprechend dem gerichtlichen Vergleich am 26.8.1977 seinen Rücktritt erklärt, da die Entscheidung der Mehrheit der hessischen Mitglieder von der Mehrheit des Bundesvorstandes aus politischen Gründen nicht respektiert wurde und damit maßgebliche Prinzipien der demokratischen Repräsentanz außer Kraft gesetzt wurden.

Eine weitere Arbeit war, nach Ansicht des Vorstandes, in diesem Verband nicht mehr möglich.

Zum Militärdienst der Frauen in Griechenland

Am 30. August 1977 wurde vom griechischen Parlament das Gesetz zur "Militärdienstverpflichtung der Griechinnen" verabschiedet. Dieses Gesetz schafft die Möglichkeit des Einzugs in die griechischen Streitkräfte der 20- bis 32jährigen Griechinnen, die nicht Mütter sind: Einerseits können im Frieden die Frauen sich freiwillig zu einem 14-monatigen Militärdienst und darüber hinaus zu einer regulären Militärkarriere melden. Andererseits werden im Krieg bzw. bei einer regulären Mobilmachung von nun an auch die Frauen mobilisiert. Die Regierung begründete das Gesetz mit den wachsenden Verteidigungserfordernissen, angesichts der gespannten griechisch-türkischen Beziehungen und versuchte es den Griechinnen mit dem Argument schmackhaft zu machen, dies sei ein "wesentlicher Schritt zur Frauengleichberechtigung".

In ihren Erklärungen zu diesem Gesetz entlarvten die feministischen Frauenorganisationen und die linken Parteien (KPG, KPG(Inland) und PASOK) das Gleichberechtigungsargument der Regierung als nicht stichhaltig. Sie wiesen auf die fehlende Bereitschaft der Regierung hin, Reformen einzuleiten, die die Aufhebung der sozialen und rechtlichen Diskriminierung der Frau zum Ziel hätten.

Ihre Kritik zielte insbesondere auf den Punkt, daß nach diesem Gesetz die Frau innerhalb des Militärs alles andere als gleichberech-

Neue Broschüren der Arbeitsfelder Sozialarbeit und Schule

Informationsdienst Sozialarbeit, Heft 19, Einfachnummer, 96 Seiten, DM 6,--

Schwerpunktthemen dieses Heftes sind das Jugendhilferecht und die Auseinandersetzung mit verschiedenen Organisationskonzepten.

Das Heft enthält folgende Beiträge: ● "Im Westen Deutschlands: Nichts Neues" – Zum Referentenentwurf des Jugendhilfegesetzes ● Verwissenschaftlichung und Pädagogisierung – Disziplinierungsinstrumente der Jugendverbandsarbeit ● Jugendhilfetag 1978 – Die Alltagsrealität in den Mittelpunkt stellen ● Gewerkschaftsarbeit in den Kirchen ● Jugend- und Bündnispolitik des Kommunistischen Bundes am Beispiel des Ring Bündischer Jugend ● Organisierung als Prozeß – Eine Antwort an Helga Karl und eine Auseinandersetzung mit einer DKP-Kritik am Arbeitsfeldansatz ● Berthold Simonsohn zum Gedenken ● Sozialarbeiter im Streik – Jugendliche kämpfen um ihr Jugendhaus ● Genußfilze im Kampf um die Arbeitsplätze ● Deutschland ein Wintermärchen – Diesmal in Hof und Nürnberg ● Materialien, Hinweise, Kleinanzeigen

Informationsdienst Schule, Heft 32, Einfachnummer 64 Seiten, DM 4,--. Personalratsarbeit und der GEW-Gewerkschaftstag 1977 stehen im Mittelpunkt dieser Ausgabe. Folgende Beiträge enthält dieses Heft:

● GEW-Gewerkschaftstag 1977 ● Aktionsprogramm der GEW Berlin zu den Personalratswahlen ● Resultate der Wahlen in Westberlin ● Situation der GEW-Berlin nach den Wahlen ● Die Auswirkungen der Funktionalreform in Hessen ● Entwurf für ein neues Schulgesetz in Schleswig-Holstein

Bezug: Gegen Voreinsendung (Briefmarken/Scheck) portofrei, Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 605 Offenbach 4

tigt sein soll. Das Gesetz trägt auch ins Militär hinein die traditionelle Geschlechterarbeitsteilung, die die Frauenunterdrückung bedingt. Die Frauen sollen im Militär die Hilfsarbeiten ausführen (Putzarbeit, Verpflegung, Schreibarbeit, Kranken- und Verwundetenpflege). In der Militärhierarchie reichen ihre Aufstiegschancen nur bis zum Oberstleutnant. Unter diesen Umständen kann die Einberufung der Frauen in die Armee keinen Schritt zu ihrer Emanzipation oder Gleichberechtigung darstellen.

Auch das Argument der wachsenden Verteidigungserfordernisse erweist sich als nicht stichhaltig, wenn in Betracht gezogen wird, daß die Diskussion um die Einführung des Frauenmilitärdienstes schon lange vor dem Ausbruch der griechisch-türkischen Krise in Militärjunta-Kreisen aufgenommen wurde.

Bezüglich der Eingliederung der Frauen im Militärapparat stellt Griechenland keinen Einzelfall dar. Nach dem 2. Weltkrieg, vor allem aber seit Ende der 60er Jahre, ist eine zunehmende Integration der Frauen in den Militärapparat der kapitalistischen Länder, sowohl der entwickelten Metropolen als auch der abhängigen Gesellschaften zu beobachten. Diese Tendenz wird meistens auf die wachsenden Schwierigkeiten des Militärs, personelle, finanzielle und ideologische Ressourcen zu mobilisieren, zurückgeführt, was an den Beispielen USA und BRD illustriert werden konnte. (Vgl. Antimilitarismus Information, 6/77, vor allem den Beitrag von U. Bujewski, Frauen in den amerikanischen Streitkräften). So verursachte die Antikriegsbewegung während des Vietnamkrieges und die daraus resultierende Weigerung vieler Wehrpflichtigen, in den Krieg zu ziehen, die zunehmende Einbeziehung amerikanischer Frauen im Militärapparat, um die entstandenen Personallükken zu schließen.

Dieser Erklärungsansatz ist bestimmt nicht völlig falsch, und gerade die Einbeziehung der Frauen ins Militär Griechenlands beruht auch auf NATO-Interessen, die Armeen der Süd-Ost-Flanke zu erweitern, ihm liegt aber ein verkürzter Militarismus-Begriff zugrunde, weil er das Militär als einen rein repressiven Apparat betrachtet, dessen Funktion sich in der gewaltmäßigen Unterdrückung zwecks Herrschaftssicherung erschöpft. Das Militär ist aber nicht nur ein repressiver Teil des Staatsapparats, sondern hat auch die Funktionen eines ideologischen Apparates; vor allem als Sozialisationsstätte für die Wehrpflichtigen, in dem Sinne, daß psychische Strukturen während der Militärdienstzeit in Richtung autoritärer Charakter zurechtgeschliffen und zugleich Ideologien vermittelt werden.

Diese Funktion des Militärs tritt in den hochindustrialisierten Ländern nicht so stark in Vorschein wie in den abhängigen Gesellschaften, was mit der unterschiedlichen Akzentsetzung in der Organisierung der Staatsapparate im imperialistischen und im abhängigen Kapitalismus zusammenhängt. Um die Integration der Frauen im Militärapparat des Kapitalismus zu verstehen, müßte aber auch dieser Aspekt der ideologischen Funktion des Militärs und der Wehrpflicht berücksichtigt werden.

Das Militär ist in einer abhängigen Gesellschaft wie Griechenland ein sehr wichtiger ideologischer Staatsapparat. Im griechischen Militär wird die rechts-konservative, nationalistische Ideologie der Bourgeoisie, die durch einen überstarken Antikommunismus geprägt ist, reproduziert und verbreitet, einmal durch die Indoktrinierung der ihren Militärdienst leistenden Rekruten, andererseits durch die Beeinflussung der Zivilbevölkerung durch die militäreigenen Kommunikationsmittel: Rundfunk und Fernsehen.

Die Rolle des Militärs in bezug auf die "Integration" der Rekruten in die bestehende Herrschaftsordnung erschöpft sich nicht in der ideologischen Indoktrinierung und psychischen Formung, sondern umfaßt die Repression Andersdenkender: Jeder, der in den Akten der Geheimpolizei als "Linker" d.h. Nicht-Rechter aufgeführt ist, hat während des Militärdienstes mit Sanktionen zu rechnen. Der Militärdienst kann aber auch als Disziplinierungsmittel gegen Personen eingesetzt werden, die außerhalb des Militärs stehen, jedoch

"Soldatenarbeit" im Arbeitsfeld Antimilitarismus

Im Oktober vergangenen Jahres konstituierte sich auf einer Tagung in Sprendlingen das Arbeitsfeld Antimilitarismus (Militär- und Friedenspolitik) im SB. Funktion und Absicht des Arbeitsfeldes werden im Protokoll des Treffens wie folgt beschrieben: Die Verbesserung der Kommunikation zwischen den einzelnen und vereinzelten antimilitaristisch arbeitenden Gruppen, Individuen und Arbeitsansätzen, die Schaffung einer informellen und organisatorischen (nicht organisationsgebundenen) Infrastruktur sowie die (Re-)Konstruktion einer antimilitaristischen Theorie.

Konsens bestand darüber, daß antimilitaristische Arbeit in oder außerhalb der Bundeswehr kein prinzipieller Gegensatz ist, und daß beide geleistet werden müssen. Für das gesamte Arbeitsfeld geht es darum, beide Arbeitsbereiche zusammenzubringen und eine politische Begründung der jeweiligen Arbeitsansätze und ihres Zusammenhangs bzw. ihrer Gewichtung zu leisten.

Auf der Basis dieses Grundverständnisses bildete sich innerhalb des Gesamtarbeitsfeldes eine Arbeitsgruppe Antimilitaristische Soldatenarbeit (Antimilitaristische Arbeit in der Bundeswehr). Sie traf sich Mitte Januar zum zweiten Mal.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand eine Bestandsaufnahme der antimilitaristischen Soldatenarbeit und die Weiterführung der Selbstverständigungsdebatte mit besonderer Diskussion der nächsten praktischen Schritte. Beteiligt waren (ehemalige) Soldaten, Publizisten, Bildungsarbeiter und Wissenschaftler aus verschiedenen Regionen Westdeutschlands und Westberlins.

Wir stellten fest, daß die Soldatenarbeit ziemlich diskontinuierlich verläuft, an den Zyklus der Wehrdienstzeit gebunden ist, und über wenig personelle und institutionelle Stützpunkte verfügt. Von der politischen Linken scheinen lediglich die ADS (Aktionskreise Demokratischer Soldaten), die der DKP nahestehen, eine gewisse Bedeutung zu besitzen. Die politisch ungebundene Arbeit in Gestalt der AMAKs (Antimilitaristische Arbeitskreise) in verschiedenen Städten ist großen Schwankungen ausgesetzt; Ansätze regionaler Zusammenfassung sind jedoch vorhanden.

Unsere theoretisch-politischen Grundlagen und Konzepte – das ergab die weitere Diskussion – reichen bei weitem noch nicht aus, um in dieser Situation verändernd wirken zu können. Beide sind noch auszuarbeiten, zu differenzieren und zu vervollständigen. Entwürfe dazu lagen vor: 1. über die ökonomische und politische Funktion des Militärs im Kapitalismus am Beispiel der Bundeswehr und 2. über aktuelle Ansätze antimilitaristischer Soldatenarbeit.

Als zentrale theoretische und politische Dunkelstelle erwies sich das Verhältnis von Gewerkschaft und Militär. Es mangelt an aufgearbeiteten Erkenntnissen über dessen geschichtliche Entwicklung; ebenso wenig gibt es gründliche Überlegungen zur engeren Einwirkung der heutigen Gewerkschaftsbewegung in die Bundeswehr – sowohl allgemein militärpolitisch als auch konkret soldatengewerkschaftlich.

Daraus folgerten wir, daß wir uns in unserer weiteren Arbeit schwerpunktmäßig um die Aufhebung gerade dieser Mängel bemühen werden. Praktisch gehören dazu weitere theoretische Untersuchungen und zugleich nähere Kontakte zu gewerkschaftlichen Kreisen, um auch konzeptionelle Ansätze soldatengewerkschaftlicher Arbeit zu entwickeln.

Unser nächstes Treffen findet am 8. und 9. April in Frankfurt/M. statt. Interessenten wenden sich bitte an das Sozialistische Büro – Arbeitsgruppe Soldatenarbeit, Postfach 591, 6050 Offenbach 4. Auf demselben Weg sind auch noch nähere Informationen zu erhalten. (Wer trotz vorhandenem Interesse nicht zu diesem Termin nach Frankfurt kommen kann, sollte sich zwecks späterer Kontaktaufnahme bzw. Mitarbeit dennoch melden.)

PROJEKTGRUPPE ANTIMILITARISTISCHE SOLDATENARBEIT

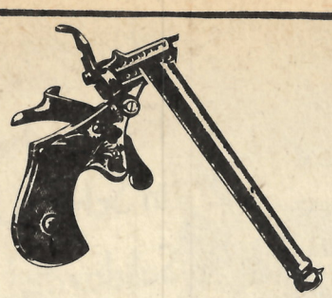
Lothar Maier
Spaniens Weg zur Demokratie

Der Autor schildert die Genesis und das allmähliche Erstarken der Opposition gegen Franco im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen seit 1939, dem Ende des Bürgerkrieges. Neue und für Spanien charakteristische Formen der Opposition werden nicht an der Elle ideologischer Konzepte gemessen, sondern auf ihre Ursprünge in der wirtschaftlichen Dynamik zurückgeführt. Vorgänge wie die fortschreitende Kontrolle ganzer gesellschaftlicher Sektoren durch die Opposition sind damit in einen Bezugsrahmen gestellt, der Rückschlüsse auf die Arbeitsbedingungen und möglichen Strategien demokratischer Opposition auch in anderen autoritären Systemen erlaubt. Eine eingehende Untersuchung der politischen Landschaft Spaniens nach den Cortes-Wahlen vom Juni 1977, den ersten freien Wahlen seit über 40 Jahren, erleichtert dem Leser die eigene Einschätzung der politischen Entwicklungen in dem sich europäisierenden iberischen Staat.

1977 – X, 189 Seiten – broschiert DM 18,–
ISBN 3-445-01555-4 (Transfines, Band 5)

VERLAG ANTON HAIN MEISENHEIM
Postfach 180 · D 6554 Meisenheim

AUTONOMIE 10



TERROR UND UNPERSON –
über Hanns Martin Schleyer

Der Beschluß – Die Identität oder das Spiel mit dem Geheimnisvollen

Carlos Supermaus gegen Schmidtchen Schleicher

Subversive Aktion & Kaufhausbrand

Schwarze Milch des Terrors

Aus dem Umfeld des Terrors I und II – aus Büchern und Zeitungen aufgelesen

The Rolling Stones: Sympathy for the Devil

Angst vorm Fliegen: die Lufthansa

Autonomie und Gewalt

Die Sprache von Bäumen und Vögeln

Preis dieses Heftes (120 Seiten): DM 9.–!!!

Tod und Auferstehung des Indianerstamms der Mescaleros

Betrachtungen über die Gleichschaltung

Stammheim und Tel Zaatar –
Versuch über Moral und Politik

Resistance? Über die antideutschen Aktionen im Ausland

Augenblicke

Modell Deutschland gegen Massenautonomie

Die AUTONOMIE ist über den linken Buchhandel zu beziehen oder direkt über den Trikont-Verlag, Kistlerstr.1, 8000 München 90. Abonnement: 5 Hefte portofrei DM 30.– auf folgendes Konto: Postscheckamt Frankfurt, Th.Schmid, Nr.58657-605.

wehrpflichtig sind, wie z.B. von der Militärjunta im Februar 1973 gegen streikende Studenten. Zunächst wurden alle (männlichen) Streikenden mit sofortiger Einberufung zum Militärdienst bedroht, also mit Aufhebung ihres Aufschubs infolge des Studiums. 88 Studenten wurden einberufen.

Die Einbeziehung von Frauen in den Militärapparat ist demnach nicht nur als der Versuch des Militärs zu verstehen, seine innerorganisatorischen Ressourcen-Probleme auf diese Art und Weise zu lösen, sondern auch als eine Strategie, die auf die Festigung der ideologischen Hegemonie der Bourgeoisie über die Frauen durch den Militärdienst abzielt.

Der Aspekt der ideologischen Integration der Frauen durch den Militärdienst ist für den Fall Griechenland von erstrangiger Bedeutung. Die 60er Jahre waren in Griechenland durch einen rapiden Industrialisierungsprozeß gekennzeichnet, der erhebliche Verschiebungen in der Sozialstruktur und das Kräftegleichgewicht der Klassen mit sich brachte. Die Arbeiterklasse wurde größer. Die proletarisierten Massen in den Städten vermehrten sich durch den Zustrom von ruinierten Bauern. Die Lage des alten und neuen Kleinbürgertums verschlechterte sich. All dies konstituierte die Basis für die sozialen Kämpfe, die Anfang der siebziger Jahre sich verstärkten und ihren Ausdruck im antifaschistischen Kampf gegen das Militärregime fanden. Die sozialen Kämpfe nahmen nach dem Fall der Diktatur und durch die dadurch gesetzten neuen Bedingungen stärkere Ausmaße an und gipfelten in der großen Streikwelle der letzten Monate. Dieser Prozeß geht mit einer allgemeinen Infragestellung der ideologischen Hegemonie der Bourgeoisie in Griechenland einher.

Für die Entstehung des Gesetzes zur Militärdienstverpflichtung der Griechinnen ist wichtig, daß in diesen Kämpfen die Frauen immer aktiver teilnehmen: im antifaschistischen Kampf, vor allem in der Studentenbewegung, in den Arbeitskämpfen. Die wachsende Integration der Frauen in den sozialen Kämpfen ist auf die durch die Industrialisierung zunehmende Berufstätigkeit der Frauen zurückzuführen. Mit der Berufstätigkeit löst sich die Griechin vom ideologischen Einfluß der Familie, der darin besteht, daß der "kleinfamiliäre Egoismus" kultiviert wird, der die Entpolitisierung und Vereinzelung stark fördert, dadurch Solidarisierung verhindert, und damit die bestehenden Klassenverhältnisse festigt.

Die Einführung des Frauenmilitärdienstes in Griechenland stellt den Versuch des Staates dar, seinen ideologischen Einfluß auf die Frauen zu verstärken, um ihre weitere Integration in den sozialen Kämpfen abzubremsen, und damit die Massenbewegungen zu schwächen.

War auf diese Art und Weise bis jetzt die Indoktrinierung und Disziplinierung der (wehrpflichtigen) Männer möglich, so soll nun das gleiche mit den Frauen geschehen. Die ideologische Einbindung der freiwillig ins Militär einziehenden Frauen an die herrschende Klassenordnung versucht der Gesetzgeber durch die bevorzugte Behandlung dieser Frauen in den Berufen des öffentlichen Dienstes und in Sozialleistungen – § 10 des Gesetztes – zu festigen.

Zugleich ist in dem Gesetz eine "drohende Militärpflicht" eingebaut, die es zu einem möglichen Disziplinierungsinstrument gegen die Frauen werden läßt. Der Verteidigungsminister behält sich das Recht vor, auch in Friedenszeiten in den Militärdienst Frauen einzuberufen, "wenn dies die Lage erforderlich macht", wobei es allein ihm überlassen bleibt, die Lage als solche zu beurteilen. Die Einberufung in die Armee könnte in der Zukunft auch gegen opponierende Frauen als Repressionsmittel eingesetzt werden.

Somit entlarvt sich der Frauenmilitärdienst als eine Strategie der ideologischen Integration und der Disziplinierung der sich durch die Berufstätigkeit von der Familie emanzipierenden Frauen. Diese Einschätzung richtet sich gegen die auch in der Linken verbreitete Illusion, der Militärdienst könnte zur Emanzipation der Frauen beitragen und ihnen neue Berufsfelder eröffnen.

MARIA SKOTOU

Vor den Mescalero-Prozessen

Am 31. Januar 1978 hat das Landgericht Berlin die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die Berliner Herausgeber des "Buback-Nachrufs" abgelehnt. Dennoch: die Mescalero-Affäre treibt erst noch ihrem Höhepunkt zu. Skandalös nicht nur, daß die Justizbehörden – nachdem sie in erster unbefangener Überprüfung die Affäre für strafrechtlich unerheblich beurteilt hatten – überhaupt Anklage gegen die Herausgeber des Nachrufes erheben; mehr noch: sie eskalieren den Fall, indem sie "wegen der besonderen Bedeutung des Falles" (§ 24 Gerichtsverfassungsgesetz) vor der Großen Strafkammer des Landgerichts in Berlin anklagten, im Bundesgebiet möglicherweise noch anklagen werden. Das ganze Arsenal von Gesinnungsdelikten des Strafgesetzbuches – von der Verächtlichmachung der Bundesrepublik über die Volksverhetzung bis hin zur Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener – bieten sie auf, um aus der vollständigen Dokumentierung des Nachrufes einen Akt schwerer Kriminalität zu machen, über den in letzter Instanz der Politische Strafsenat des Bundesgerichtshofes zu entscheiden hat.

Die käuflichen Seelen des politischen Alltags erkannten die Gelegenheit, ihr Schäflein ins Trockene zu bringen, und gewannen durch Vorwärtsverteidigung den Schein von Integrität zurück. Maihofer, längst überfälliges Opfer eigener politischer Unmoral, sanierte sich durch die Mescalero-Affäre, stellte Strafantrag. Vogel übte Rache für bayerische Niederlagen, stellte Strafantrag. Derselbe Staatsanwalt schließlich, der im Juli noch die Unbedenklichkeit der Dokumentation bescheinigte, hatte – als Terrorismushysterie geführt wurde und die Kampagne gegen Hochschullehrer, Universitäten nach dem Ponto-Mord angelaufen waren – ein Einsehen, daß die Stunde nicht Wahrheit, sondern Opfer fordere, polte seine Rechtsüberzeugung um und erhob Anklage. Des Beifalls von der rechten Seite konnten alle Agenten dieses Justizskandals gewiß sein.

Eine Posse könnte man den Ablauf nennen, wäre auszuschließen, daß er dramatisch enden wird. Nun, da die Revisionszuständigkeit des Bundesgerichtshofes für den Fall begründet werden soll – desselben Gerichtshofes also, der sich zuletzt dadurch hervorgetan, daß er in der Bommi-Baumann-Sache die Schaffung von gewalttätigem "Klima" für strafbar erklärt, daß er in der Gefangenenratssache den Begriff der kriminellen Vereinigung jeglicher Grenze beraubt hat –, steht die Verurteilung aller an der Mescalero-Affäre Beteiligten nach einheitlichen rechtlichen Maßstäben zu befürchten. Die Affäre ist zum staatspolitischen Exempel geworden, das keine Maßstäbe des common sense – wie sie neulich das Amtsgericht Düsseldorf, das Amtsgericht Bonn und jüngst das Landgericht Berlin haben walten lassen – mehr duldet. Verurteilung tut not – wie auch immer begründet – und Buße – und sei dies auch die "symbolische" Verhängung einer Geldstrafe.

Während es scheint, als hätte die Mescalero-Affäre der Rechten zu einem unerwarteten Konsens in den eigenen Reihen verholfen, ist bis heute der Dissens innerhalb der Linken über die Frage der unkommentierten Nachrufherausgabe nicht völlig überwunden. Wir haben – nachdem die Nachrufherausgabe durch die Attentate auf Ponto und auf Schleyer in den August- und Septembertagen in den Terrorismussog geraten war – aus den Reihen der Linken erst wenig Unterstützung erfahren, viel-

Etwa 600 Hochschullehrer aus dem In- und Ausland kamen am letzten Januarwochenende in Hannover zu einem Sternmarsch zusammen, um "Wider den Untertanengeist" zu demonstrieren. dpa

mehr Distanzierung, oder auch überwiegend überhaupt keine Reaktion. Nicht zuletzt aus dieser Isolation innerhalb der Linken heraus – mit der von uns niemand gerechnet hatte – erklärten sich manche unserer Fehlreaktionen jener Monate: etwa überaus defensive erste Leserbriefe, das anfechtbare Spiegel-Interview, die Unfähigkeit zur Abgabe einer angemessenen öffentlichen Erklärung der 48 oder auch die Unterschriften der niedersächsischen Herausgeber unter das Pestel-Revers. Viele haben uns damals diese Fehlreaktionen vorgehalten, aber ihrerseits nichts gegen die ultrarechte Pressekampagne gegen uns unternommen. In den letzten Monaten des vergangenen Jahres hat sich das Bild merklich verschoben. In Frankfurt und Hannover wurden Erklärungen gegen die Brückner-Suspendierung, in Berlin der Protest gegen den Pestel-Revers, in Hamburg eine Unterstützung zugunsten der von Strafverfahren Bedrohten initiiert. Jede dieser (und anderer) Initiativen vereinte eine beachtliche Zahl von Unterschriften. Am 27. Januar schließlich kam es zu einer öffentlichen bundesweiten Demonstration gegen die Disziplinierungen im Zusammenhang mit der Mescalero-Affäre – insbesondere gegen Peter Brückners Suspendierung. Zum ersten Mal zeigte sich wieder eine gewisse Geschlossenheit von wenigstens 600 bis 700 Hochschulbeschäftigten.

Zustandegekommen war die Kundgebung aufgrund einer Initiative Bremer und Hannoveraner Hoch-

Ulrich K. Preuß

Wissenschaftsfreiheit contra Gedankenpolizei

Wenn sich in Deutschland mehrere hundert Hochschullehrer versammeln, um öffentlich Einspruch zu erheben, so wird der unbefangene Zeitgenosse zunächst nicht ganz ohne Berechtigung vermuten, daß es ihnen wieder einmal um ihre Privilegien geht. Die Erinnerung an jene Hundertschaften von Professoren, die im Namen der Freiheit der Wissenschaft gegen eine zeitgemäße Neuordnung der Universitäten Sturm liefen und das Bundesverfassungsgericht erfolgreich bemühten, ist sicherlich gerade hier noch wach, während andere Erinnerungen nicht ganz zufällig allmählich getilgt worden sind: ich meine die Erinnerung an die Rolle der deutschen Universität in den Jahren nach 1933 und vieler Professoren, von denen noch meine Generation ausgebildet worden ist und von denen viele den Bücherverbrennungen und der Vertreibung ihrer Kollegen schweigend beigewohnt haben, wenn nicht einzelne gar an der Vertreibung von Kollegen, Theorien und einzelnen Wissenschaften selbst aktiv beteiligt waren. Und peinlich ist auch die Erinnerung daran, wie wiederum im Namen der Freiheit der Wissenschaft die Wiederaufnahme der "amtsverdrängten Professoren", d.h. derjenigen, die sich im Faschismus gründlich kompromittiert hatten, zu Beginn der fünfziger Jahre betrieben wurde…

Was wir gegenwärtig erleben, ist der Versuch, die Gedanken und Gefühle jedes einzelnen, seine inneren Einstellungen, in den Dienst unmittelbarer ökonomischer und politischer Herrschaftssicherung zu stellen.

Wie gesagt, erweisen sich hierfür die im bürgerlichen Rechtsstaat ausgebildeten Mechanismen legaler Herrschaft als unzulänglich, denn, wie es in dem im Jahre 1853 gefertigten Rechtsgutachten der Juristenfakultät der Universität Göttigen für Gervinus heißt, "Meinungen, Gesinnungen, Neigungen und Abneigungen, wenn sie auch, wie man sagt 'äußerlich erkennbar' geworden sind, sie mögen dem geistlichen oder weltlichen, dem bürgerlichen oder politischen Gebiete angehören, unterliegen überhaupt nicht der bürgerlichen Bestrafung"; es handele sich hierbei um ein Grundprinzip, "welches nur zu Zeiten von Despotismus, sei es eines einzelnen, sei es einer Volksversammlung, verletzt worden ist". Man muß ergänzen, daß dieses Prinzip nicht nur für das Strafrecht, sondern ganz generell für das bürgerliche Recht gegolten hat.

Gehörte es noch zu den Tugenden eines Beamten des bürgerlichen Rechtsstaates, seine Aufgabe innerlich distanziert und formal korrekt im Medium der Legalität zu erledigen, so macht nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eben diese Haltung einen Beamten untauglich, eine Funktion im Verfassungsstaat des Grundgesetzes wahrzunehmen.

Nach Minister Pestel verlangt die politisch-moralische Eignung des Hochschullehrers zudem noch, daß er öffentlich seine loyale Gesinnung beteuert. Wo die Legitimitierbarkeit öffentlicher Herrschaft nach den eigenen Voraussetzungen des sozialen Wachstumsvorsorgestaates zweifelhaft geworden ist, da wird potentiell jedermann zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die nunmehr auch die innere Bejahung der gegebenen politischen Herrschaft als unbezweifelbar gut einschließt. Folgerichtig wird das soziale Verhalten des einzelnen nicht mehr nur durch legale Verhaltenspflichten gesteuert, sondern zusätzlich durch Loyalitätspflichten, ja das bloß legale Verhalten des einzelnen wird ausdrücklich als unzureichend angesehen.

Es ist daher kein Zufall, daß die Polizei unwidersprochen ihre Aufgabe der Sicherung der öffentlichen Ordnung neu definiert und ihre Kompetenz auf den Bereich der Loyalitätssicherung erweitert. Wir lesen z.B. von einem führenden Sicherheitsexperten: "Die Polizei muß die Augen, Ohren, Herz und Hände möglichst weit vorne haben. Richtige Lagebeurteilungen sowie darauf fußende richtige polizeiliche Einsätze, zweckmäßige Überwachung der polizeilich interessanten Bereiche und daraus sich ergebende erfolgversprechende kriminalpolizeiliche Ermittlungsansätze leben im Grunde vom Wissen um die Menschen, von ihrem Leben und Denken (!), d.h. dem Erkennen und 'Einfühlen' in ihrem unmittelbaren Bereich". Wenn das richtige Denken und Fühlen jedes einzelnen zum zentralen Problem der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geworden ist, so ist es nur konsequent, daß aus führenden Kreisen des Polizeiapparates der Anspruch auf geistige Führung in der Gesellschaft erhoben wird.

So schreibt der Präsident des Bundeskriminalamts Herold: "Von allen Staatsorganen der Wirklichkeit am unmittelbarsten und realsten konfrontiert, besitzt die Polizei ein einzigartiges Erkenntnisprivileg, Einsichten zu gewinnen in eine Vielzahl und Vielfalt gesellschaftlich abweichender und gesellschaftsfeindlicher Verhaltensweisen, in Strukturdefekte der Gesellschaft und die Gesetzmäßigkeiten ihres Massenverhaltens"; sie sei in der Lage, "unterschwellige Veränderungen" rechtzeitig zu erkennen. Die Polizei müsse sich deshalb "vom gewaltunterworfenen Objekt bloßer Vollstreckung zum Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen" (!) wandeln, wozu eine "entschlossene Abkehr von der Beschränkung auf ihre traditionellen Funktionen, ein radikaler geistiger Neubeginn, eine Hinwendung zu einem ganz andersartigen Selbstverständnis" erforderlich sei – zu einer Polizei als einer "gleichsam

schullehrer. Sie markierte insofern einen Wendepunkt, als Peter Brückner und den vom Pestel-Revers Betroffenen Solidarität auch von denen bewiesen wurde, die vorher Kritik an der Mescalero-Herausgabe geäußert hatten. Nach der Sternfahrt nach Hannover fand eine Demonstration durch die Innenstadt und das Regierungsviertel mit vorbereiteten Sandwich-Postern für jeden Hochschullehrer statt. Im Mittelpunkt der darauffolgenden Saalveranstaltung standen Referate von Peter v. Oertzen und Ulrich Preuss über Wissenschaftsfreiheit und Repression in der BRD. Mit der Veranstaltung wurde auch beabsichtigt, der Öffentlichkeit ein breites und nicht zu leicht abzustempelndes politisches Spektrum zu präsentieren, das – gewiß aus je unterschiedlicher Motivation – die Disziplinierung Brückners und der übrigen niedersächsischen Hochschullehrer nicht widerstandslos hinnimmt. In dieses Bild reihten sich die Teilnahme des niedersächsischen GEW-Vorsitzenden wie auch einiger Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion, die Ansprachen von Kollegen aus Holland, Dänemark und Frankreich wie auch die Verlesung von Grußadressen aus Italien ein. Die AStA-Veranstaltung am selben Abend bezog Studenten in die Diskussionen mit ein. Und der nächste Morgen bot für einige (wenige) Teilnehmer der Kundgebung die Möglichkeit eines intensiveren Erfahrungsaustausches, bei dem es insbesondere um die Vorbereitung der anstehenden Mescalero-Prozesse ging.

Gewiß war die Kundgebung in Hannover ein Erfolg. Erstmals haben sich Hochschullehrer in solcher Zahl öffentlich als Gruppe von spezifischer Problembetroffenheit dargestellt, sind – ohne sich hinter Institutionen zu verschanzen oder bei Studenten "unterzutauchen" – kollektiv und identifizierbar aufgetreten, um widerrechtlich disziplinierten Kollegen beizuspringen. Es war auch ein deutlicher Fortschritt, daß politische Repräsentanten wie Peter v. Oertzen, SPD-Abgeordnete und der GEW-Vorsitzende von Niedersachsen sich an dem Protest beteiligten und damit auch der Stigmatisierung der Demonstration als "linksradikaler Ansammlung" entgegentraten. Die ausländischen Kundgebungsteilnehmer und Grußadressen zeigten das Interesse an einer demokratischen Gegenbewegung in den Ländern um uns herum an. Und daß die FAZ – offenbar mehr und mehr ein Instrument derselben "Sozialhygiene", die Ulrich Preuß in seiner Rede an der Polizei nachwies – nichts Eiligeres zu tun hatte, als eine Überprüfung der 600 beteiligten Hochschullehrer auf ihre Verfassungstreue zu fordern, gehört nachgerade bei jeder halbwegs fortschrittlichen Veranstaltung zum guten Ton …

Dennoch besteht kein Grund zum Jubel. Vereinheitlichendes Moment auf der Kundgebung in Hannover waren ausschließlich liberal-rechtsstaatliche Positionen wie die Parole "Kampf für demokratische Verfassung – wider den Untertanengeist". Der Preis der Gemeinsamkeit zwischen SPD-Repräsentanten und un- oder andersorganisierten Linken war die weitgehende Aussparung gänzlich unaufgearbeiteter Konflikte zwischen ihnen. Es wird sich zeigen, wie weit die Gemeinsamkeit reicht. Und deren wird es noch einiger bedürfen. Denn: Mit der Entscheidung des Landgerichts Berlin ist die Mescalero-Affäre längst nicht ausgestanden. Gewiß hat es uns eine spürbare Entlastung gebracht, daß drei unterinstanzliche Gerichte – Düsseldorf, Bonn, Berlin – die strafrechtliche Unbedenklichkeit der Dokumentation attestiert haben. Jeder dieser Richtersprüche nagt an dem Pathos, mit dem die "Solidarität der Demokraten" Demütigung der Nachrufherausgeber fordert, teilt die angeblich einhellige "Rechtsüberzeugung". Aber keines der Urteile ist rechtskräftig, es gibt auch – wie in Heidelberg – gegenläufige Urteile, vielleicht hat die Berliner Staatsanwaltschaft schon Rechtsmittel eingelegt, um die Eröffnung der Hauptverhandlung zu erzwingen. Es ist auch noch keineswegs absehbar, was in Bremen, was in Oldenburg, Osnabrück, Braunschweig und Hannover geschehen wird.

Gegen den Göttinger AStA beginnt am 6. März ein mehrtägiger Strafprozeß. Der AStA ist zwar auch nur Herausgeber des Nachrufes, aber er steht – als Herausgeber der ursprünglichen Fassung in den Göttinger Nachrichten – stärker im Schußfeld als die Herausgeber der Dokumentation. Der Berliner Gerichtsbeschluß aber hebt ersichtlich auf die Tatsache des bloßen Dokumentierens des Artikels ab, wird das auch dem Göttinger AStA zugute gehalten werden? Zum anderen: aller rechtlicher Verwirrung zum Trotz ist Peter Brückner wegen der Mescalero-Affäre vom Dienst suspendiert, droht seine Entfernung aus dem Beamtenverhältnis im Wege des Disziplinarverfahrens.

Jeder der anstehenden Prozesse sollte unter den Augen der Öffentlichkeit stattfinden. Der Göttinger AStA will dazu – parallel zum Prozeß – vom 8.-10. März eine politische Veranstaltung durchführen. Kürzlich hat sich ein Unterstützungskomitee zugunsten der von Mescalero-Prozessen Betroffenen gebildet – wer darüber etwas erfahren will, wende sich an den Verlag Ästhetik und Kommunikation, Bogotastr. 27, 1 Berlin 37. Schließlich benötigen wir für unsere Prozeßvorbereitung dringend einen Überblick über alle bisherigen a) polizeilichen, b) staatsanwaltschaftlichen und c) richterlichen Maßnahmen in Sachen Buback-Nachruf, die nicht so bekannt geworden sind wie die in Berlin, Bonn und Düsseldorf; wer Informationen hat, bitte an "Initiative Wissenschaftsfreiheit", Wachmannstr. 72, 28 Bremen 1. Last not least: es gibt ein Spendenkonto Rechtshilfe für Peter Brückner c/o Konto Theo Becker, Stadtsparkasse Hannover Kto.-Nr. 371 89026 (BLZ 250 501 80).

ULRICH MÜCKENBERGER

---

gesellschaftssanitären Einrichtung".

Gegenüber diesem umfassenden Anspruch der Sicherung der Kohärenz unseres gesellschaftlichen Systems durch polizeiliche Kontrolle der Loyalität jedes einzelnen erweist sich die Legalität mit ihrer Unterscheidung zwischen äußerem Verhalten und inneren Einstellungen als eine Fessel für eine volle Entfaltung des "gesellschaftssanitären" Auftrages der Polizei und ihrer Emanzipation zum "Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen". Selbst noch so weite und globale legale Handlungsermächtigungen an die Polizei werden als Fessel empfunden, da sie stets auch eine Begrenzung darstellen und die Polizei jedenfalls der Form nach in der von ihr ungeliebten Rolle des "gewaltunterworfenen Objekts bloßer Vollstreckung" belassen.

In dieselbe Richtung weist die Erklärung des damaligen Generalbundesanwalts Buback Anfang 1976 in einem Spiegelinterview: "Wenn Sie eine gesetzliche Regelung haben und sie mal strapazieren müssen, funktioniert sie ja meistens doch nicht … Der Staatsschutz lebt davon, daß er von Leuten wahrgenommen wird, die sich dafür engagieren. Und Leute, die sich dafür engagieren, wie Herold und ich, die finden immer einen Weg". In der Abhöraktion gegen Traube ist die neue polizeiliche Handlungslogik deutlich zum Ausdruck gekommen: Die Polizei definierte eine einzelne Person als gesellschaftliche Gefahrenquelle, wobei die Gefahr nicht in irgendwelchen Handlungen des Dr. Traube lag, sondern in seinem "ungewöhnlichen Lebenszuschnitt", wie es seinerzeit der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz formulierte – hier war der Habitus und die ihm zugrunde liegende Individualität eines einzelnen unmittelbar als Gefahrenquelle definiert und mit den, wie es Herold ausdrückte, Mitteln des "einzigartigen Erkenntnisprivilegs" der Polizei unter Kontrolle gebracht worden.

Die Sicherung sozialer Ruhe in einer fundamentalen ökonomischen Krise kann nur um den Preis der polizeilichen Kontrolle des Bewußtseins der Massen und insbesondere der Gruppen und Institutionen gelingen, die der Produktion und Vermittlung von Erkenntnissen, Informationen und gesellschaftlichen Orientierungen dienen und denen die Polizei nunmehr ihr "einzigartiges Erkenntnisprivileg" entgegenzusetzen trachtet. Die Intellektuellen sind nicht nur die Blitzableiter, auf die alle Schuld an den ungelösten Problemen der Gesellschaft abgeladen wird, wie das Franz Leopold Neumann mit dem "Geschichtsbild einer falschen Konkretheit" beschrieben hat. Sie sind auch real zu einer Bedrohung der Hegemonie der herrschenden Apparate geworden, weil sie professionell auf das Denken, die Einstellungen und normativen Orientierungen der Masse der Bevölkerung einwirken und im Lichte der zitierten neuen Aufgabenstellung der Polizei als deren Konkurrenten erscheinen. Nicht zufällig spricht man im militärischen Jargon von der "geistigen Offensive", die in die Universitäten getragen werden müsse oder von dem Konkurrenzkampf der Staatsvertreter mit den Professoren, "wer den Zugriff eher hat auf diese jungen Menschen, Hochschullehrer oder Staatsvertreter".

Im Zuge der Transformation legaler Herrschaft in ein System der Loyalitätskontrolle sind Hochschullehrer, Lehrer, Künstler, Journalisten, Sozialarbeiter, kurz: alle diejenigen Professionen, deren soziales Handeln durch sinn- und normorientierte Interaktionen gekennzeichnet ist, unversehens zu einer eminenten Gefahrenquelle geworden. Der Begriff der "inneren Sicherheit" enthüllt seine doppelte Bedeutung: die Sicherung gegen innere Bedrohung ist vor allem die präventive Sicherung der Herrschaftsverhältnisse vor den inneren Einstellungen der Masse der Bevölkerung. Ob sie es wollen oder nicht, wir verteidigen mit der Freiheit des Denkens, der normativen Orientierung und der Kommunikation keine berufsständischen Privilegien, sondern die fundamentalen Voraussetzungen dafür, daß Alternativen zu den kapitalistischen Strategien der Krisenlösung gedacht, artikuliert und politisch organisiert werden können. Wir haben keine Veranlassung, vor dieser Herausforderung kleinmütig zu werden; was unsere Schwäche ausmacht, kann durchaus zu einer Stärke werden: die Schwäche, daß wir es mit gesellschaftlichen Normen zu tun haben, daß wir weder durch das Eigentum an Produktionsmitteln noch durch die Arbeit mit Produktionsmitteln eine soziale Sanktionsgewalt besitzen, ist ja nur solange eine Schwäche, wie die Beantwortung der grundlegenden Frage nach der gesellschaftlichen Verteilung der Produktionsmittel durch eine immer weitere Steigerung des Sozialprodukts und damit des Massenkonsums aufgeschoben werden konnte; die Antwort auf die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit lautete: Wirtschaftswachstum; die Steigerung des materiellen Reichtums schien diese Frage geradezu obsolet gemacht zu haben. Diese Steigerung ist an das Ende ihrer Möglichkeiten gelangt, die Frage nach der Gerechtigkeit der gegenwärtigen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums wie aber auch nach der Legitimität der Herrschaftsordnung, welche die gegenwärtige Verteilung schützt, wird zunehmend das politische Denken der Massen beherrschen, auch wenn es an Ablenkungsmanövern nicht mangelt. Wenn es heißt, die Verteilungskämpfe würden härter, so klingt unüberhörbar die Befürchtung an, daß die künftigen Verteilungskämpfe sich in ihrem Ablauf nicht länger auf die Frage eingrenzen lassen, auf welche Weise sich wirtschaftliches Wachstum am wirksamsten herstellen lassen könne. Die zugrundeliegenden Fragen sozialer Gerechtigkeit stehen auf der Tagesordnung …

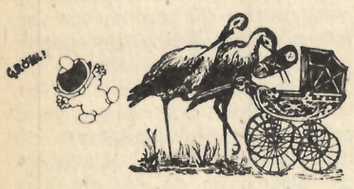
*) **Dies ist ein Auszug aus dem von U.K. Preuß gehaltenen Redebeitrag auf dem Hochschullehrertreffen in Hannover.**
Die vollständige Fassung ist in der "Kritischen Justiz" 1/78 abgedruckt.

Neues von der Filzfront

H.E. Brand

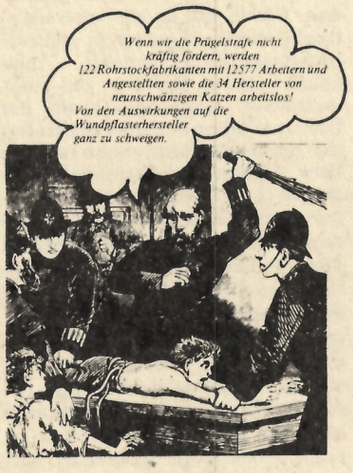
Die Lösung des Kardinals

Politiker aller Bundestagsparteien, Sprecher der Unternehmerverbände, kirchliche Würdenträger und gewerkschaftliche Spitzenfunktionäre bearbeiten uns seit Jahren mit ihren Beteuerungen, daß ihnen kein Problem mehr schlaflose Nächte bereite als die Arbeitslosigkeit. Ihre Lösungsrezeptur ist im Grunde denkbar einfach: wenn mehr konsumiert wird, kann auch mehr produziert werden und die Zahl der Arbeitsplätze wieder steigen. Daß sich das Problem in Wirklichkeit anders stellt, ficht die wackeren Ritter des Wachstums nicht an. Sie tun so, als wüßten sie weder, daß von der arbeitenden Bevölkerung nur so viel konsumiert werden kann, als sie sich zuvor in Form von Löhnen erkämpft hat, noch, daß durch den Einsatz neuer arbeitsplatzbeseitigender Technologien (Rationalisierung) mehr produziert werden kann, während gleichzeitig die Zahl der Arbeitsplätze weiter zurückgeht. Dabei fehlt es den Wachstumsexperten bei der Entwicklung von Lösungsrezepten keineswegs an kühnen Phantasien. So entdeckte Anfang 1978 der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, den Stein der Weisen in der Steigerung der Geburtenrate. Wäre nicht die Zahl der Geburten in der BRD von über 1 Million im Jahre 1967 auf knapp über 600.000 zehn Jahre später zurückgegangen, so rechnete der Kardinal, wären in diesem Zeitraum 2,4 Millionen Kinder mehr auf die Welt gekommen. Welch ein Boom an Babywäsche, Kinderspielzeug, Kindergärten und Schulen wäre doch die Folge gewesen! Enthusiastisch stellte der Kardinal die Frage, "ob wir dann auch eine Million Arbeitslose hätten" (Frankfurter Rundschau, 12.1.1978).



In einigen Jahren würde allerdings auch der Kardinal mit seinem Rezept in Bedrängnis kommen, denn dann würden 2,4 Millionen weitere Bundesbürger ins "Erwerbsleben" drängen; und damit diese ihrerseits wieder Arbeit fänden, bliebe wohl kein anderer Weg, als daß sie in noch größerem Maßstab Kinder in die Welt setzten, um arbeiten zu können. Selbst die Kardinäle dürften dann in absehbarer Zeit im Interesse der Erhaltung der Arbeitsplätze nicht mehr keusch abseits stehen.

Die Genußfilze kämpfen um die Arbeitsplätze



Der Atomfilz greift regulierend ein

Doch vergessen wir nicht, daß die verschiedensten Spielarten des Genußfilzes bereitstehen, hier regulierend einzugreifen. Am vertrautesten unter den Genußfilzen dürfte uns inzwischen der Atomfilz sein, der uns in einer konzertierten Aktion von Unternehmern, Regierungs- und Oppositionspolitikern, Betriebsräten der Atomindustrie und Gewerkschaftsfunktionären zu beweisen versucht, daß der Genuß am Leben zukünftig nur über Atomstrom zu sichern sei. Daß der Atomfilz in Wirklichkeit aber nur dazu beiträgt, unsere Lebenserwartungen zu reduzieren, indem uns seine Atomkraftwerke schon bei "Normalbetrieb" gesundheitlich schädigen, im Extremfall aber mit Katastrophen unvorstellbaren Ausmaßes bedrohen, verschweigt er lieber. Insofern ist der Atomfilz ein Bruder des Rüstungs- und Kriegsfilzes.
Doch sollte der Atomfilz – allen düsteren Prognosen zum Trotz – seine Regulierungsfunktion hinsichtlich des Arbeitsbeschaffungsprogramms des Kardinals nur unzureichend erfüllen, so stehen andere, wenn auch mindere Genußfilze bereit, die Zahl der auf den Arbeitsmarkt Drängenden frühzeitig zu reduzieren und die Zahl der Altersrentner nicht allzu sehr in die Höhe schnellen zu lassen.

Der Pilsfilz mobilisiert

Im Herbst 1977 ging der Pilsfilz in die Offensive. Eine Einheitsfront von Unternehmern, Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären aus der Brauindustrie richtete einen eindringlichen Appell an die Bevölkerung: laßt euch nicht von der "Verteufelung" des Alkohols durch Regierung und Ärzte beirren, trinkt mehr Bier und sichert dadurch die Arbeitsplätze in der Brauindustrie. Daß pro Kopf der Bevölkerung – und das schließt selbst die Säuglinge ein – im Jahre 1976 in der BRD bereits beachtliche 150 Liter Bier, 7,3 Liter Schnaps und 26 Liter Wein getrunken wurden und es bereits 1,5 Millionen Alkoholiker gibt, fällt bei den wackeren Bierfilzen unter den Stammtisch. Auch die Tatsache, daß wir – selbst bei bestem Willen – wohl kaum eine Chance hätten, im Kampf um die Arbeitsplätze in der Brauindustrie erfolgreich gegenüber den arbeitsplatzvernichtenden automatischen Sudwerken, Abfüll- und Verladeanlagen an der Sauffront zu bestehen. Vielleicht sollten die Rationalisierungsexperten der Brauindustrie den unvollkommenen Menschen möglichst schnell durch den vollautomatischen Säufer ersetzen!
Versuchen wir dennoch, den Rat der Bierlobby zu befolgen, so werden wir zwangsläufig optimal regulierend in das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Kardinals eingreifen: zum einen durch Senkung der Lebenserwartung der arbeitsfähigen Bevölkerung als Folge des Alkoholismus; zum anderen durch Schaffung zahlloser neuer Arbeitsplätze zur Behandlung der Alkoholiker – in Krankenhäusern, Entziehungsanstalten, im Haus-zu-Haus Einsatz von Sozialarbeitern und nicht zuletzt auch in der Ausbildung weiterer Sozialarbeiter, die ihre im Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze in der Brauindustrie an vorderster Front mittrinkenden Sozialarbeiterkollegen pflegen müssen. Nicht zu vergessen auch die von der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) neu einzustellenden Funktionäre, die Abend für Abend durch die Kneipen ziehen, um die Leute zum Trinken zu animieren.

Das Filzkartell

Und sollte auch dies nicht ausreichen, um in die Beschäftigungsstrategie des Kardinals optimal regulierend einzugreifen, so stehen weitere Genußfilze bereit. So wandte sich bereits die NGG – dieses Mal im Interesse der Erhaltung der Arbeitsplätze in der Tabakindustrie – auch gegen die "Verteufelung" des Rauchens und hat inzwischen den Kampf sogar noch an einer weiteren Front aufgenommen; gegen die Zahnärzte und deren "Kampagne" gegen Zucker und Süßigkeiten. Schließlich sei die Schädlichkeit von Zucker durch nichts bewiesen; fest stehe dagegen über den Hauptbetreiber dieser Kampagne, den Vorsitzenden der Zahnärztlichen Vereinigung von Nordrhein-Westfalen: "Er muß es wissen. Seiner Frau gehören mehrere Reformhäuser." So die Mitgliederzeitung der NGG "einigkeit" auf Seite 7 in ihrer Ausgabe vom Januar 1978. Unmittelbar neben diesem Artikel aber dankt der 2. Vorsitzende der NGG, der Kollege Döding, der Geschäftsleitung der Binding-Brauerei für einen "gelungenen Bierempfang", zu dem diese die Betriebsräte aus der Süßwarenindustrie geladen hatte: wen wundert es da noch, daß die Gewerkschaft ein so starkes Interesse am Wohlergehen der Brauereiindustrie zeigt?
So könnte man das Spiel noch lange weiterspielen. Wenn es demnächst in der chemischen Industrie kriselt, wird uns vielleicht die IG Chemie aufrufen, mehr Tabletten im Interesse der Erhaltung der Arbeitsplätze zu schlucken. Und auch dadurch würde das Modell des Kardinals – erneut mit gewerkschaftlicher Unterstützung – optimal reguliert. Der Kardinal selbst käme allerdings in arge Bedrängnis. Mit seiner Geburtensteigerungsstrategie müßte er gegen die Anti-Babypille sein, aus Sorge um die Arbeitsplätze in der chemischen Industrie aber deren Massenproduktion befürworten.
Und was für das Inland gilt, warum sollte es nicht auch für das Ausland gelten? Exportfilz Eugen Loderer, Vorsitzender der IG Metall und VW-Aufsichtsratsmitglied, machte sich im Januar 1978 unter südafrikanischer Sonne – vor langen Reihen fabrikneuer VW-Käfer für das westdeutsche Fernsehen gefilmt – dafür stark, keinen Wirtschaftsboykott gegen das rassistische südafrikanische Regime zu verhängen, da dieser u.a. Arbeitsplätze in der BRD gefährden würde. Und erst wenige Monate zuvor hatte er – ebenfalls im Interesse der Arbeitsplätze in der BRD – die Lieferung atomarer Technologien an die terroristischen Regimes in Brasilien und im Iran befürwortet – mögen diese damit eines Tages auch Atombomben bauen oder die eigene Bevölkerung dem Strahlentod auf "friedlichem" Wege ausliefern.
Die die Menschheit insgesamt bedrohende Irrationalität der herrschenden Produktionsweise, die zur Sicherung der Profite nur ein Wachstum um jeden Preis – auch um den Preis der Selbstvernichtung des Menschen – kennt, wird hier exemplarisch deutlich. Aber auch, in welchem Ausmaß die Gewerkschaften, die die kurzwie langfristigen Lebens- und Überlebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten beanspruchen, zum Bestandteil des Wachstumskartells geworden sind.
Im Namen uneingeschränkten Genusses und steigender Lebensqualität bedrohen uns die kapitalistischen Wachstumsanbeter mit Arbeitslosigkeit, Krankheit, Elend und Katastrophen riesigen Ausmaßes. Auf die wenigen Arbeitsplätze, die auf diesem Weg tatsächlich geschaffen werden, sollten wir in unserem eigenen Überlebensinteresse besser verzichten. Am Ende des vom Genußfilz vorgezeichneten Weges steht vielleicht nur ein steigender Bedarf an Totengräbern. Arbeitsplätze also um jeden Preis?

Europäische Strategie der Gewerkschaften – eine Fiktion

Paul Tostors

Der nachstehende Beitrag steht im Kontext der Artikelserie zu Europa, die wir vor einigen Nummern aufgefangen haben. Er behandelt die Versuche bzw. das Fehlen einer europäischen Gewerkschaftsstrategie auf Spitzenebene. Wir möchten darauf hinweisen, daß diese Ebene für uns nicht identisch sein kann mit internationaler gewerkschaftlicher Zusammenarbeit überhaupt. Deshalb bemühen wir uns für eine der nächsten "links" um einen ergänzenden Beitrag, der die Ansätze, Probleme und Schwierigkeiten einer verstärkten praktischen Kooperation von Gewerkschaftern unterhab der von Tostors analysierten Ebene beleuchten soll. Die "links"-Redaktion

Vor fünf Jahren, im Februar 1973, kam es zur Bildung eines Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und vor acht Jahren zu einem Europäischen Metallgewerkschaftsbund (EMB). Andere nationale Branchengewerkschaften schufen schon in den sechziger Jahren Koordinierungskomitees mit Sitz in Brüssel. Vertreter aller dazu in Frage kommenden westeuropäischen Gewerkschaften wirken im EG-Wirtschafts- und Sozialausschuß und in Beratungsgremien der EG-Kommission mit. Repräsentanten verschiedener Gewerkschaften berichteten der Öffentlichkeit von bisher ungekannter grenzüberschreitender Koordination und Solidarität bei Arbeitskämpfen in westeuropäischen Betrieben multinationaler Konzerne.

Solcherlei Informationen können den Eindruck wecken, es bestünde zumindest im Rahmen der EG eine gewerkschaftliche "Aktionseinheit", "Gegenkraft" oder schlicht "Strategie" auf die vermeintliche Herausforderung des Kapitals. Tatsächlich finden sich jedoch nicht einmal Ansätze dazu. Was hier an Forderungen, Wünschen, Erwartungen und Konzepten gelegentlich verbreitet wird, geht größtenteils sogar noch von zweifelhaften Voraussetzungen über die Möglichkeit einer westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung aus. Was macht also die faktische Kooperation der Gewerkschaften innerhalb der EG aus? Worin bestehen ihre Perspektiven und Grenzen?

Organisationsstruktur des Europäischen Gewerkschaftsbundes

Dem EGB gehören 31 nationale Gewerkschaftsföderationen aus 18 (nicht-osteuropäischen) Ländern an. Die BRD ist nur durch den DGB vertreten (also nicht auch durch die DAG, Beamtenbund u.a.). EGB-Mitglieder kommen ebenfalls aus Nicht-EG-Ländern, wie Österreich, Finnland, Malta u.a.m. In den EGB-Organen (Kongreß, Exekutivausschuß und Sekretariat) wirken auch die westeuropäischen Zusammenschlüsse der nationalen Industrie- bzw. Berufsgewerkschaften (wie z.B. der Europäische Metallgewerkschaftsbund) eigenständig mit.

Über die Mitglieder seiner Mitglieder beansprucht der EGB, für 38 Millionen Lohnabhängige in Europa zu sprechen. Dazu gehören nicht neben türkischen, portugiesischen und zypriotischen Gewerkschaften am auffälligsten die Organisationen der französischen CGT, – Erinnerungsposten an den Kalten (Gewerkschafts-) Krieg.

Nach dem Brüsseler Gründungskongreß von 1973 fanden zwei satzungsgemäße Kongresse, 1974 in Kopenhagen und 1976 in London, statt. Im Sekretariat des EGB – auf zwei Etagen des Gebäudes des ("sozialdemokratischen") Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften untergebracht – sind sechs Funktionäre hauptamtlich beschäftigt, von denen fünf aus EG-Gewerkschaften kommen. Über die finanzielle Ausstattung des EGB ist wenig bekannt; die Sekretariatstätigkeit hängt von der offensichtlich nicht großen Zuschußwilligkeit der nationalen Bünde ab. Über eigene Fonds scheint der EGB nicht verfügen zu können. Beim Londoner Kongreß ließ die starke Präsenz von EG-Beamten auf eine finanzielle Beteiligung der Kommission schließen.

Während dieser Zusammenkunft wurde ein gewerkschaftspolitisches Aktionsprogramm bis 1979 beschlossen, bei dem es um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Inflation in Europa, die Demokratisierung der Wirtschaft, die Energiepolitik, die Arbeitsumwelt, die Rechts- und Chancengleichheit, die Politik gegenüber der Dritten Welt, Demokratie und Freiheit in Europa, sowie um Entspannung, Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa geht. Alle Programmpunkte wurden einstimmig angenommen, bis auf die Forderungen nach Demokratisierung der Wirtschaft, denen die französische CFDT und der belgische FGTB die Zustimmung versagten. Sie wandten sich gegen die vorgeschlagene Mitbestimmungskonzeption.

Solcherlei Kontroversen während einer öffentlichen internationalen gewerkschaftlichen Zusammenkunft haben Seltenheitswert. In der Regel einigt sich ein kleiner Kreis der anwesenden Spitzenfunktionäre – und nur solche sind in den jeweiligen Delegationen zu finden – hinter geschlossenen Türen auf einen Formelkompromiß, der auf einem Minimalkonsens beruht. Dabei werden auch die Posten verteilt. Daher kommt es während der sogenannten Aussprache in der Kongreßberatung meist nur zum Vortragen allgemeiner Standpunkte; Wahlen und Abstimmungen bestehen in der Regel aus Akklamation der Versammlung.

Die Banalität der Reden, die Vagheit der Resolutionen und vor allem das gehemmte, kleinbürgerliche Honoratioren-Verhalten der Delegierten verraten, daß diesen europäischen Gewerkschaftskongressen bestenfalls eine vereinspolitische Bedeutung zukommt und zukommen kann. Der EGB ist jedoch kaum mehr als seine Kongresse zeigen. Zu disparat sind die Profile seiner Mitglieder und die Vorstellungen, die sie vom EGB als europäische Föderation von Beginn an hatten. Während ein größerer Teil der EG-Gewerkschaften dem EGB eine Pressuregroup-Funktion gegenüber den EG-Organen zuschreibt, will ein anderer Teil aus ihm ein Instrument machen, das die Gewerkschaftspolitik in Westeuropa gegenüber dem Kapital koordiniert. Hinter dieser Auffassung steckt auch eine betont antikapitalistische und aktivistische Komponente, die vor allem die französische CFDT, Teile des englischen TUC sowie die italienischen Gewerkschaften gegen den DGB glauben durchsetzen zu können.

Solcherlei Konstellationen treten vornehmlich bei den Metallgewerkschaftern auf, also gewerkschaftsorganisatorisch unter den Mitgliedern des EMB. Freilich machen die Genfer internationalen Gewerkschaftssekretariate (vor allem mit den Amerikanern) dem EMB und anderen westeuropäischen Branchengewerkschaften schon ihre einfachsten Versuche streitig, eine eigene Aktivität gegenüber multinationalen Konzernen führen zu können. Im übrigen sind alle bisherigen Bemühungen einer eigenständigen westeuropäischen Anti-Konzern-Strategie kläglich gescheitert, wie u.a. die Fälle Philips, VFW-Fokker und vor allem auch die propagandistisch aufgeputzte ENKA-Glanzstoff-Affäre zeigen.

So ist tatsächlich kaum Nennenswertes über EGB-Aktivitäten außerhalb der Kongresse zu berichten, die zu weiter als zu einer Lobbybetriebsamkeit gegenüber den EG-Organen reichen. Und selbst hier scheint der Wert der von den EGB-Funktionären geleisteten Arbeit kaum von den nationalen Gewerkschaftszentralen in Anspruch genommen zu werden, zumal diese ihre eigenen Funktionäre in die Routinetätigkeit des irrelevanten Wirtschafts- und Sozialausschusses der EG oder in Beratungskomitees und zu Anhörungen der EG-Kommission senden. Gelegentlich dürfen die EGB-Sekretäre für solcherlei Sitzungen die Vorabberatungen der nationalen Delegationen vorbereiten.

Im Rahmen der Kommission sind eine Reihe beratender Ausschüsse gebildet worden, in denen die nationalen Gewerkschaften vertreten waren bzw. sind, z.B. für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Berufsausbildung, Verbraucherfragen und insbesondere beim Sozialfonds. Hier können sie bei den Beratungen über die Ausgabe von Finanzmitteln und über die Formulierung von Richtlinienentwürfen mitwirken. Sie haben davon ebenso Gebrauch gemacht wie von der Möglichkeit zur Teilnahme an den zwei bisher durchgeführten sogenannten Drei-Parteien-Konferenzen (Regierung-Arbeitgeber-Gewerkschaften) – den Versuchen einer westeuropäischen Konzertierten Aktion nach BRD-Muster.

Der gewerkschaftliche Beitrag und Einfluß im Rahmen der EG ist vor dem Hintergrund des Standes der Integration noch einmal mehr zu relativieren. Dazu hat Klaus Busch in seinem Aufsatz (vgl. "links" November 1977) wichtige Hinweise gegeben. Die gewerkschaftliche Tätigkeit als solche kann, soweit sie auf Westeuropa gerichtet ist, auch noch

SOAK
Druckerei
Verlag
Vertrieb
Pablo Neruda
Haus
Am Taubenfelde 30 · 3000 Hannover 1
0511 /17618 – Neruda Haus 323423

JETZT ABONNIEREN!

Langer Marsch

Nr. 33 Februar 1978 **DM 2.-**
Schwerpunktthema: Russell-Tribunal; Gollwitzer-Brief; Streitgespräch Fichter, Narr, Wesel; Kirche und Staat; literarische Texte; u.v.a.m.
Abonnement (6mal im Jahr): DM 16,-

sozialistisches
OSTEUROPAKOMITEE

Nr. 27/28 Februar 1978 **DM 3,-**
Arbeitserklärung SOK; DDR-Seminar in Hannover; Bahro - Havemann - Biermann: Beiträge; Frauenfrage UdSSR, 2.-Teil; Charta '77; Rumänien; u.a.
Abonnement (6mal im Jahr): DM 12,-

IAB
Studien zu Imperialismus, Abhängigkeit, Befreiung

Nr. 3 Februar 1978 **DM 5,-**
S. Ravasani: Industrialisierung in unterentwickelt gehaltenen Ländern; G. Elwert: VR Benin; Biermann/Kößler: Siedlerkoloniale Produktionsweise - Rhodesien
Abonnement (4mal im Jahr): DM 20,-

Abos und Bestellsumme + 1,-DM Versandkosten bitte auf das Konto:
PSA Hannover 39495 - 300, SOAK.....

im Kontext der allgemeinen Bindungen für gewerkschaftlichen Internationalismus betrachtet werden.

Nationale Bestimmtheit der internationalen Organisation

Im krassen Gegensatz zu der verbreiteten Behauptung über den prinzipiell internationalen Charakter gewerkschaftlicher Arbeit steht die Tatsache, daß die internationale Tätigkeit der Gewerkschaften nur einen Restposten ihrer gesamten Arbeit darstellt, wovon die europäische wiederum nur einen Teil ausmacht. Die Feststellung, die Gewerkschaften verträten alle Arbeiter, bedeutet konkret, daß die von ihnen ausgehandelten oder erstrittenen Resultate auch den Nichtmitgliedern der gleichen Branche bzw. des Unternehmens in derselben Region innerhalb des Nationalstaates zugutekommen. Solche nationale Interessenvertretung kann einen internationalen Akzent erhalten, wenn das jener förderlich ist. Bis vor noch nicht allzu langer Zeit waren die Büros internationaler Gewerkschaften bei irgendeinem dafür in Frage kommenden nationalen Gewerkschaftsbund untergebracht; in einer Art Erbfolge besetzten bestimmte Gewerkschaften das Generalsekretariat der Internationalen, das endlich in Extraarbeit von einem der gewöhnlich im nationalen Bereich aktiven Funktionäre verwaltet wurde. Inzwischen hat sich internationale gewerkschaftliche Arbeit organisatorisch und professionell verselbständigt. Trotzdem steht sie noch unter den überkommenen beschränkten Voraussetzungen. Ihre finanzielle Ausstattung ist trotz Steigerung während der letzten Jahre gering. Das gilt für die Beiträge für die internationalen Büros ebenso wie für das internationale Referat der jeweiligen Gewerkschaft. Gerade die Bedeutung der internationalen Referate in den nationalen Bünden wird geringgeschätzt, ihre Tätigkeit ist kaum in die gesamte gewerkschaftliche Arbeit integriert. Nationalen Aufgaben werden hohe gewerkschaftliche Funktionäre in der Regel immer noch höhere Priorität geben als internationalen. In einer solchen Haltung werden sie dadurch bestärkt, daß bestimmte Tätigkeiten, z.B. Teilnahme an einer Konferenz, nur weil sie im Ausland stattfindet, von Gewerkschaftsmitgliedern anrüchig als Tourismus eingestuft wird – ein tiefsitzendes Vorurteil, zu dessen Veränderung freilich auch nichts getan wird. Die Folge solcher Distanz von der internationalen Arbeit ist, daß sie den internationalen Spezialisten eine ambivalente "Narrenfreiheit" gibt. Das kann dazu führen, daß ihre Betriebsamkeit abgetrennt von der tatsächlichen Politik der eigenen bzw. der zugehörigen Gewerkschaften verläuft. Solcherlei Umstände haben dazu beigetragen, daß die Gewerkschaftsinternationalen als Resolutionsmaschinen gelten. Was aus ihnen herauskommt, sortieren die nationalen Gewerkschaftsbünde nach dem für ihre Strategie Brauchbaren aus und verwerten es, während sie alles andere achtlos liegen lassen.

Die mitglieds- und finanzstärksten nationalen Gewerkschaftsbünde und Industriegewerkschaften üben den größten Einfluß auf die internationalen Gewerkschaftsorganisationen aus. Ihre Auffassungen spiegeln sich in Programmen und Aktivitäten der Internationalen wider. Die zwischen großen und kleinen Gewerkschaftsbünden verschiedener Länder bestehenden Unterschiede an Macht und damit Wirkungsmöglichkeiten relativieren noch einmal mehr den sogenannten Internationalismus, der die Substanz internationaler gewerkschaftlicher Organisationen ausmacht und der danach selbst wiederum von diesen Organisationen gestärkt werden soll. Tatsächlich sind die Internationalen eine Resultante des Kräftefeldes der nationalen Bünde.

Diese teils dominierenden, teils unterworfenen, jedenfalls widersprüchlichen nationalen Determinanten internationer Gewerkschaftsarbeit bewirken, daß eine auf Formelkompromisse aufgebaute internationale Programmatik in Diskrepanz steht zu der Praxis der Gewerkschaften auf jeweils ihrem nationalen Territorium. International wirksame Aktivität muß daher auch als der Zufall kongruenter Interessen der nationalen Gewerkschaften Ausnahme bleiben.

Endlich schwächt noch eine besondere nationale Dimension internationale Gewerkschaftsarbeit von grundauf dadurch, daß sie in dem durch politische Richtungen bestimmten Internationalen für bestimmte Länder bzw. Industrien sowohl generell wie speziell bei gelegentlichen Operationen nicht einmal eingebracht werden kann. Das tritt erstens dort ein, wo die repräsentativste nationale Gewerkschaft einer politisch rivalisierenden Richtung folgt (z.B. im Verhältnis der Chemiegewerkschaft der französischen CGT und der ICF), oder zweitens dort, wo die im nationalen Rahmen bestehende Aktionseinheit nicht von der internationalen Gewerkschaftsorganisation anerkannt und übernommen wird (wie im Falle des Verhältnisses der internationischen Metallgewerkschaft FLM und dem IMB).

Gründe und Bedingungen des nationalen Einflusses

Die teilweise beträchtlich unterschiedliche Sozialgeschichte der verschiedenen Länder hat zur Herausbildung spezifischer nationaler Systeme von Arbeitgeber - Arbeitnehmerverhältnissen geführt. Gerade in der Periode größter Expansion multinationaler Konzerne bildeten sich in vielen westeuropäischen Ländern Systeme der Konsultation und Kooperation zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierungen heraus (wie z.B. in der BRD die Konzertierte Aktion). In der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden hat sich z.B. das Verhältnis zwischen den Sozialkontrahenten so verdichtet, daß es mit der Formel der Sozialpartnerschaft, des Harmoniemodells oder der kooperativen Gewerkschaftspolitik charakterisiert wird. Solch spezifisch nationales Arbeitgeber-Arbeitnehmerverhältnis ist international nur unbedeutend koordinierbar und jedenfalls nicht in eine internationale gewerkschaftliche Konfliktstrategie einzufügen. Gewerkschaften, die durch langjähriges Bemühen eine für sie zufriedenstellende Beziehung zum Arbeitgeber aufgebaut haben, sind nicht bereit, sie dadurch zu gefährden, daß sie schnell und wirksam den Appellen internationaler Sekretariate oder ausländischer Gewerkschaften folgen. Im übrigen können sie durch ihre Kooperation, z.B. in der Form der Mitbestimmung, gerade Verantwortung für Operationen übernommen haben oder jedenfalls mittragen, gegen deren Konsequenzen sie im Namen internationaler Solidarität zum Protest aufgerufen werden. Jede gewerkschaftliche internationale Initiative scheitert, wenn die Gewerkschaft(en) im Stammland des betroffenen multinationalen Konzerns in einem gegebenen Augenblick nicht bereit ist, sie zumindest mitzutragen. Dort, wo die Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen als gut empfunden werden, stoßen Aufrufe z.B. zur Verweigerung von Mehrarbeit auf Unverständnis. Die Gewerkschaften beharren darauf, ihre Politik national autonom und unabhängig von anderen nationalen Gewerkschaften zu bestimmen. Bemühungen um die Voraussetzung zu kollektiven Aktionen, z.B. durch die allmähliche Angleichung der Tarifvertragsdauer, der immateriellen Arbeitsbedingungen etc., werden sogar explizit abgelehnt. Die Bewertung von Erfolgen der Gewerkschaften, die Art ihrer Tätigkeit, die Formulierung ihrer Problematik, ihre Stärke in der jeweiligen nationalen Gesellschaft, die Größe ihrer Mitgliedschaft u.a.m. sind in Westeuropa von Land zu Land äußerst verschieden, so daß europäischen kollektiven gewerkschaftlichen Aktionen ein Abbau der Unterschiede vorangehen müßte. Da ernstlich solche Absichten nicht nur nicht bestehen, sondern sogar von bedeutenden nationalen Gewerkschaften verworfen werden, können europäische Aktionen nur den Ausdruck der Koordination nationaler Einzelakte darstellen. Die Sozialisation der Lohnabhängigen ist in besonderem Ausmaß durch die Nationalstaaten bestimmt (Familie, Schule, Fortbildung, Armee). Sie erwarten ihre Existenzsicherung letztlich von der Intervention des Nationalstaates (Kranken-, Arbeits-, Rentenversicherung). Die zunehmende Staatsaktivität in diesem Jahrhundert durchdringt auch alle Lebensumstände (Steuer, Beihilfen, Gesetzgebung im allgemeinen). Auch die Arbeitsgesetzgebung, freiwillige Arbeitsvereinbarungen, Arbeitsrechtsprechung u.a. vollziehen sich beinahe ausschließlich im nationalen Rahmen. Sie sind jedenfalls für den Lohnabhängigen nicht anders als national determiniert, nicht zuletzt aufgrund seiner Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten erfahrbar. Bemerkenswert ist, daß die von vielen Großunternehmen bekannte ideologische Integration der Belegschaft in einer Sekundärfamilie bei multinationalen Konzernen jeweils unter einem nationalen Muster verläuft. Die Unternehmensbindung für Arbeitnehmer durch den Arbeitgeber ist als Versuch der Arbeitsplatzbindung stets vertikal. Solcher Unternehmensbindung der Arbeitnehmer entspricht übrigens eine unternehmensegoistische Interessenvertretung, sei es als selbständige Gewerkschaftsorganisation, sei es als Betriebsgewerkschaft, die nur noch formell mit der nationalen Gewerkschaft verbunden ist. Die Aufgabe der Gewerkschaft, zu einer horizontalen Bindung der Arbeitnehmer als Beitrag zur Erziehung von Solidarität beizutragen, wird von ihnen vernachlässigt.

Diskrepanz zwischen Programm und Wirklichkeit westeuropäischer gewerkschaftlicher Arbeit, ihre Determinierung durch nationale Gewerkschaften und deren Absonderung kennzeichnen das Feld gewerkschaftlicher Interessenvertretung gegenüber multinationalen Konzernen. Eine Veränderung wäre nur von einer gewerkschaftlichen Kampagne zu erwarten, die von der Bildung und Schulung der gewerkschaftlich organisierten Belegschaftsangehörigen, über die Steigerung des Organisationsgrades in und Kommunikation zwischen Betrieben multinationaler Konzerne bis zu einer Gewerkschaftspolitik reicht, die nationalen Egoismen abschwört. Im Mittelpunkt eines solchen Veränderungsbeitrages müßte die Verbindung von nationalen Aktivitäten mit transnationaler Basisarbeit stehen, wobei die transnationale Dimension die Korrektivfunktion gegenüber den im nationalen Rahmen vollziehbaren Änderungen von Inhalten und Struktur gewerkschaftliche Politik leisten müßte. Die Änderungen gewerkschaftlicher Politik sollten Ergebnis einer Rückbesinnung auf ihre Orientierung an politische Programme sein. Eine Veränderung westeuropäischer Gewerkschaftspolitik hätte mit einer Veränderung im nationalen Bereich zu beginnen. Ein schneller Erfolg solchen Beginnens ist im Zuge der wirtschaftlichen Krise, in der sich Gewerkschaften den Prioritäten nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik zu unterwerfen gelernt haben, unwahrscheinlich. ★

Helmut Ortner / Reinhard Wetter

Gefängnis und Familie

Protokolle · Texte · Materialien

Im Anhang:
Perspektiven einer politischen Gefangenenarbeit
Karin Kramer Verlag
Berlin

Mit dieser Buchherausgabe unter dem Titel „Gefängnis und Familie" ist nicht ein Plädoyer für die „gute" Familie gegen die „schlechte" Strafjustiz beabsichtigt. Im Gegenteil: aus den Schwierigkeiten und Anklagen der Familienmitglieder heraus soll sowohl die Überholtheit und Unzulänglichkeit der Familie, als auch die Überholtheit und Unmenschlichkeit der Strafjustiz sichtbar gemacht werden.

2. erweiterte und überarbeitete Auflage **DM 12,80**

Ein Razziengesetz — Für wen? Für was?

Albrecht Funk

Im Februar 1978 hat die SPD/FDP-Mehrheit des Deutschen Bundestages unter dem Titel "Beschlüsse zur Bekämpfung des Terrorismus" wieder einmal eine Änderung der Strafprozeßordnung beschlossen. Und ebenso wie bei den Debatten des letzten Jahres wurde in den Massenmedien und in den parlamentarischen Beratungen weitgehend schon vorab davon ausgegangen, daß aufgrund "polizeilicher Erfordernisse" eine Anpassung der Gesetze erfolgen muß. Gestritten wurde nur noch darum, wie weit sich denn das Recht an die "Erfordernisse" anzupassen habe. Die Exekutive legte weitgehende Vorschläge vor, die Opposition ging mit ihren Entwürfen noch darüber hinaus, Teile der Liberalen und der SPD-Fraktion kämpften um Einschränkungen, und schließlich ergibt sich eine Kompromißformel, die der Rechten zu lasch ist, Wünsche der Exekutive offen läßt und den linksliberalen Abgeordneten gerade noch vertretbar erscheint.

Die außerparlamentarische Linke wiederum stand diesem Prozeß ziemlich hilflos gegenüber. Soweit sie nicht in immer neuer Erregung eine Maßnahme schon zu der neuen Qualität, dem Polizeistaat, dem Neuen Faschismus, hochstilisierte, versuchte sie, über die wahren Konsequenzen und möglichen Folgen der Gesetze aufzuklären, wohl bewußt der Tatsache, daß sie bei weiten Teilen auch der linksliberalen Öffentlichkeit auf taube Ohren stieß. Nur das Abstimmungsverhalten eines Häufleins von SPD-Abgeordneten bei der Verabschiedung des Kontaktsperregesetzes signalisierte, daß vielleicht bei einem kleinen Teil liberal-sozialdemokratischer Parteianhänger und Politiker die Einsicht wächst, daß auch viele kleine Kompromisse im Laufe der Zeit zu qualitativen Deformationen einer Demokratie führen.

Die Bedeutung des Razziengesetzes liegt genau an diesem Punkt. Es ist zwar schon an sich, als einzelnes "Anti-Terrorismus-Gesetz" bedenklich, seine eigentliche Qualität und Gefährlichkeit resultiert aber vor allem daraus, daß es für die Gesetzesinitiatoren, die Innenministerkonferenz, als ein erster Schritt zu einer allgemeinen, potentiell alle betreffenden Erweiterung exekutiv-polizeilicher Befugnisse dient. Diese Intention, die von der Innenministerkonferenz den Parlamentariern weitgehend unterschlagen wird, herauszuarbeiten und zu verdeutlichen, ergibt nicht nur die Möglichkeit, die Verlogenheit einer mit dem Terrorismusargument bestrittenen Gesetzgebungsstrategie aufzuzeigen, sondern eröffnet auch Möglichkeiten zu einer breiteren, die Antiterrorismusgesetzgebung offensiv bekämpfenden Widerstandsfront. Der eigentliche inhaltliche Kern der neuen Beschlüsse des Bundestages soll hier deshalb nur kurz skizziert werden. In den Änderungen zur Strafprozeßordnung geht es – sieht man hier einmal von der weiteren Verschärfung der Ausschlußbestimmungen für Verteidiger und der Einführung einer Trennscheibe zwischen Mandant und Verteidiger in den U-Haft-Anstalten ab – in den sogenannten Razzienparagraphen um folgende Punkte:

1. Im neu geschaffenen § 163 b/c soll erstmals der Vorgang der Personalienfeststellung durch die Polizei zum Zwecke der Strafverfolgung geregelt werden. Natürlich überprüft die Polizei heute schon tagtäglich Tausende von Personalpapieren. Sie kann dies heute laut Gesetz jedoch nur, wenn der konkrete Verdacht vorliegt, daß eine Person die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet oder gefährdet hat, etwa durch strafbare Handlungen, Ruhestörung usw. Jetzt soll ausdrücklich festgehalten werden, daß jede Person, auch dann, wenn diese "einer Straftat nicht verdächtigt ist", zur Aufklärung irgendeiner Straftat sich einer "Identitätsfeststellung" unterwerfen muß. Läßt sich die Identität einer Person nicht sofort zweifelsfrei feststellen, dann soll die Person bis zu zwölf Stunden festgehalten, durchsucht und erkennungsdienstlich behandelt werden können.

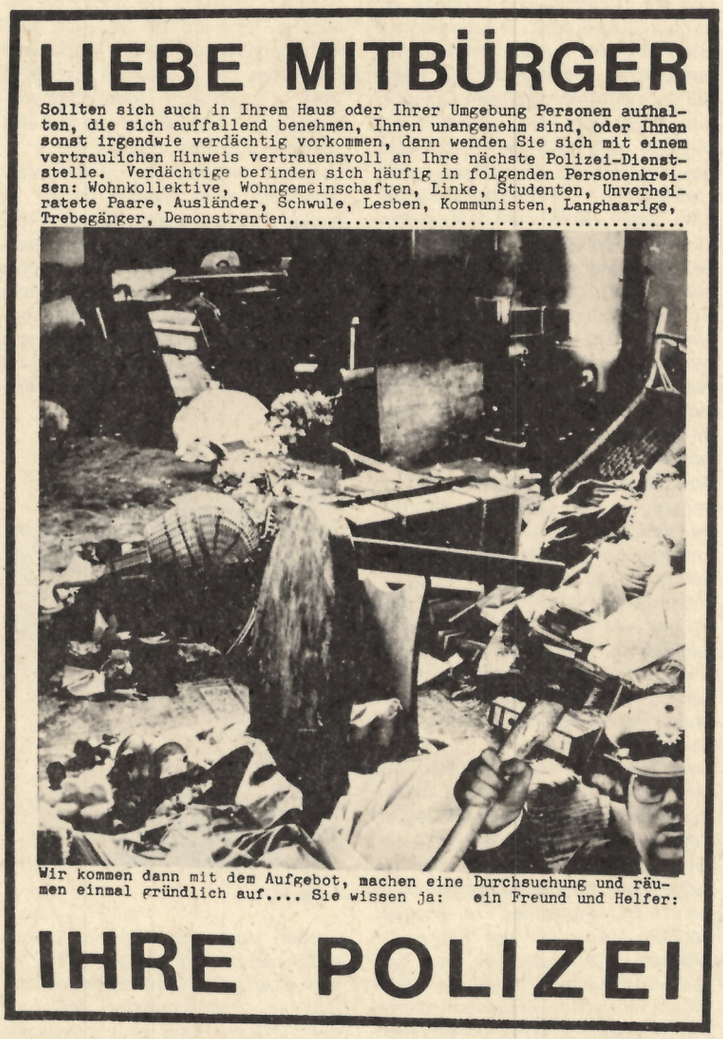
2. Der neue § 111 StPO soll die Einrichtung von Kontrollstellen auf Straßen, Plätzen etc. zur Strafverfolgung regeln. Rechtlich waren Kontrollstellen bis jetzt eigentlich nur über die Straßenverkehrsordnung gedeckt, die erlaubt, die Fahrzeugpapiere und das Fahrzeug auf seine Fahrtauglichkeit zu prüfen. Wer in eine Kontrollstelle auf dem Weg nach Kalkar geraten ist, weiß, was jetzt mit den neuen Kontrollstellen bezweckt wird. Jeder – nicht nur der Fahrer – soll überprüft werden können, und jeder mitgeführte Gegenstand soll durchsucht werden dürfen. Derjenige, der sich nicht ausweisen kann – siehe Punkt 1 – kann dann natürlich festgehalten und erkennungsdienstlich behandelt werden …

3. Die Änderung des § 103 StPO, der die Durchsuchung von Wohnungen zum Zwecke der Strafverfolgung regelt, soll vor allem ermöglichen, daß zu diesem Zwecke eine Durchsuchung nicht nur dann zulässig ist, wenn ein konkreter Verdacht vorliegt. Wenn eine Straftat nach § 129 StGB (kriminelle Vereinigung sowie die dort erwähnten schweren Straftaten wie Mord, Geiselnahme etc.) vorliegt, sollen in Zukunft alle Wohnungen in einem Gebäude durchsucht werden können, von denen angenommen wird, daß sich darin ein Beschuldigter aufhalten kann.

Oberflächlich betrachtet, scheint es sich um ein auf die Terroristenfahndung zugeschnittenes Gesetz zu handeln. Was jeden stutzig machen müßte, ist nun nicht allein die Tatsache, daß die Polizei auf der alten Rechtsgrundlage, wenn auch manchmal am Rande und etwas außerhalb der Legalität, die größte Fahndungsaktion der Nachkriegszeit erfolgreich hinter sich gebracht hat (nach der Schleyer-Entführung), sondern daß für die zuständigen Innenminister aller Bundestagsparteien die Einführung ganz offensichtlich nur ein Vorwand war. Im Kern ging und geht es den Innen-/Polizeiministern darum, über die Änderung der StPO einen ersten Schritt zur Neuverteilung und Erweiterung der polizeilichen Befugnisse zu erreichen.

Die ersten Überlegungen zu dieser StPO-Änderung sind schon über ein Jahr alt. Sie mußten angestellt werden, weil die Innenminister sich mit ihrem Versuch, bei der Neufassung des Polizeirechts (Musterentwurf für ein einheitliches Polizeirecht, 1. Fassung 1976) die Befugnisse der Polizei dahingehend zu erweitern, daß ohne jeden konkreten Verdacht in Freiheitsrechte des Bürgers eingegriffen werden kann, einen Tadel der Juristen zuzogen. Denn diese Normen im Musterentwurf für ein einheitliches Polizeirecht standen eindeutig im Widerspruch zu den noch geltenden, viel enger gefaßten strafprozessualen Normen. Die Strategie der Innenminister ging dann sehr schnell in die Richtung, unter diesen Umständen dann halt eine Anpassung der StPO an den Musterentwurf anzustreben (so etwa der damalige Innenminister Schwarz in einem Spiegel-Gespräch 1976, Nr. 32). Nach der Verabschiedung der StPO-Änderung soll dann, geht es nach den Vorstellungen der Innenminister, der Musterentwurf für ein einheitliches Polizeirecht zur Beschlußfassung in den Bundestag und die Länderparlamente eingebracht werden, voraussichtlich im Frühsommer 1978. Bereits im Oktober letzten Jahres legte eine Arbeitsgruppe "Harmonisierung Strafprozeßrecht/Polizeirecht" der Innenministerkonferenz ihre Vorstellungen einer Neuordnung exekutiver Zwangsbefugnisse vor. Aus den Arbeitsresultaten der Harmonisierungsgruppe lassen sich die Absichten der Exekutive klar ablesen.

Rechtstechnisch gesehen ging es



Montage: Gerd Jotter

olle und wolter

KRITIK DES EUROKOMMUNISMUS

Revolutionäre Alternative oder neue Etappe in der Krise des Stalinismus?

ERNEST MANDEL

Die historischen Wurzeln des Eurokommunismus / Die Ostberliner Konferenz / Elleinstein, Carrillo, Bahro – Drei Rezensionen / Das Wirtschaftsprogramm der KPI / Die KPF und der bürgerliche Staat / Zur Strategie des Eurokommunismus

Olle & Wolter

220 Seiten, DM 12.80

Neu im März:

Crusius, Schiefelbein, Wilke (Hrsg)

Band 1

Dokumente und Analysen

Mit Beiträgen von: *R. Müller A. Brock, J. Winschuh, u.v.a.*

300 Seiten, ca. DM 19.–

Band 2

Kurt Brigl-Matthiaß

‚Das Betriebsräteproblem'

Mit einem Vorwort von Reinhard Hoffmann

280 Seiten, ca. DM 19.–

Hakki Keskin

Die Türkei

Entwicklung vom Mittelalter zur Gegenwart

ca. 300 Seiten, ca. DM 19.–

kritik

Zeitschrift für sozialistische Diskussion Nr.16

Im März erscheint **Nr. 16**

Alternative Partei?
Terrorismus II

Mit Beiträgen von: *M. Horacek, W. Sternstein, P. Oertzen, B. Rabehl, K. Meschkat, E. Krippendorff,* u.a.m.

7.– DM, im Abo 6.– DM

Postfach 4310, 1000 Berlin 30

darum, im Strafprozeßrecht alle Bestimmungen unterzubringen, die mit der Verfolgung einer konkreten, schon begangenen Straftat zu tun haben. Im Polizeirecht wiederum sollten alle die Bestimmungen verankert werden, die entweder zur Abwehr von Gefahren dienen (z.B. Beseitigung von Ruhestörern, Beseitigung von Gefahrenquellen) oder der allgemeinen vorsorglichen Verhinderung von Störungen der Sicherheit und Ordnung. Alle oben aufgeführten Befugnisse tauchen also im Musterentwurf für ein einheitliches Polizeirecht, der dann bei der nächsten günstigen Gelegenheit eingebracht wird, nochmals auf. Vielfach sind dort im Polizeirecht, das den Bereich der vorbeugenden, "präventiven" Verbrechensbekämpfung regelt, noch sehr viel weitreichendere Befugnisse untergebracht. Aktionen wie Kalkar etwa könnten selbst nach der jetzt vorliegenden StPO-Änderung nicht vorgenommen werden, dazu müßte es erst zu einer Straftat gekommen sein. Deshalb hat die Innenministerkonferenz im November 1977 noch beschlossen, im Musterentwurf die Liste der möglichen Anlässe zur Einrichtung einer Kontrollstelle zum Zwecke der Prävention um den Punkt: zu erwartende Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (zu erwartende Gewalttaten usw.) zu erweitern.

Strategisch-politisch gesehen, geht es also um die Durchsetzung eines exekutiven Gesamtkonzeptes zur "Neuordnung der polizeilichen Befugnisse", worum geht es nun der Innenministerkonferenz eigentlich inhaltlich?

Dies läßt sich schon deutlich aus den jetzt vorgeschobenen Einzelregelungen zur Strafprozeßordnung ersehen: Es dreht sich insgesamt darum, polizeiliches Handeln rechtlich nicht mehr an das Vorliegen eines konkreten Verdachtes zu koppeln, sondern insgesamt der Polizei die Möglichkeit zuzugestehen, aus "präventiven Gründen" Personalien überprüfen, Personen erkennungsdienstlich erfassen und zu observieren, ihre Wohnungen betreten und Kontrollstellen einrichten zu können. Der bis jetzt geltende Rechtsgrundsatz, daß die Bürger an sich zunächst alle als unverdächtig zu betrachten sind, soll ersetzt werden durch den Grundsatz, daß die Polizei nach ihrem Gutdünken Personen und Gruppen als (potentiell) Verdächtige aussortieren und erfassen darf. An einem Unterpunkt in den Überlegungen der Harmonisierungskommission der Innenministerkonferenz wird dies besonders deutlich. Sie stellt fest, daß die beobachtende Fahndung und Observation, etwa die vorsorgliche Erfassung aller Daten von potentiell als verdächtig eingestuften Anti-AKW-Demonstranten notwendig sei, wenn auch rechtlich problematisch. Denn: "Die Generalklausel des § 3 Abs. 1 ME reicht als Rechtsgrundlage in der Regel nicht aus, da meist keine konkrete Gefahr vorliegt. Das eigentliche Problem liegt bei der Frage der Speicherung und Auswertung der im Rahmen der beobachtenden Fahndung gewonnenen Erkenntnisse. Eine eindeutige Rechtsgrundlage ist dringend erforderlich, zumal die Gefahr besteht, daß evtl. mangels rechtmäßiger Gewinnung der Erkenntnisse die daraufhin gespeicherten Daten (also die jetzt schon vorhandenen Dossiers A.F.) gelöscht werden müssen." (Abschlußbericht der Arbeitsgruppe Harmonisierung, S. 8).

Beim Razziengesetz darüber feilschen zu wollen, ob die eine oder andere Befugnis nicht doch für die Bekämpfung schwerer Gewaltkriminalität notwendig ist, ist angesichts der klaren, über dieses Problem weit hinausreichenden Intention der Innenminister nutzlos. Worüber es gilt sich auseinanderzusetzen, ist die Frage, was denn hier die polizeiliche Exekutive unter "präventiver Verbrechensbekämpfung" versteht, wen sie und was sie denn präventiv erfassen will.

Niemand wird bestreiten, daß die Verhinderung eines Mordes besser ist als die Aufklärung eines Mordes. Vorbeugen ist besser als bestrafen. Doch wie kann dies geschehen? Zunächst wohl doch nur dadurch, daß man die Ursachen krimineller Aktion beseitigen hilft und daß man auf Strafe verzichtet, wenn man sieht, daß über konkrete Hilfe dem Täter geholfen

Kalkar 1977 Bild: vk

werden kann und dieser in Zukunft nicht mehr straffällig wird. Mit einem solchen Präventionsbegriff, der auf die gesellschaftliche Änderung der Ursachen und eine individuelle Beseitigung der Motivationen für kriminelle Akte abzielt, hat der polizeiliche Präventionsbegriff nichts zu tun. Vielmehr wehren sich alle Repressionsbürokratien und verantwortlichen Innenminister mit allen Mitteln gegen Versuche – wie sie von der Gewerkschaft der Polizei vertreten wurden –, dem Polizistenberuf eine *sozial*-präventive Komponente zu geben (Polizei als Sozialingenieur). Mit Prävention meint die Innenministerkonferenz nur und ausschließlich die vorsorgliche Erfassung potentieller Täter und "Störer", um sie gegebenenfalls, wenn sie eine störende Aktion oder Straftat begehen, besser packen und repressiv behandeln zu können.

Auf wen richtet sich nun die Prävention? Auf die Terroristen sicherlich nicht, denn sie sind – wie das Bundeskriminalamt mehrfach betonte – praktisch vollzählig erfaßt, weil sie zuvor schon als Störer und Straftäter aufgetreten sind, Gruppen, die den legalen Handlungsrahmen verlassen, lassen sich auch gar nicht mehr präventiv erfassen, weil sie sich jeder offenen Konfrontation entziehen. In diesem Fall ist auch die *beobachtende* Fahndung eine logische Unmöglichkeit, während die Observierung von Tätern und Verdächtigen in diesem Falle auf der jetzt geltenden Rechtsgrundlage kein Problem ist. Prävention zielt eindeutig auf andere, legal arbeitende, sich öffentlich legitimierende und ihre Identität zeigende Personen und Gruppen. Daß es um dieses polizeiliche "Aufmerksamkeitsfeld" geht, auf das Prävention bezogen ist, wird von der Polizei und von Beamten der Innenministerien keineswegs verschwiegen. Dies skizzierte etwa der rheinland-pfälzische Staatssekretär des Innern bei einer Diskussion um den Musterentwurf folgendermaßen: "Eine für die Polizei nicht immer leichte Aufgabe liegt ... in der Differenzierung zwischen kriminellem politischen Terror und erlaubten politischen Aktionen von Randgruppen. ... Die Polizei muß hier sorgfältig prüfen (!) und dann mit Entschiedenheit handeln ... Vieles spricht dafür, daß auf längere Sicht die ernstzunehmenderen Gefahren für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht von den Terrorakten der Anarchisten ausgehen, sondern von der disziplinierten und einer längerfristigen Strategie folgenden Aktivität rechts- und vor allem linksextremistischer Organisationen, die in der gegenwärtigen Situation die Anwendung von Gewalt weitgehend vermeiden und sich statt dessen auf den "langen Marsch durch die Institutionen" begeben haben." (in: Aktuelle Probleme des Polizeirechts, hrsg. von D. Merten, 1977, S. 20).

Um diese Gewalt vermeidenden Personen und Gruppen, um diese politischen "Feinde" präventiv-polizeilich erfassen und behandeln zu können, bedarf es in der Tat neuer Gesetze. Das Razziengesetz ist hierzu nur ein Auftakt.

Wir, das heißt die einzelnen SB-Mitglieder und -Gruppen, sollten es nicht allein dabei belassen, darauf zu hoffen, daß vielleicht doch einige Bundes- und Landesabgeordnete (denn das Polizeirecht muß in allen Ländern verabschiedet werden) langsam merken, wo der Zug hingeht. Bis jetzt waren auch die wenigen Abgeordneten kaum fähig, offensiv gegen die verschleiernde Anti-Terrorismusgesetzgebung eine auf Verfassungsrechte bauende Argumentation zu setzen. Dies ist angesichts der in der liberalen Presse vorhandenen Unfähigkeit zur Kritik, angesichts der Ohnmacht und Lethargie, die durch die terroristischen Aktionen in der Linken herrschen, auch gar nicht zu verwundern. Die Chancen jedoch, auch andere Personen und Gruppen, etwa die Bürgerinitiativen, Teile der SPD- und FDP-Parteijugend und der Gewerkschaften davon zu überzeugen, daß diese "Maßnahmegesetze" auch sie treffen, sind vorhanden. Die Chance also, den Teufelskreis der Legitimierung staatlicher Maßnahmen und Gesetze durch terroristische Aktionen zu durchbrechen, ist im Falle der Neuordnung polizeilicher Befugnisse in der Strafprozeßordnung und beim Musterentwurf, der im Laufe des Jahres zur Beratung anstehen wird, groß. Wir sollten sie in unserer praktischen politischen Arbeit nutzen.

★

Stichworte zu Blochs Ketzerchristentum

Joachim Perels

Nicht wenige Sozialisten, die eine wie immer äußerliche christliche Sozialisation hinter sich haben, verhalten sich zu ihrer Vergangenheit nach dem Muster bloßer Abwehr und Verdrängung. Das Christliche ist ihnen ein überwundener Mythos, dem die Klarheit des sozialistischen Bewußtseins das Existenzrecht abgesprochen hat. Umgekehrt haben manche Christen, die mit ihren atheistischen Freunden sozialistische Politik zu machen versuchen, allzuoft ein schlechtes Gewissen: als müßten sie ihre christliche Motivation vor einem fixen Ideologieverdacht verstecken. Der Grund für diese beiden offenbar nicht untypischen Verhaltensweisen liegt wohl darin, daß das Christentum so wahrgenommen wird, als definierten Herrenkirche und jene bürgerlichen Parteien, die sich ein großes C zugelegt haben, was es mit der Botschaft des Zimmermannssohns aus Nazareth auf sich hat. Dabei besteht zwischen dem Anspruch des Christentums und seiner apparatlichen, nicht selten heidnischen Existenz ein nicht minderer Gegensatz als etwa zwischen dem Stalinismus und dem Reich der Freiheit. Nur zum Schaden der subversiven Substanz des Christentums kann dessen herrenfromme Gestalt für die Sache selber genommen werden.

Konflikte zwischen kirchlichen Leitungsgremien und oppositionellen Gruppen beziehen ihre vorwärtstreibende Kraft daraus, daß die Differenz zwischen den von der Kirche praktizierten Machtgesetzen und der beanspruchten christlichen Legitimation an den Tag kommt. Solange diese Konflikte von einem christlichen Wahrheitsanspruch aus geführt werden, dem das Christliche kein taktisches, austauschbares Instrument ist, haben sie für die institutionelle Religion eine höchst ärgerliche Dimension. Ein beredtes Beispiel hierfür ist die biblisch begründete Intervention von Ernst Käsemann zugunsten der Tübinger Studentengemeinde. Die institutionelle Religion, deren gesellschaftlichen Grundlage eine "Schicht von Verteidigern jedweden Besitzes" bildet, die "sich die eigene Nestwärme zu erhalten suchen" (Käsemann), ist in ihrer Existenz angegriffen, wenn die Bibel als eine wesentlich den Abhängigen und Elenden zugewandte Schrift tatsächlich ernst genommen wird.

Die sozialistische Bewegung hat bis auf einige Ausnahmen das Chistentum als kompakten Machtzusammenhang, als bloße Domäne des Klassengegners mißverstanden. Gründlicher als alle bisherigen sozialistischen Theoretiker rückt Ernst Bloch diesem Vorurteil zu Leibe: durch die systematische Entfaltung der theoretischen wie praktischen Kategorie eines sozialistischen Erbes.

Blochs Philosophie bringt in den Marxismus eine Aufgabe ein, die von Marx und Engels umrißhaft erkannt, jedoch nie näher ausgeführt worden ist: die Aufgabe, Not und Abhängigkeit aufsprengende Lebens- und Vorstellungsweisen der bisherigen Geschichte im Sozialismus aufzunehmen, an ihnen ein Erbe anzutreten. Dies Erbe gehört nicht ins Revolutionsmuseum des Geistes, für den Sozialismus hat es die praktische und aktuelle Bedeutung, den Horizont seiner Zielinhalte zu umreißen. Bloch drückt dies in einem vertrackt einfachen Satz so aus: "Das gute Neue ist nicht ganz neu"; es ist gerade dadurch gut, daß es die auf Befreiung gerichteten Gedanken der Vergangenheit realisiert, nicht aber überschlägt. Wird die Dimension der konkreten Utopie aus dem Sozialismus verbannt, so fehlen die Richtpunkte, die über eine einfache Negation der schlechten Realität hinausweisen.

Die Texte des Alten und Neuen Testaments bewahren wichtige Elemente konkreter Utopie. Unter Blochs Hand beginnt die Bibel neu zu leuchten. Als Lesehilfe, für sie und für "Atheismus im Christentum", seien einige Spuren verfolgt. Bloch legt die von Moses über die Propheten bis zu Jesus und Jakobus sichtbare Linie gegen die Herren und ihre Pfaffen, die die Elenden unterdrücken und mit religiösem Opium betäuben, in ausgreifenden Interpretationen bloß. Hervortritt die Biblia Pauperum, die Bibel der Armen, auf deren Seite die Propheten nicht weniger als Jesus stehen: "Die ihr die Armen unterdrückt und die Elenden im Lande verderbt" (8,6), schleudert Amos, wenig staatsfromm, seinen Oberen entgegen. Er wirft den Kult, wenn er als bloß verhüllender Überbau über den Unrechtsverhältnissen liegt, von sich: "Tu weg von mir das Geplärr deiner Lieder" (6,23).

In Jesus kulminiert und vereinigt sich diese Linie. Bloch begreift Jesus als den ersten christlichen Ketzer, dem nicht umsonst von der herrschenden Priesterkaste das Prädikat der Gotteslästerung angeheftet wird. In der Tat, denn Jesus lästert den selbstgemachten Herrengott, bei dem die Reichen durchs Nadelöhr kommen, als sei es ein Scheunentor, ein Gott, der das Wort Jesu: "Er stößt die

Mächtigen vom Thron und erhöht die Niedrigen" (Lk. 1,52) zur Sünde umlügt. Gerade dieser Jesus, dem das arme Volk zuströmt, wird von den Oberen als Gefahr angesehen, weil er ihnen das Volk abspenstig macht und ihre selbstischen Machtzustände bedroht. Auf Betreiben der Oberen, die das Volk vom "Hosianna" zum "Kreuzige" wegführen, wird Jesus hingerichtet. Die Kreuzigung war, bemerkt Bloch, die römische Strafe für Aufruhr.

Die Hinrichtung Jesu galt jenem Menschensohn, dem das Gott gefallende Verhalten nur dann eines ist, wenn es eine auswendige Seite hat. Inwendigkeit, die sich nicht mit tatkräftigem Eintreten für die "geringsten Brüder" paart, ist Rückfall ins Heidentum. Gegen Schriftgelehrte und Pharisäer, die die leere Äußerlichkeit der religiösen Formen leben, macht Jesus Front: "Es werden nicht alle, die zu mir sagen: Herr, Herr! in das Himmelreich kommen, sondern die den Willen tun meines Vaters im Himmel (Mt. 7,21)." Im Gleichnis vom barmherzigen Samarither wirds noch anschaulicher: Der Ungläubige hilft dem unter die Mörder Gefallenen, verbindet seine Wunden, während der Gläubige, der Fromme an dem Elenden vorübergeht.

Wie sich die christliche Existenz in den sozialen Beziehungen erweist, so ist auch der von Jesus erwartete Anbruch des Neuen Äon, der neuen Weltperiode, nicht auf einen anderen Raum, aufs Jenseits gerichtet, sondern aufs Diesseits der Geschichte, auf die Erde selber. Bloch interpretiert das Wort Jesu: "Mein Reich ist nicht von dieser Welt" (Joh. 18,30) anders als die Herrenkirche, die das irdische Jammertal als unveränderbar ausgibt. Bloch schreibt: " 'Diese Welt' ist gleichbedeutend mit der jetzt bestehenden, mit dem 'gegenwärtigen Äon', dagegen 'jene Welt' mit dem künftigen Äon' ... Ge-

POLITIKON

Nr. 57 – Nov. '77: Umleitung zur arbeitslosigkeit / Interview mit drei arbeitslosen Akademikern / Kommentare und Berichte zur Suspendierung von Peter Brückner, zum Konflikt um die Herausgeber der ‚Buback-Dokumentation' und zur Suspendierung des Göttinger ASTA / Mai '68 und Strategien der ‚Neuen Linken' in den Kämpfen der LIP-Belegschaft

Nr. 58 – Febr.'78: „Wir sind das Herz des Volkes": Interview mit einer Bürgerwehr / Gewalt der Mitte / Uniformität und Bürgerkriegslogik – Zur inneren Geschichte der ‚Buback-Dokumentation'/ Verteidigung der Literatur gegen staaatliche Umtriebe

Vertrieb: PROLIT-Buchversand, 63 Giessen, Postfach 2969 – ca. 40 S., **Einzelpreis DM 2,-**

Abo: (4 Hefte + Vers.): DM 7,- / (6 Hefte): DM 10 / (8 Hefte): DM 12,- – Abo-Preis bitte mit Vermerk: Politikon-Abo ab Nr. ... auf das Postschkto Hannover 87377 (Politikon) einzahlen.

Von einigen Heften verschicken wir **Probeexemplare.** Bestellung (gegen 70 Pf. Rückporto) bei der Redaktion Politikon 34 Göttingen, Postfach 640.

meint ist folglich, mit dem Gegensatz dieser Begriffe, keine geographische Trennung in Diesseits und Jenseits, sondern eine zeitlich-nachfolgende auf dem gleichen, hier befindlichen Schauplatz. 'Jene Welt' ist die utopische Erde, mit utopischem Himmel über ihr, in Übereinstimmung mit Jes. 65,17: 'Denn siehe ich will einen neuen Himmel und eine neue Erde schaffen; daß man der vorigen nicht mehr gedenken wird noch zu Herzen nehmen.' Erstrebt ist kein Jenseits nach dem Tod, wo die Engel singen, sondern das ebenso irdische wie über-irdische Liebesreich, wozu die Urgemeinde bereits eine Enklave darstellen sollte."

Die drei, gewiß unvollständigen Elemente eines jesuanischen Ketzer-Christentums – der Rammstoß gegen die Oberen, die Verwerfung inhaltsloser Kultformen und die Diesseitigkeit der Erlösungshoffnung – stellen den Sozialismus vor die schwierige Aufgabe eines Erbes. Um es in allergröbsten Zügen anzudeuten: Herrschaftskritik kann aus der Bibel lernen, daß es gerade um die Befreiung des einzelnen Abhängigen geht, nicht bloß einer planen Klasse; die Abwendung von äußerlichen Kultformen mag auch ein Stachel gegen die tönende Leere marxistischer Phrasen sein, die sozialistische Schriftgelehrte getrennt von den Unteren, im Munde führen; die messianischen Hoffnungen auf eine neue Erde schließlich würden dem oftmals kahlen Zielbegriff vom Reich der Freiheit einen genaueren, irdisch gesättigten Inhalt geben.

Das Verhältnis von Christentum und Marxismus ist nicht einfach das Verhältnis eines einseitigen Erbes, in dessen Vollzug sich die gewissermaßen fortgeschrittene Praxis Bruchstücke aus der Vorgeschichte anverwandelt. Durch das Christentum wird der Marxismus mit Fragen konfrontiert, auf die kein Marx und Engels eine Antwort zu geben wußten, Fragen, die sich auf die geschichtliche Endlichkeit beziehen, auf Tod, Krankheit, das Widersacherische, wie Bloch es nennt. Gegenüber einem flachen Fortschrittsoptimismus, der diese Fragen als schlecht anthropologische, die geschichtlichen Formbestimmtheiten überspringend abwehrt, ist bei Bloch zu lesen: "Auch ohne Armut wird man sich noch genug unähnlich oder falsch bedingt sein, es gibt noch Zufall, Sorgen, Geschick genug und kein Kraut gegen den Tod." Zu den Elementen der Endlichkeit verhält sich Bloch höchst zwiespältig. Wie kaum ein Marxist nimmt er die Nicht- und Gegenutopien in ihrer ganzen Härte ernst. Über den Tod spricht er mit unüberbietbarem Schrekken: "Die Kiefer des Todes zermalmen alles, und der Schlund der Verwesung frißt jede Teleologie, der Tod ist der große Spediteur der organischen Welt, aber zu ihrer Katastrophe." Dennoch sucht Bloch den Tod nicht als endgültige Endlichkeit zu begreifen: insofern der Kern des menschlichen Wesens noch nicht herausprozessiert sei, könne es auch nicht vergehen. Der Tod behält so nicht das letzte Wort. Damit ist eine Brükke gegeben zu dem, was es christlich mit dem Tod auf sich hat. Bloch hat es unverstellt erkannt: "Jesus hat nicht sozial gesiegt, sondern ... mit dem Ruf ...: Ich bin die Auferstehung und das Leben." In einem Gespräch mit Adorno hat Bloch seiner eigenen Zwiespältigkeit im Blick auf den Tod eine bemerkenswerte Wendung gegeben. Steuerte Adorno darauf zu, daß die Abschaffbarkeit des Todes die innerste Voraussetzung für die tatsächliche Konstituierung einer freien Gesellschaft sei, so blieb Bloch sehr trocken auf dem Boden der existierenden Endlichkeit, ein Fingerzeig für eine Nüchternheit, die der sozialistischen Bewegung auch in dieser Frage anstünde.

Die Stellung der Marxisten zu metaphysischen Fragen ist keine weltanschaulich private, sie hat unmittelbare Konsequenzen für die Formen und Zielbestimmungen des politischen Kampfes. Es erscheint geboten, die Dimension der Endlichkeit, das gewissermaßen Unutopische, auf das paradoxerweise Bloch uns auch verweist, stärker zu akzentuieren, um die Vorstellungen sozialistischer Änderung aus einem endzeitlichen Überschwang herauszuführen: gerade um die geschichtlich möglichen Aufhebungen des Herr-Knechtverhältnisses, des menschenfeindlichen Profitgesetzes, des Raubbauverhaltens gegenüber der Natur nicht zu verfehlen. Hieraus ergäbe sich ein Realismus der Nah- und Fernziele, der uns dem Sozialismus näherbrächte, als wenn er zur blauen Blume vollkommener Erfüllung verweste. Blochs Freund Brecht hat dem Umgehen mit den geschichtlichen Grenzen in einem späten Vierzeiler Ausdruck verliehen: "Dauerten wir unendlich/ so wandelte sich alles/ da wir aber endlich sind/ bleibt vieles beim Alten." Dies Viele ist nicht alles. Um diese Differenz geht es im Kampf für den Sozialismus, soll er eine geschichtliche Möglichkeit bleiben.

kleinanzeigen

MATERIALIEN, PAPERS ...

(3/1) **Thema: Repression**

● Neue **Dokumente** des Aktionskomitees gegen Berufsverbote, 80 S./DM 3,--; Gegen Voreinsendung (Briefmarken/Scheck) erhältlich über Demokratische Hochschule, Altensteinstr. 59, 1 Berlin 33;

● Zeitung zum **Russell-Tribunal** – 4 Seiten DIN A 3, herausgegeben vom Kritischen Forum Ludwigsburg, Probenummern gegen Porto, 10 Stück DM 3,--; Briefmarken beifügen: Landesarbeitsgemeinschaft Russell-Tribunal Württemberg c/o Anwälte Cassel/Schlauch, Urbanstr. 48, 7 Stuttgart 1

● **Grundgesetz, Demokratie und Sozialismus** – Eine Auseinandersetzung mit den Freiheitsrechten im Grundgesetz und in unserem zukünftigen Sozialismus, nebst einer Ermahnung an die Linken, nicht zu oft zum Gericht zu laufen; 22 S./ DM 2,50; ab 10 Stück 1,50 pro Ex.; Bezug: Gegen Voreinsendung (Briefmarken/Scheck) bei Axel Roßnagel, Richard-Wagner-Str. 5, 683 Schwetzingen

(3/2) Pazifistisch-Sozialistische Texte Nr. 2 **"Erich-Mühsam – Dichter und Rebell"**; Gegen Voreinsendung von DM 2.-- (Briefmarken) bei PPK Lübeck, Kalkbrennerstr. 52, 24 Lübeck

(3/3) **Wir wollen's anders** Nr. 1 – Zeitschrift der Arbeiterselbsthilfeinitiativen, 46 S./DM 2,50, gegen Voreinsendung bei ASH Bonames, Am Burghof 20, 6 Frankfurt 56

(3/4) **Gasmaske** Nr. 4, alternative Jugendzeitung, für DM 1.-- in Briefmarken erhältlich bei Klaus Farin, Velsenstr. 20, 466 Gelsenkirchen-Buer. Inhalt: Neutronenbombe/Springer/Lyrik/Tips/Grafik/ Arbeitslosigkeit – Schicksal?

(3/5) HEZ – Berliner Zeitung für Erzieher und Sozialarbeiter, Heft 1/2 mit dem **Schwerpunktthema "Heimerziehung"** – Berichte vom Berliner Treffen der Heimerzieher Dez. 1977; Gegen Voreinsendung von DM 4.-- zu beziehen bei: HEZ, Urbanstr. 126, 1 Berlin 61

(3/6) **Erzieherzeitung** Nr. 13 – Thema: Kooperation zwischen Kindern; Gegen Voreinsendung von DM 2,50 erhältlich bei Peter Schenk, Heinrich-Fuchs-Str. 3, 69 Heidelberg

(3/7) **Materialien Abenteuerspielplätze**

● Wozu Abenteuerspielplätze – eine Broschüre der Initiativgruppe Berliner Abenteuerspielplätze, Königshorster Str. 1-9, 1 Berlin 26; Bezug gegen eine Spende

● Bericht zur Entwicklung und gegenwärtigen Situation Hamburger Aktivspielplätze, Forderungen zur Sicherung ihres Bestandes und ihrer weiteren Entwicklung; 50 S./DM 3.--, Bezug: Gegen Voreinsendung bei Hamburger Spielplatzinitiativen, Hallerstr. 44, 2 Hamburg 13

(3/8) **Menschenwürde im Strafvollzug?** – Unzensierte Gefangenenzeitschrift "Neutral" der JVA Mannheim, Herzogriedstr. 111, 68 Mannheim; Bezug gegen Voreinsendung von mind. DM 2.-- (Spende)

(3/9) **Medizin als Strafe** – Erfahrung aus dem Strafvollzug von der Ärztegruppe Westberlin für eine ausreichende medizinische Versorgung in den Haftanstalten, 151 S./DM 8,50. Bezug: AG SPAK – Publikationen – Friesenstr. 13, 1 Berlin 61

(3/10) **Denkzettel** Nr. 3 enthält Beiträge zur Strategie der Linken, Thema Gewalt, zum Streik der Gießener Theologen etc.; 40 S./DM 2,50 gegen Voreinsendung bei Hans Fett, Pestalozzistr. 1a, 6301 Wißmar zu beziehen

(3/11) **Skandalon** – Informationen für Theologiestudenten Nr. 7 enthält Beiträge zum Streik der Theologiestudenten, Notizen aus der Provinz, Perspektiven zum SS etc. Bezug: Skandalon c/o Neckarstr. 25, 6095 Ginsheim

(3/12) **Medienarbeit** Nr. 15 berichtet über die Medienarbeit des Kinderhauses Heinrichstraße, Erfahrungen mit Video, Medienarbeit mit Jugendlichen, Hinweise, Tips etc.; Bezug: 5 Nummern im Abonnement DM 10.-- an: Medienpädagogik Zentrum, PSCHA Hamburg Nr. 4373-208

(3/13) **Wer zerstört Köln?** – SSK kämpft gegen die Gothaer-Versicherung; 55seitige Dokumentation; gegen Voreinsendung von DM 2,50 (Briefmarken) erhältlich bei: SSK, Salierring 37/41, 5 Köln 1

(3/14) **Graswurzelrevolution** – libertär-sozialistische Zeitschrift für gewaltfreie Gesellschaftsveränderung durch Macht von unten. Nr. 33 enthält: Gefahren der Gegenkultur, Grundler, Stromzahlungsverweigerung, Antimilitarismus, AKW-Bewegung, Joan Baez, Gegen Voreinsendung von DM 2.-- bei Helmut Theisen, Postfach 802, 5240 Betzdorf

(3/15) **Sozialkompaß 77/78** – BAföG, ZVS, Mietrecht, Sozialleistungen, Arbeitslosigkeit. Informationen für Schüler und Studenten; 224 S./ DM 4,95; Bezug: VAS, Meierottostr. 7, 1 Berlin 15

(3/16) **Entwicklungspolitik/Dritte Welt**

● Die neuere entwicklungstheoretische Diskussion – einführende Darstellung und ausgewählte Bibliographie; 80 S./DM 10,80; Verlag Klaus Vervuert, Rheinstr. 21, 6 Frankfurt 1

● Sambal – Zeitschrift zu Indonesien, Nr. 1 berichtet über die Korruption und die Studentenbewegung; Bezug gegen Voreinsendung von DM 1,50 (Briefmarken) bei A. Koppelmann, Podbielskiallee 42, 1 Berlin 33

● Entwicklungspolitische Korrespondenz Nr. 5/6 – Thema: Deutscher Kolonialismus; 45 S./DM 4,--; Bezug: EPK, Postfach 2846, 2 Hamburg 19

● Vom Leben auf dem unsinkbaren Flugzeugträger – Neuere Entwicklungen in Zypern von Wolf Wagner, im neuesten 3. Welt Magazin März 1978; Bezug: pdw, Postfach 1528, 53 Bonn

● Blätter des IZ3W Nr. 67 enthält als Schwerpunktthema "Landwirtschaft in der Dritten Welt – Strategien zur Überwindung des Hungers; 65 S./ DM 2,50, Bezug: IZ3W, Postfach 5328, 78 Freiburg

FILM/THEATER/KULTUR

(3/17) Eine Serie neuer **"popos" – politische Postkärtle** – hat die Gruppe "plakat" vorgelegt: Motive von Hesse, Brecht und Bloch, Collagen zum Thema Hunger; 10 Postkarten incl. Porto DM 2,50 – Briefmarken an: "plakat", Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1

(3/18) Eine Serie politischer Postkarten unter dem Stichwort **"Dokumente zum Russell-Tribunal"**, ist in Kürze bei der Stuttgarter Gruppe "plakat" zu beziehen. 10 Postkarten incl. Porto DM 2,50; Gruppen wird die Großabnahme empfohlen, 10x10 verschiedene Postkarten DM 10,-- + Porto (Scheck oder Briefmarken beilegen) Bezug: Russell-Landesinitiative c/o RA Cassel, Urbanstr. 48, 7 Stuttgart 1

(3/19) Suche dringend WDF-Mitschnitt des **Godard-Films** "Ici et ailleurs" (Hier und anderswo), möglichst auf VCR. Kosten erstatte ich, Joachim Paech, Moltkestr. 11, 45 Osnabrück

(3/20) **Theaterstücke der Studiobühne Würzburg**

● Sacco & Vanzetti – ein Theaterstück nach Erich Mühsams "Staatsräson". Mit Bildern und Dokumenten und der 1927 erschienenen Solidaritätsbroschüre der Roten Hilfe Deutschlands; 70 S./DM 5,50

● Der Geist von Oberzell – verboten. Dokumentation mit den Endurteilen, der Verteidigungsrede incl. des Stücktextes; 82 S./DM 6,--

Bezug: Dr. Wolfgang Schulz, Neubergstr. 17, 87 Würzburg

(3/21) **Künstlergemeinschaft "Mühsam"** geht mit Kunstausstellung "Entwicklung in Deutschland" und einem Kabarett "Repression in Deutschland" auf Tournee.

Anfang April – Mitte Mai in München und Mai-Juni in Nürnberg/Bayreuth. Kontakt: Gisbert Geißler, Linprunstr. 4, Tel. 089/523386

(3/22) **Theater Collage** – Frau/Mann-Theater hat ein neues Programm "Deutsche Tradition" mit Textcollagen, Songs, Satire zusammengestellt und sucht Kontakte für weitere Spielmöglichkeiten außerhalb Frankfurts: Wasserweg 6, 6 Frankfurt, Tel. 0611/625205

(3/23) **Neuer Film im Zentral-Film-Verleih** "Nachrichten vom Alltag" – 16 mm - s/w -Magnetton. In 5 dokumentarischen Teilen wird geschildert, was Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Krise praktisch bedeuten; ZFV, Karl-Muck-Platz 9, 2 Hamburg 36

STELLENANGEBOTE/-SUCHE

(3/24) Medico international sucht zum nächstmöglichen Eintrittstermin eine(n) **Ärztin (Arzt)** als hauptamtliche(n) Mitarbeiter(in). Neben Berufserfahrungen sind erwünscht: Kenntnisse über die Arbeit in Entwicklungsländern, 2-3 Sprachen, Organisationstalent. Bewerbungen an: medico international, Homburger Landstr. 455, 6 Frankfurt, Tel. 0611/541091

(3/25) Jugendliche und Mitarbeiterteam des Jugendhauses in Wattenscheid suchen zum 1.4.78 oder später **sozialpädagogische Fachkräfte** mit Erfahrungen in der Jugend- und Lehrlingsarbeit. Nähere Informationen und Bewerbungen an SJD – Die Falken, Schulstr. 16, 463 Bochum 6

(3/26) SJD – Die Falken, OV Ulm suchen ab Sommer/Herbst 1978 eine(n) **Praktikanten(in)** für die verbandliche außerschulische Jugendarbeit; SJD – Die Falken, Zeitblomstr. 23, 79 Ulm

(3/27) ABM-Stelle frei – welcher **Sozialarbeiter(in)/Sozialpädagoge(in)/Lehrer(in)** bezieht Arbeitslosengeld/-hilfe oder war am 29.12.77 arbeitssuchend gemeldet? Aufgabengebiet: Integrationshilfen für jugendliche Spätaussiedler in Stadt und Landkreis Karlsruhe. Tel. 0721/607001

(3/28) Kinderbehandlungszentrum sucht **Kinderarzt(in), Allgemeinarzt(in), Krankengymnast(in)**; Mitarbeiter sollten Interesse an Teamarbeit in einer Gruppenpraxis haben, Kooperation mit einer Erziehungsberatungsstelle. Kontakt: Tel. 0611/ 545657

(3/28a) **Ersatzdienstleistender oder Frau für freiwilliges soziales Jahr** ganz dringend gesucht, der (die) Interesse an 3.-Welt-Arbeit hat und in Berlin arbeiten würde. Finanzierung gesichert; bei Wohnungssuche und allem anderen helfen wir Dir. Kontakt: Bernd Schleich, Goethestr. 34, 3500 Kassel, Tel. 0561/74073

ARBEITS-/WOHN-/ FREIZEITKONTAKTE

(3/29) **Englischlernen** auf einer kleinen amerikanischen Landkommune: Sprachunterricht, Seminare im biologischen Gartenbau, Dichtung, Verlagswesen, Reitmöglichkeiten. Monatliche Kosten incl. Verpflegung DM 700.--, Hin- und Rückreise DM 700,--; Write to Downhill Farm, Hancock, Maryland 21750 USA

(3/30) Suchen Leute mit und ohne Kinder, die Interesse an einer **Wohngemeinschaft** mit Kindern im Raum Duisburg haben. J. u. A. Fleige, Tel. 02136/35026

(3/31) Schüler (22), sucht Zimmer in netter **Wohngemeinschaft** in Göttingen oder näherer Umgebung. Klaus Müller, Bünne 7a, 34 Göttingen

(3/32) Wir (26, 22 und 2 Jahre) suchen tierliebe Leute mit Kind zwecks **Wohngemeinschaft**. Interesse an autonomer Kindererziehung und Gartenbau sind erforderlich. Haus ist vorhanden. J. Klein, Dreieichplatz 4, 6072 Dreieich; Tel. 06103/86374

(3/33) Sozialistischer Schwuler sucht ab Sommer 78 **Wohngemeinschaft** in undogmatischer WG in Westberlin. Oder: Wer hat Interesse **schwule WG** zu gründen. Erwin Gruhn, Klopstockstr. 8, 42 Oberhausen; Tel. 0208/866663

(3/34) **WG-Gründung** in Hamburg. Noch zwei Gleichgesinnte gesucht (möglichst berufstätig) Wohnung vorhanden (ab Ende Juni); Tel. 040/ 436368 (Jochen)

(3/35) Suche freiheitliche Sozialist(inn)en für **gewaltlose Aktionsgruppe**. Kontakt: Leonhard Grundhöffer, Isenburg 15, 54 Koblenz 1, Tel. 22186

(3/36) Suche Anschluß an ein **Projekt auf dem Lande**, das in Richtung auf ein alternatives Gästehaus und Tagungsstätte orientiert ist. Ulrich Lorenzen, Dorngasse 1, 355 Marburg-Schröck

(3/37) Suche Zimmer in **Wohngemeinschaft** im Raum Bad Soden-Oberursel. Ulrich, Tel. 06173/ 79528

(3/38) Wir (Politologen/Soziologen), z.Zt. arbeitslos, sind auf der Suche nach politisch (und möglichst auch berufspraktisch) relevanten Diskussionsthemen. Wir streben ein gemeinsames **Forschungsprojekt** an. Wem geht's ähnlich oder kann sonst mit Tips und Informationen helfen. Klaus Klott, Apostel Paulus Str. 32, 1 Berlin 62

(3/39) Zwei diskussionsfreudige Akademiker suchen längerfristige(n) Mitbewohner für zwei große sonnige ruhige Wohnräume; Tel. 0611/745881

(3/40) Wer gibt Tips für den Aufbau eines **Buchladens** in norddeutscher Uni-Stadt. Bernhard Heuermann, Krahnstr. 21, 45 Osnabrück

(3/41) Wir beabsichtigen, eine **Stadtzeitung** für den Raum Fulda zu gründen. Wir benötigen Erfahrungsberichte, Ideen, Hinweise etc. insbes. zu Aufbau, Herstellung, Finanzierung. Initiative Stadtzeitung c/o SOFA-Buchladen, Ohmstr. 14, 64 Fulda

MATERIALIEN GESUCHT

● Rechtstendenzen unter besonderer Berücksichtigung der alten und neuen Rechten in der BRD. Unkosten werden erstattet. Kurt Holschbach, Sophie-Charlotten-Str. 89, 1 Berlin 19

● Funktion der Sozialarbeit im Kapitalismus am Beispiel der Altenarbeit. Unkosten werden erstattet. Gabi Müller, Pallaswiesenstr. 30, 61 Darmstadt

TERMINE

● 13.5.-15.5. (Pfingsten) 8. überregionales Treffen von **Berufsschullehrern und -studenten**. Anmeldung bis 20.4.: Bernd Klempp, Tessinstr. 5, 74 Tübingen-Kilchberg

● 3.-7.4. **Mädchenarbeitslosigkeit – Frauenarbeitslosigkeit**. Informationen: Europ. Akademie Lerbach, 506 Bergisch Gladbach 2

● **Seminare der AG SPAK**

31.3.-1.4. und 28.4.-29.4. Musik in Kindertagesstätten, Ort: Lüneburg

21.4.-23.4. in Bempflingen. Orientierungstagung zur Arbeit im Knast

17.3.-19.3. in Heidelberg. Therapeutische Wohngemeinschaften für die Rehabilitation psychisch Kranker

31.3.-2.4. in Achberg. Einführung in die Pädagogik Paulo Freires. Nähere Informationen: AG **SPAK, Belfortstr. 8, 8 München 80**

Zur weiteren Arbeit des Sozialistischen Büros

Erklärung des Delegiertenrates des SB

Die folgenden Aussagen haben die Funktion, in groben Umrissen Orientierungen für und über die weitere Arbeit des SB im Jahre 1978 zu geben und Schwerpunkte zu setzen. Dabei gehen wir bei grundsätzlichen Bestimmungen von Einschätzungen aus, die sich durch Erfahrungen und Diskussionsprozesse im SB weitgehend als gemeinsam tragfähig herausgestellt haben. Freilich müssen viele Fragen, die im SB kontrovers eingeschätzt werden und zum Teil nur aus der Praxis der Arbeitsfelder und lokalen Gruppen beantwortet werden können, offen bleiben.

★

Angesichts der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen in der BRD und ihrer Auswirkungen auf die soziale Lage der lohnabhängig Arbeitenden,
angesichts der Rücknahme selbst zaghafter und keineswegs "systemüberwindender" Reformen,
angesichts der schnell voranschreitenden Tendenzen, grundrechtlich festgelegte politische Freiheiten durch einschränkende Gesetze, administrative Maßnahmen, restriktive Auslegungen und Mißachtung bestehender Gesetze abzubauen,
angesichts der materiellen und ideologischen Aufrüstung von Gewaltpotentialen, die offensichtlich darauf gerichtet sind, alle Ansätze einer konsequenten Vertretung von Interessen der Lohnabhängigen und einer sozialistischen Bewegung zu blockieren,
angesichts der Versuche der reaktionären Kräfte in der BRD, selbst konsequente Sozialdemokraten und Liberale an den Rand von vorgeblicher Verfassungsfeindlichkeit zu drängen und sozialistische und kommunistische Gruppierungen durch Verbotsanträge unter ständige Bedrohung zu setzen, um damit die Illegalisierung sozialistischer Politik in diesem Lande vorzubereiten, –
halten wir es für dringlicher denn je, an der Entwicklung einer sozialistischen Bewegung in der BRD mitzuwirken, die auf Demokratisierung der Gesellschaft, Überwindung der kapitalistischen Ökonomie und freie Entfaltung eines jeden einzelnen gerichtet ist. Hierbei versteht sich die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro als ein Teil der vielfältigen und von verschiedenen Ansatzpunkten oder Voraussetzungen herkommenden Gruppen, die dazu beitragen wollen, die Politik von Sozialisten auch in der BRD zu einem wirksamen Faktor zu machen.
Wir gehen nicht davon aus, daß eine solche Bewegung sich innerhalb der SPD entwickeln könnte. Wir bekräftigen aber unsere Bereitschaft, mit allen Sozialisten innerhalb der SPD, die dort eine wichtige politische Arbeitsmöglichkeit sehen, zusammenzuarbeiten.

Bild: vk

Zu solcher Zusammenarbeit in je angemessenen Formen sind wir grundsätzlich mit Sozialisten und Kommunisten bereit, die das Ziel einer emanzipativen sozialistischen Gesellschaft mit uns teilen und deren Mittel politischer Arbeit diesem Ziel entsprechen. Solche Bereitschaft zur Zusammenarbeit respektiert andere Ansätze und strebt nicht Majorisierung an, sondern gegenseitige Förderung in gemeinsamen Lernprozessen durch Aktion und Diskussion.
Für die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik halten wir eine politische Arbeit für vordringlich, die sich aus dem eigenen, gegenwärtig sehr begrenzten Diskussionszusammenhang heraus nach außen wendet, also an diejenigen, die von wirtschaftlicher Krise, politischer Repression und sozialen Konflikten betroffen sind und deshalb ein Interesse daran haben, gesellschaftliche Zusammenhänge neu zu überdenken. Wir sehen unsere Aufgabe darin, mit ihnen zusammen in den Arbeitsfeldern und Projekten des SB unmittelbar Erfahrungen auf ihre politischen Konsequenzen hin aufzuarbeiten und zu gemeinsamen Aktivitäten zu kommen.
Es geht gegenwärtig vor allem auch darum, unter krisenhaften Verhältnissen irrationale Orientierungen auf autoritäre, reaktionäre oder gar faschistische Grundhaltungen zu verhindern und das demokratische Widerstandspotential in unserem Lande zu erhalten und auszuweiten.
Um in aufbrechenden Konflikten politisch wirksam zu werden, setzen wir als aktuelle Schwerpunkte die Mitarbeit in der Umweltschutzbewegung und bei Initiativen gegen die Arbeitslosigkeit. Dabei geht es uns nicht um die Instrumentalisierung dieser Bereiche, sondern um gleichberechtigte Mitarbeit an neu entstandenen Formen gesellschaftlicher Opposition. Wir respektieren auch hier die Autonomie der arbeitenden Gruppen und ihre eigenständigen Lernprozesse. Zugleich wissen wir, daß die Beteiligung an solchen Initiativen für uns selbst neue Erfahrungen, Erweiterung und Veränderung unserer politischen Einsichten und Verhaltensweisen mit sich bringt.

★

Wir sehen nach wie vor in der gleichzeitigen Organisierung unserer Aktivitäten in Arbeitsfeldern, in lokalen Gruppen und regionalen Zusammenhängen ein brauchbares Konzept, das am ehesten geeignet ist, basisbezogene politische Arbeit zu gewährleisten und abgehobene Stellvertreterpolitik zu vermeiden. Der Ausbau von Arbeitsfeldern, von lokalen und regionalen Strukturen des SB ist sehr unterschiedlich weit vorangeschritten. Die politische Integration und die gemeinsame Verarbeitung von unterschiedlichen Erfahrungen im örtlichen und insbesondere bei den Arbeitsfeldern auch im regionalen Zusammenhang sind häufig noch wenig entwickelt. Die Entfaltung der lokalen und regionalen Kooperation von Arbeitsfeldern und Projektgruppen und die damit bewirkbare Integration ist eine zentrale Aufgabe im jetzigen Stadium der Organisierung des SB.
Wir halten daran fest, daß dem Bereich Betrieb und Gewerkschaft ein besonderer Stellenwert für die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung zuzumessen ist. Die Arbeit in den Gewerkschaften ist für uns selbstverständlich. Wir fordern dazu auf, die Diskussion über die vielschichtigen und unterschiedlichen Probleme von Gewerkschaftspolitik zu verstärken, um so die Entscheidungsfähigkeit der Gruppen in den je besonderen Situationen der Gewerkschaftsarbeit zu erhöhen. Mitarbeit in den Gewerkschaften muß sich dabei von jedem Gedanken an "Unterwanderung" der Gewerkschaften für die Ziele einer politischen Organisation ebenso fernhalten wie von der opportunistischen Anpassung an jede Position, wenn sie nur gerade von den jeweiligen gewerkschaftlichen Vorständen vertreten wird. Mitarbeit in den Gewerkschaften bedeutet vielmehr offenes Eintreten für sozialistische Positionen und demokratische Strukturen innerhalb der Gewerkschaften, die Unterstützung forschrittlicher Ansätze und aller Aktivitäten der Mitglieder zur Durchsetzung ihrer Interessen, die die Entwicklung eines Bewußtseins von den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft und der Notwendigkeit ihrer Überwindung fördern.
Die Entfaltung einer sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik ist nur möglich, wenn die in der Gesellschaft aufbrechenden Widersprüche von den Sozialisten aufgenommen werden, wenn Sozialisten die von ihnen angestrebte Alternative gegenüber den Betroffenen verständlich machen können und wenn in den Aktions- und Arbeitsformen sozialistischer Gruppen bereits die Prinzipien der angezielten alternativen Gesellschaft eine erste Realität gewinnen.

★

Die Erhaltung politischer Freiheitsrechte, die Verhinderung jeder weiteren Entwicklung zum autoritären Staat und jeder weiteren Verbreitung potentiell faschistischer Grundhaltungen sind Voraussetzung für die Entfaltung aller Kräfte, die auf eine radikal-demokratische Entwicklung setzen, ebenso wie für eine sozialistische Bewegung in der BRD. Hierfür müssen Sozialisten zusammenarbeiten mit allen anderen Radikaldemokraten, die der Repression entgegentreten. Deshalb streben wir eine punktuelle, zweckbezogene Kooperation dieser Kräfte für gemeinsame Interessen an. Auch hier muß gegenseitige Instrumentalisierung oder Majorisierung ausgeschlossen sein.
In dieser Zusammenarbeit soll keineswegs verwischt werden, welche unterschiedlichen Ausgangspunkte und Einschätzungen die verschiedenen Gruppierungen und Kräfte zur gemeinsamen Aktion für gemeinsame Zielsetzungen bewegen. Auch wir Sozialisten werden selbstverständlich unsere eigenen Analysen und Argumente zur Sicherung der politischen Freiheitsrechte, für den Kampf gegen Repression und für Demokratisierung der Gesellschaft vorbringen. Wir meinen, daß eine pluralistische Argumentation der Sache dient, während eine falsche "Bündnispolitik" oder "Aktionseinheit" auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner nur schwächend wirken würde.
Um den Widerstand gegen den Abbau politischer Freiheitsrechte zu stärken, rufen wir alle radikaldemokratischen Kräfte zur Kooperation bei der Unterstützung des Russell-Tribunals auf. Eine Zusammenarbeit, die sich dort bewährt, kann weiter ausgebaut werden.

★

Im folgenden nennen wir acht Vorhaben, die in der nächsten Zeit Schwerpunkte der Arbeit des SB bilden sollen. Diese Schwerpunkte haben den Sinn, die Arbeit zu orientieren. Sie stellen deshalb keinen Katalog aller Aktivitäten dar, die im SB zu leisten sind und fortlaufend ausgeübt werden. Keine der seither betriebenen oder neu hinzukommenden Arbeiten des SB wird dadurch aufgehoben oder abgewertet. Diese Schwerpunktbildung bedeutet, daß von allen Gruppen und Arbeitsansätzen, soweit dies möglich ist, Beiträge zu diesen Schwerpunkten in je spezifischer Weise erbracht werden sollen. In diesem Sinne bilden die Schwerpunkte verbindende und verbindliche Kristallisationspunkte der Politik des SB in den lokalen Gruppen, den Arbeitskreisen Betrieb und Gewerkschaft, den Arbeitsfeldern und Projektgruppen sowie zwischen ihnen.

1. Der Widerstand gegen die Repression wird in der Unterstützung des Russell-Tribunals seinen aktuellen Schwerpunkt haben, sich aber nicht hierauf beschränken. Notwendig ist vielmehr die Auseinandersetzung mit spezifischen Fällen und Erscheinungen der Repression im konkreten Zusammenhang des einzelnen Arbeitsfeldes oder des einzelnen Ortes, auch neben der Unterstützung für das Tribunal; notwendig ist ferner der Ausbau oder Aufbau von "Rotarbeit" als einer Möglichkeit, Repression nicht zu der beabsichtigten Wirkung kommen zu lassen.

2. Die kapitalistische Ökonomie wird in noch verschärfter Weise zur Arbeitsplatzvernichtung und Existenzbedrohung der Arbeiter und Angestellten sowohl in der "privaten Wirtschaft" als auch im öffentlichen Sektor führen. Die vom SB konzipierte Initiative gegen die Arbeitslosigkeit kann nur dann für die Widerstandsfähigkeit aller Betroffenen langfristig wirksam werden, wenn Untersuchungsarbeit, Aufklärung und Aktion von den Arbeitsfeldern und Gruppen auf die jeweilige lokale und betriebliche Basis hin entwickelt werden.

3. Gerade angesichts der immer offensichtlicher werdenden negativen Entwicklung in dieser Frage ist die Mitarbeit in Initiativen für Umweltschutz und gegen die katastrophalen Risiken der Kernkraftpolitik eine wichtige Aufgabe auch des SB. Hier muß u.a. an den Frankfurter Umweltkongreß angeknüpft und es müssen Gegenstrategien zur jetzt verschärft anlaufenden "Durchsetzungspolitik" in der Kernkraftfrage entwickelt werden. Der Widerstand – das haben bereits die bisherigen Kämpfe der Anti-AKW-Bewegung gezeigt – kann nicht in erster Linie den zentralen Ausdrucksformen von Bürgerinitiativen überlassen bleiben, sondern wird wirksam nur durch konsequente politische Arbeit in den Orten und Regionen, in denen Atomkraftanlagen, Entsorgungsprojekte o.ä. bestehen, im Bau sind oder geplant werden. Gerade in der Umweltschutzbewegung kommt es darauf an, daß sich die Genossen und Gruppen des SB auf der lokalen und regionalen Ebene stärker als bisher engagieren.

4. Schon im Zusammenhang dieser drei Fragen ist die Entfaltung und Stabilisierung aller Formen lokaler Gegenöffentlichkeit von größter Bedeutung. Lokale Gegenöffentlichkeit, d.h. u.a.:
Mitwirkung bzw. Initiierung sowie Unterstützung von Alternativzeitungen;
Öffentliche Aufklärungs- und Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen Fragen, die alternative politische Positionen über den Bereich der linken Gruppen hinaus identifizierbar machen;
eigene kulturelle Aktivitäten (Theater, Lied, Musik usw.), die der repressiven Verengung und der fragwürdigen Professionalität des öffentlichen Kulturbetriebs entgegenwirken.
Diese Formen von Aktivitäten sollen und können die alltägliche politische Arbeit der Gruppen nicht ersetzen, sondern haben diese – wenn sie wirksam sein wollen – zur Voraussetzung.

5. Bisher konnte die angestrebte Umstellung der Zeitung "links" auf 14-tägiges Erscheinen noch nicht geleistet werden. Für die Orientierung des SB in aktuellen politischen Auseinandersetzungen liegt hier jedoch eine wichtige Voraussetzung. Die Umstellung von "links" kann inhaltlich und materiell nur durch die Mitarbeit aus den Gruppen und vielfältigen Arbeitsansätzen des SB ermöglicht werden. Die Schaffung einer "links"-Redaktionskonferenz von Korrespondenten und Kommentatoren sowie regelmäßige Treffen und die Herausgabe einer "Redaktionskorrespondenz" sind wichtige Schritte, um die Umstellung von "links" auf 14-tägiges Erscheinen 1978 zu verwirklichen.

6. Für die politische und organisatorische Weiterentwicklung des SB ist die Möglichkeit der ständigen Diskussion und Aufarbeitung praktischer und theoretischer Fragen der sozialistischen Bewegung eine wichtige Bedingung. Diese Aufgabe liegt zunächst bei den Arbeitsfeldern und örtlichen Gruppen sowie bei den zentralen Gremien und Publikationen des SB. Sie könnte jedoch intensiviert und für spezifische Bereiche gründlicher geleistet werden, wenn das SB sich eine feste Einrichtung, also ein Haus mit einem Lehrerteam für längerfristige politische Seminare und Arbeitsvorhaben, schaffen könnte. Wir sollten versuchen, für eine "Schule des SB" in diesem Sinne die inhaltlichen und materiellen Voraussetzungen herzustellen.

7. Im Zusammenhang der Aktivitäten gegen die politische Repression in der Bundesrepublik hat sich einmal mehr gezeigt, wie groß der Stellenwert der Kooperation mit Genossen und Organisationen aus anderen Ländern des EG-Raums für die Linke in der Bundesrepublik ist, wie sehr umgekehrt die Abwehr ökonomisch-politischer Vormachtansprüche der Bundesrepublik durch die westeuropäische Arbeiterbewegung auf eine stärkere Linke in der Bundesrepublik selbst angewiesen ist. Gezeigt hat sich aber auch, daß Information und Kooperation der Linken im westeuropäischen Zusammenhang bisher nur sehr unvollkommen entwickelt sind. Eine Möglichkeit, hier Fortschritte zu erzielen, sehen wir in der Organisierung von Arbeitskonferenzen linker Organisationen in Westeuropa, die – im Standort wechselnd – spezifische, international interessierende Probleme aufgreifen und hierzu Erfahrungen austauschen, sowie gemeinsame Aktivitäten vereinbaren könnten. Das SB sollte solche internationalen Konferenzen mitinitiieren.

8. Die Tagung der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro im November 1977 in Göttingen hat mit ihrem Solidaritätsbeschluß für Rudolf Bahro die Notwendigkeit unterstrichen, die Position des SB zu den nachkapitalistischen Gesellschaften Osteuropas weiter zu entfalten, zu präzisieren und öffentlich zu machen. An einigen Orten haben sich bereits Arbeitsgruppen zu diesem Zweck gebildet. Darüber hinaus wird eine Zusammenfassung der lokalen Diskussionen und Aktivitäten durch zentrale Seminare zu dieser Frage und Bahro-Solidaritätsveranstaltungen angestrebt.

★

Der Delegiertenrat fordert alle Arbeitskreise Betrieb und Gewerkschaft, Arbeitsfelder, Projektgruppen, lokale und regionale Gruppierungen des SB auf, ihre Aktivitäten im Sinne der hier gegebenen Orientierungen zu verstärken und die vielfältigen Möglichkeiten politischer Intervention zu nutzen, damit die Entwicklung einer breiten sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik vorankommt und sozialistische Zielsetzungen als befreiende Alternative erkennbar werden. Daran ist gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krise und wachsender politischer Repression festzuhalten.

★

(Diese Erklärung zur Orientierung unserer weiteren Arbeit wurde vom Delegiertenrat des SB auf seiner Sitzung am 4./5. Februar 1978 in Gießen einstimmig (bei einigen Stimmenthaltungen) beschlossen. Sie gründet sich auf einen Diskussionsprozeß im letztjährigen Arbeitsausschuß, in der Göttinger Arbeitsgruppentagung vom November 1977 und im Delegiertenrat. Der Delegiertenrat des SB setzt sich aus Vertretern lokaler/regionaler Gruppen, der Arbeitskreise Betrieb und Gewerkschaft sowie der zentralen Arbeitsfelder und Projekte des SB zusammen.)

links gebunden!

Der Jahrgang 1977 von "links" (Nummern 84 - 94) liegt gebunden vor. Die gebundene Jahresausgabe kostet DM 3o. Die Preise sind Selbstkosten, also Herstellungskosten der Zeitungen, Bindekosten (stabiler Karton mit Leinenrücken) und Versandkosten.

Erhältlich sind zur Zeit außerdem noch folgende früheren gebundenen Ausgaben:

Jahrgang 1974 (enthält die Nummern 51 - 61), DM 25
Jahrgang 1975 (enthält die Nummern 62 - 72), DM 3o
Jahrgang 1976 (enthält die Nummern 73 - 83), DM 3o

Die Lieferung erfolgt ausschließlich über unseren Verlag 2ooo (also kein Buchhandelsvertrieb) gegen Vorauszahlung des Preises (Verrechnungsscheck beifügen oder Bestellung gegen Vorausrechnung).

Eine Zusammenstellung wichtiger Beiträge aus "links" (begrenzte Auswahl), von 1969 bis 1973, ist als Fischer Taschenbuch erschienen. Das Taschenbuch "Für eine neue sozialistische Linke - Analysen, Strategien, Modelle" ist im Buchhandel zu haben, kann aber auch über unseren Verlag 2ooo bezogen werden (bei Bestellung DM 5.8o in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beilegen).

Verlag 2ooo GmbH, Postfach 591, 6o5o Offenbach 4

Aktueller Stand

Direkt nach Ostern 1978 wird die erste öffentliche Sitzungsperiode des Russell-Tribunals stattfinden. Im Mittelpunkt dieser öffentlichen Sitzung steht die erste der insgesamt drei Fragen, die sich die internationale Jury zur Untersuchung gestellt hat: Wird Bürgern der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?

Diese erste Sitzungsperiode des Tribunals geht vom 28. März bis 4. April 1978. Sie findet im Bürgerhaus Harheim (einem Vorort von Frankfurt) statt. Das Bürgerhaus nimmt etwa 500 Personen auf. Am Wochenende 1./2. April wird bei dem Bürgerhaus ein Zelt aufgestellt (etwa 3.000 Plätze), da zu erwarten ist, daß am Wochenende und zugleich gegen Ende der ersten Sitzungsperiode wesentlich mehr Interessenten aus der ganzen BRD anreisen werden als in den ersten Tagen. Außerdem soll am Samstagabend, 1. April, in dem Zelt eine politisch-kulturelle Veranstaltung stattfinden. Zur Zeit des Tribunals sind fünf weitere Großveranstaltungen mit politisch-kulturellem Charakter vorgesehen, an denen jeweils auch Mitglieder der internationalen Jury und des deutschen Beirats als Redner bzw. Berichterstatter über die ersten Ergebnisse des Tribunals teilnehmen werden, und zwar in Westberlin (geplanter Termin: Mittwoch, 29. März), in Bonn (geplanter Termin: Donnerstag, 30. März), in Frankfurt (geplanter Termin: Samstag, 1. April), in Stuttgart (geplanter Termin: Sonntag, 2. April in Verbindung mit einer Kunstauktion zugunsten des Russell-Tribunals), in Nürnberg (geplanter Termin: Dienstag, 4. April) und in Bremen (geplanter Termin: Mittwoch, 5. April). Die Unterstützungsarbeit für das Russell-Tribunal, die vor allem auf lokale und überregionale Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit über das Tribunal und über die Situation der Grund- und Menschenrechte hierzulande zielt, wurde in den vergangenen Wochen intensiviert. Es existieren inzwischen in erheblicher Zahl und in zunehmendem Maße aktiv arbeitende lokale Unterstützungsgruppen und -komitees. Nach unserem – sicher nur unzureichenden – Überblick haben in den letzten acht Wochen über 80 Veranstaltungen (von 50 bis zu mehreren tausend Teilnehmern) stattgefunden. Weit über 100.000 DM konnten zur Finanzierung des Tribunals gesammelt werden. Der erste Aufruf (vom April 1977) erhielt etwa 11.000 Unterschriften. Auch die Unterschriftenaktion für den neuen Aufruf, der Mitte März mit den Unterzeichnernamen als Anzeige in der Frankfurter Rundschau veröffentlicht werden soll, läuft erfreulich gut an. Jedoch, es gibt keineswegs nur Unterstützung für das Tribunal. Es gibt auch eine verschärfte Kampagne gegen das Tribunal. Fast ist man versucht, in Abwandlung eines bedeutenden Manifestes zu sagen: Ein Gespenst geht um in Westdeutschland – das Gespenst des Russell-Tribunals. Mächtige Institutionen, Organisationen und Publikationen (sowie auch einige weniger einflußreiche Gruppierungen) haben sich zu einer Diffamierungskampagne gegen dieses "Gespenst" verbündet: das Referat "Öffentliche Sicherheit II" im Bundesministerium des Innern (Verschlußsache vom 20.9.1977), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Erklärung vom 13.10.1977), die CSU (Bayernkurier vom 12.11.1977), die Bundesregierung (Bundestagsdrucksache vom 21.11.1977), die DKP ("Unsere Zeit" vom 3.12.1977) und nun auch der DGB-Bundesvorstand (Erklärung des Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter vom 18.1.1978) – um nur die wichtigsten Pamphlete zu nennen.

Nun, auch wenn wir wissen, daß es beim dritten Internationalen Russell-Tribunal nicht um ein Gespenst zu tun ist, sondern um eine Untersuchung zur Situation der Grund- und Menschenrechte in der BRD, so machen diese Reaktionen zunehmend offensichtlicher deutlich, wie sehr in diesen kriselnden und repressiven Zeiten die sowieso in diesem Lande nie stark entwickelte politische Moral verkommt. Den Angriffen gegen das Russell-Tribunal (dies trifft jedenfalls für die vorstehend erwähnten zu, gleich von welcher politischen Seite sie kommen) ist vor allem eines gemeinsam, nämlich, daß sie sich der sachlichen, politischen Auseinandersetzung enthalten, daß sie bewußt mißverstehen, fehlinterpretieren, diffamieren und zum guten Teil auch den Versuch einer Kriminalisierung nicht scheuen, um die befürchtete Wirksamkeit des Tribunals sowohl in der Öffentlichkeit als auch für die von Repression Betroffenen zu verhindern. Es ist schon beängstigend und erschreckend, was da geschrieben, behauptet und unterschlagen wird.

Wir müssen in unserer Aufklärungsarbeit – nach der DGB-Erklärung vor allem auch in der gewerkschaftlichen Diskussion – durch Beispiele und Erläuterungen den zunehmenden Versuchen einer Art Verteufelung des Russell-Tribunals entgegenwirken (gute Beispiele sind die in dieser "links" abgedruckten Briefe von Klaus W. Kowol und Arno Klönne an den DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter).

Es liegt auf der Hand: überall dort, wo es gelingt, diffamierende Vorwürfe als unhaltbar zu entlarven, besteht die Chance, daß sie nicht nur ihren Zweck, dem Russell-Tribunal zu schaden, nicht erreichen, sondern, daß sie im Gegenteil zu einer größeren Unterstützungsbereitschaft für das Russell-Tribunal gewendet werden können. Auch den Kollegen von der DKP müssen wir mit Nachdruck verdeutlichen, daß sie durch die "Informationspolitik" ihrer Parteispitze

Zum Publicity-Hunger des KB ...

Wir haben einige Anfragen erhalten, warum der "Arbeiterkampf" des Kommunistischen Bundes (AK vom 9.1.1978) und nicht "links" das Verschlußsachepapier aus dem Innenministerium zuerst veröffentlicht hat, zumal dieses Papier dem SB seit Ende Dezember vorlag. In der Tat kann sich der KB nicht genug mit dem "Verdienst" brüsten, das Verschlußsachepapier als erster veröffentlicht zu haben. Er nutzte auch gleich die Gelegenheit, um nochmals gründlich mit allen "Spaltern" – darunter vor allem auch das SB – "abzurechnen". In seiner Ausgabe vom 23.1. 1978 rechnet sich der "Arbeiterkampf" nun zugute, daß inzwischen auch andere Publikationen das Papier und Kommentare dazu gebracht haben.

Mitnichten, denn die Publikationspolitik des Kommunistischen Bundes ist – wie so oft – auch in dieser Sache höchst fragwürdig. Für das SB war es selbstverständlich, dem deutschen Beirat und dem Sekretariat des Russell-Tribunals den Vortritt der Veröffentlichung und Stellungnahme zu überlassen und nicht in kleinbürgerlicher und publicity-hungriger Manier Erstveröffentlichungslorbeeren einheimsen zu wollen. Der KB hat es dagegen nicht für notwendig erachtet, auf eventuell negative Auswirkungen gerade seiner Erstveröffentlichung im "Arbeiterkampf" Rücksicht zu nehmen. Wie gehabt: erst kommt der KB, dann der "Arbeiterkampf", dann der KB, dann der "Arbeiterkampf", dann ... und schlechterletzt vielleicht auch das Russell-Tribunal. Zum Glück waren die Veröffentlichungsschritte von Sekretariat und Beirat in der ausländischen Presse und auch in einigen westdeutschen Tageszeitungen schon so weit vorbereitet, daß sie sich freihalten konnten von der sonst bestimmt prompten Unterstellung, sie hätten sich an den "Arbeiterkampf" angehängt.

Viele FdGO-Köche versalzen uns die Suppe und versauern uns das Leben. Aber, wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt. Jetzt erst recht: Russell-Tribunal über die Situation der Grund- und Menschenrechte in der BRD.

Bestandteil einer konzertierten Aktion zu werden drohen, mit der sie in letzter Konsequenz auch sich selbst bekämpfen.

Das Russell-Tribunal ist kein Gespenst, sondern eine vernünftige politische Sache. Und in Sachen Menschenrechte können wir noch immer viel verlieren, jedoch noch mehr gewinnen. Fast alles, was bisher gegen das Russell-Tribunal vorgebracht und unternommen wurde, beweist uns die Notwendigkeit eines Tribunals über die Situation der Menschenrechte in diesem Lande.

Was ist gegenwärtig zu tun?

- Die Unterschriftensammlung für den neuen Aufruf sollte in den nächsten Tagen noch intensiviert und auch nach der Veröffentlichung der FR-Anzeige fortgesetzt werden. Das Tribunal braucht auch für seine zweite Sitzung im Herbst die politische Unterstützung. (Neue Vordrucke zum Unterschriftenheinholen – zur Verwendung nach der FR-Anzeige – gibt es ab 15. März; Adresse: Narr/Vack, Postfach 648, 6050 Offenbach 4.)
- Der vom Berliner Sekretariat gemachte Vorschlag für einen Aktionstag am Samstag, 11. März, sollte von allen Gruppen, Komitees etc. aufgegriffen werden: Informationsstände, Straßenaktionen und -geldsammlungen, Flugblattverteilung ...
- Das Trommelfeuer gegen das Russell-Tribunal wird noch zunehmen, auch in der örtlichen und regionalen Presse. Gegensteuern! Eine Pressekonferenz der lokalen Unterstützungsgruppe arrangieren. Mit den Namen der lokal bekannten Unterzeichner operieren. Evtl., wenn das Geld vorhanden, den neuen Aufruf mit den örtlichen Unterzeichnern im Lokalblatt per Anzeige veröffentlichen. Leserbriefe schreiben und andere, die für's Tribunal sind, dazu auffordern.
- Das Tribunal selbst ist nicht als Massenmeeting konzipiert und darf gar nicht zu einem Happening werden. Aber, das Tribunal darf auch nicht vor einem halbleeren Raum stattfinden. Also, wer es zeitlich schafft, sollte – auch von weiter her – anreisen und mindestens 'nen Tag dabei sein (besonders wichtig am Wochenende 1./2. April; siehe Erläuterungen am Anfang dieses Beitrags).
- Und wieder und wieder: **GELDSPENDEN!** Die Offensive gegen das Tribunal (es gibt eine vertrauliche Information, daß die Bundesregierung erwägt, für eine eventuelle Anzeigenkampagne gegen das Tribunal – auch im westlichen Ausland – mehrere Millionen DM einzusetzen) erfordert, daß wir uns durch intensive Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit wehren! Das wird – da wir (was eigentlich nicht betont werden muß) nicht über Steuergelder verfügen – für unsere Verhältnisse sehr, sehr teuer. Also, belaßt es nicht bei einmaligen Spenden! Überweisungen auf das SB-Sonderkonto Russell-Tribunal bei Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach, Kontonummer 17413263-12 (das Postscheckkonto der Bank lautet Frankfurt Nr. 172480-600). Sämtliche Spenden, die auf das SB-Sonderkonto eingehen, werden für das Russell-Tribunal verwendet!

KLAUS VACK

DGB-Bundesvorstand diffamiert Russell-Tribunal

Seit einigen Wochen wird in den DGB-Gewerkschaften (bis in die unteren Organe) eine Stellungnahme des DGB (Schreiben des Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter vom 18. Januar 1978) über das Russell-Tribunal verbreitet. Dabei handelt es sich um eine Zusammenstellung, die offensichtlich auf Materialien des Verfassungsschutzes basiert und in denen das Tribunal und Mitglieder der Jury und des deutschen Beirats in teilweise skandalöser Weise diffamiert werden und innerhalb der Gewerkschaften aufgefordert wird, sich nicht am Russell-Tribunal und seiner Unterstützung zu beteiligen. Da diese Stellungnahme von den Organen des DGB und der Gewerkschaften massiv und breit unter die Kollegen verteilt wird, verzichten wir – nicht zuletzt aus Platzgründen – auf einen Abdruck in "links" (siehe jedoch „express", Februar 1978).

Wichtig ist, daß wir diese Stellungnahme nicht einfach auf sich beruhen bzw. daß wir sie nicht unwidersprochen gegen das Tribunal wirken lassen, sondern als Gewerkschafter durch Resolutionen und Briefe dagegen protestieren und zur Rücknahme dieses Pamphlets auffordern. Nachfolgend zwei Briefe (von mehreren!), die bereits in dieser Sache an den DGB geschrieben wurden. Inzwischen hat der DGB-Vorsitzende Vetter ein neues Rundschreiben zum Russell-Tribunal verbreitet, in dem einige besonders harte Diffamierungen von einzelnen Personen als "Interpretationsfehler" bezeichnet und gewissermaßen korrigiert werden, jedoch gleichzeitig der skandalöse Tenor der Disziplinierung nochmals bestätigt wird.

Redaktion "links"

Der aktive Gewerkschafter und Betriebsfunktionär Klaus W. Kowol (Bergneustadt) schrieb am 4.2.1978 an den DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter:

Werter Heinz Oskar Vetter!

Mit ist ein Schreiben an die DGB-Landesbezirke und -kreise zur Kenntnis gebracht worden, in welchem Du Dich auf der Grundlage einer Bundesvorstandssitzung mit dem 3. Russell-Tribunal beschäftigst und zu seinen Aktivitäten und den Persönlichkeiten, die es repräsentieren, Stellung nimmst.

Leider muß ich sagen, daß mich Deine Stellungnahme außerordentlich empört hat – ebenso stark wie Deine Ausfälle gegen die AKW-Gegner auf der 11. Ordentlichen Landesbezirkskonferenz in Essen, wo Du sie "Spintisierer", "Extremisten" und "Naturapostel" nanntest, wogegen ich mich verwahrt habe – Du erinnerst Dich!

Genauso wie es damals um Deine Meinung (oder die Meinung irgendwelcher Spitzenfunktionäre) zu den AKWs als sachliches Problem ging, genausowenig geht es hier – im Falle Russell-Tribunal – um Deine bzw. Eure politische Meinung zu einem sachlichen Problem. Die sei Euch belassen. Worum es geht, ist die Methode, dem Andersdenkenden vorab und gegen besseres Wissen das Wort dadurch zu entziehen und ihn also mundtot zu machen, indem man ihn in die bekannte extremistische Ecke stellt.

Die Gewerkschaften haben diese Methode immer wieder an sich selbst erleben und erleiden müssen (mit schlimmen Folgen), so daß man nun, den Verstand fast verlierend, verzweifelt sieht, mit welcher unbedenklichen Forsche leitende Funktionäre des DGB sich ihrer selbst bedienen!

"Wer" – so möchte man mit Brecht fragen – "schlägt da so auf Euch ein?" Welche Angst drückt Euch so, daß Ihr Euch immer wieder Blitzableiter sucht, an denen Ihr sie auslaßt?

Was veranlaßt Euch, Prof. Gollwitzer in den Geruch eines Pro-Kommunisten zu bringen, – einen Mann, der doch *an der Seite* der Gewerkschaften gegen Atomtod, Notstandsgesetze usw. gestanden und gekämpft hat, um dann freilich, an einem bestimmten Punkt, von Euch im Stich gelassen zu werden –?

Ist es vielleicht das schlechte Gewissen, das ja auch einen "Realpolitiker" in all seiner Realität zuzeiten überkommen mag?

Wer hat Dir Formulierungen wie *"gilt* als kommunistische Sympathisantin" oder *"gilt* als trotzkistischer Sympathisant" eingegeben – diese Art verschämt denunziatorischen Anwurfs? Wieso meinst Du, die zweitgrößte französische Gewerkschaft, die CFDT, *"gilt* als linksextremistisch"?

Bei wem und in welchen Kreisen gelten diese Menschen, gilt diese Organisation als was Du sie bezeichnest? Nicht doch in jenen Kreisen, bei denen wir, Du und auch ich, schon als Extremisten gelten? Mit wem also machst Du Dich aufgrund solcher Formulierungen gemein?

Was veranlaßt Dich, den norwegischen Konfliktforscher Galtung als Mitglied einer "orthodox-kommunistisch-beeinflußten Organisation hervorzuheben, warum nicht als Mitautor einer vom DGB verlegten Broschüre, die auf Gewerkschaftsschulen verteilt wird, oder als Gast einer Tagung der IG Metall 1972 in Oberhausen? Warum so selektiv?

Die politische Repression in der Bundesrepublik ist offenkundig und nicht etwa vom SB auf dem Antirepressionskongreß in Frankfurt erfunden worden. Und sie drückt sich nicht nur im "Skandal der Berufsverbote" (Detl. Hensche) und immer repressiveren Gesetzen und Spitzelaktionen aus, sondern zielt auch schon ganz unverblümt auf die Gewerkschaften. Nicht die Linke observiert gewerkschaftliche Veranstaltungen, nicht die Linke bereitet ein Verbändegestz vor, das die Gewerkschaften, die oh-

Programm der ersten Sitzung des Russell-Tribunals

Die erste Sitzungsperiode des Russell-Tribunals über die Situation der Grund- und Menschenrechte in der Bundesrepublik findet von Dienstag, 28. März bis Dienstag, 4. April 1978 in Harheim bei Frankfurt statt. Die öffentlichen Sitzungstermine sind von Mittwoch, 29. März bis Sonntag, 2 April. Von Mittwoch bis Freitag findet das Tribunal im Bürgerhaus Harheim, am Samstag und Sonntag in einem Großzelt direkt beim Bürgerhaus statt. Die Sitzungszeit ist jeweils vormittags von 9.30 Uhr bis 12.30 Uhr und nachmittags von 15 bis 18 Uhr. Der deutsche Beirat und das Sekretariat des Russell-Tribunals haben folgendes vorläufige Programm festgelegt:

Dienstag, 28. März: Konstituierung, interne Sitzung

Mittwoch, 29. März, vormittags: Vorstellung der Jury; Erklärung der Arbeitsweise und der Kriterien, nach denen das Tribunal arbeitet. Gutachten zur historischen Entwicklung der Bundesrepublik (Prof. Ossip K. Flechtheim)

Erster Berufsverbotsfall aus dem Bereich Schule

nachmittags: Drei weitere Berufsverbotsfälle aus dem Bereich Schule

Donnerstag, 30. März, vormittags: Ein weiterer Berufsverbotsfall aus dem Bereich Schule

Ein Berufsverbotsfall aus dem Bereich Hochschule

nachmittags: Gutachten zu Geschichte und Ausmaß der Berufsverbote (Prof. Jürgen Seifert)

Ein weiterer Berufsverbotsfall aus dem Bereich Hochschule

Freitag, 31. März, vormittags: Ein Berufsverbotsfall aus dem Bereich Medizin

Gutachten zur juristischen Problematik der Berufsverbote (Prof. Ulrich K. Preuß)

nachmittags: Zwei weitere Berufsverbotsfälle aus dem Bereich Medizin

Samstag, 1. April, nachmittags: Zwei Berufsverbotsfälle aus dem Bereich Justiz

Gutachten über die psychologischen Auswirkungen der Berufsverbote (Prof. Peter Brückner)

Sonntag, 2. April, vormittags: Ein Berufsverbotsfall aus dem Bereich Sozialarbeit

Gutachten zur Verhörpraxis (Rechtsanwalt Matthias Zieger und Peter Schneider)

Montag, 3. April: interne Sitzung der Jury

Dienstag, 4. April: Pressekonferenz

Die Darstellung der einzelnen Berufsverbotsfälle wird etwa folgendermaßen ablaufen: Die Betroffenen werden als Zeugen ihren Fall vortragen. Ein Jurist, der auf spezielle juristische Fragen, auf die grund- und menschenrechtlichen Aspekte eingehen und vor allem auch auf die Vielzahl der Parallelfälle verweisen wird, wird den Betroffenen als Koreferent zugeordnet. Außerdem sollen die entsprechenden Einstellungsbehörden – falls sie davon Gebrauch machen – ausreichend Möglichkeit haben, ihren Standpunkt vorzutragen.

demokratischen Gesetzsprechung umstellt und in ihren Möglichkeiten beschnitten sind, vollends an die Kandare nehmen soll. Frag' doch mal den Kollegen Loderer, den Kollegen Mahlein u.a.!

Wenn Du das Bedürfnis nach entsprechenden Zitaten, die meine Meinung stützen, aus dem Munde unserer Kollegen Gewerkschaftsführer haben solltest, wenn Dir Dein eigener Zeitungsausschnittdienst nicht reicht, – ich kann Dir gern ein paar Pakete davon schicken (einschließlich Deiner eigenen Auslassungen!)!

Die Geschichte hat gezeigt, daß an der Spitze der Arbeiterorganisationen der Mut, rechten und reaktionären Entwicklungen entschlossen entgegenzutreten, manchmal recht rar war, – so seid doch zufrieden, daß an der Basis noch Kollegen sind, die sich gegen die autoritäre (*nicht* faschistische) Welle stemmen, und die sich dazu auch der Mittel eines Russell-Tribunals bedienen!

Wie denn anders als durch ein versuchtes Bündnis zwischen der Linken (von der linken SPD über das SB bis hin zu denen, die in der GIM z.B. noch willens und fähig zu solidarischer Zusammenarbeit sind) und den Radikaldemokraten kann die Bedrohung unserer Demokratie abgewehrt werden?

Schön, wenn Ihr auch was tun würdet, – aber unser Vertrauen hat gelitten!

Wir igeln uns nicht ein in irgendwelche Dogmen, uns ist der DGB-Autor Bahro so nah wie der ermordete Allende!

Wenn Ihr da oben nicht wollt, so stellt uns wenigstens kein Bein und laßt jeden Gewerkschafter frei entscheiden, was er politisch tun will, wenn er es denn tun muß!

Der Kampf gegen die fortschreitende, sicher noch partielle und oft verdeckte (vor allem bei der Blindheit, mit der viele in Deutschland geschlagen sind) Repression dient der Demokratie, ist nicht gegen die Gewerkschaften gerichtet, sondern auch in deren Interesse.

Unsere und auch meine gewerkschaftliche Qualifikation ist dort nachzuprüfen, wo sie hingehört: im Betrieb und in der Gewerkschaft IG Metall – sie wird schon standhalten!

Mit freundlichen Grüßen …

★

Brief von Prof. Arno Klönne

Münster, 5.2.1978

Werter Kollege Vetter,

mit Datum vom 18.1.d.J. und mit Deinem Namen gezeichnet, ist ein Rundschreiben in Sachen Russell-Tribunal an die Landesbezirke und Kreise des DGB gegangen. Ich möchte Dir nicht verhehlen – und ich werde dies auch öffentlich zum Ausdruck bringen –, daß ich die Begründungen, mit denen in diesem Rundschreiben vor einer Unterstützung des Russell-Tribunals gewarnt wird, für einen Skandal halte. Ich schreibe dies als Mitglied einer DGB-Gewerkschaft und als jemand, der sich seit vielen Jahren aktiv für die Interessen der DGB-Gewerkschaften eingesetzt hat.

In dem Rundschreiben heißt es, bei den Initiatoren und Mitwirkenden des Tribunals handele es sich "zweifelsfrei um Vertreter DGB-feindlicher Gruppen", die das Ziel hätten, die Bundesrepublik "als einen faschistischen oder zumindest präfaschistischen Staat darzustellen". Tatsächlich ist weder das eine noch das andere der Fall. Als Begründung für die zitierten Behauptungen führt das Rundschreiben denn auch nur einige irreführende "Informationen" zweifelhafter Herkunft über die Vorgeschichte des Tribunals an, sowie politische Klassifizierungen der Mitglieder der Jury und des Beirats für das Tribunal, die Musterbeispiele für Diffamierung darstellen.

Um dies an drei Beispielen zu zeigen:

Über den international anerkannten Sozialwissenschaftler und Konfliktforscher J. Galtung weiß das Rundschreiben nur zu sagen, er sei "Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des orthodox-kommunistisch-beeinflußten Instituts für den Frieden in Wien". Dies ist ebenso diffamierend wie absurd; wer sich ein bißchen auskennt, würde nicht auf den Gedanken kommen, Galtung als "fellow traveller" abzuqualifizieren.

Über den Theologen H. Gollwitzer teilt das Rundschreiben mit, dieser sei "in Wort und Schrift Unterstützer der kommunistisch-gesteuerten Kampagnen gegen atomare Bewaffnung, Notstandsgesetze, Vietnamkrieg und Berufsverbote". Hier faßt man sich an den Kopf: Will der DGB sich selbst und viele seiner Funktionäre als "kommunistisch-gesteuert" vorstellen?

Ist beim DGB-Bundesvorstand nicht mehr bekannt, daß z.B. "Kampf dem Atomtod" (eine Kampagne, für die Gollwitzer eintrat) vom DGB selbst mitinitiiert wurde, – daß bei den Ostermärschen (für die Gollwitzer eintrat) Tausende von Gewerkschaftsfunktionären beteiligt waren, – daß die Kampagne gegen die Notstandsgesetze (für die Gollwitzer eintrat) von einigen DGB-Gewerkschaften mitgetragen und von Gewerkschaftern wie Mahlein, Georgi, Benz, Vitt u.a. repräsentiert wurde? Insofern ist auch die "Information" über Gollwitzer eine gezielte Diffamierung, die auf die Vergeßlichkeit der Leser des Rundschreibens rechnet.

Vollends zum Skandal wird das Rundschreiben aber, indem es über A. Jeanson mitteilt: "Ehemaliger Vorsitzender der (französischen) CFDT. *Die CFDT gilt als linksextremistisch.*" Hier erteilt also allen Ernstes der DGB-Bundesvorstand der französischen Gewerkschaft CFDT, die mit der dortigen Sozialistischen Partei eng verbunden ist und die in vielen internationalen Institutionen Partner auch des DGB ist, die Zensur "linksextremistisch"! Das ist ungefähr so, als würde der CFDT-Vorstand mitteilen, der DGB sei rechtsradikal. Kein Wunder, daß im westlichen Ausland der teutonische Übereifer bei der Suche nach Demokratiefeinden als selbst undemokratisch betrachtet wird … Werter Kollege Vetter, daß dieses Rundschreiben im DGB-Bundesvorstand ausgearbeitet werden und dann Deine Unterschrift finden konnte, ist ein starkes Stück. Man würde dem Aussehen des DGB weiteren Schaden zufügen, wenn man ein solches Rundschreiben ohne Kritik passieren ließe.

Mit freundlichen Grüßen …

zuschrift [redacted]

Aus dem Knast

Der Artikel in „links" Januar/78 von Hermut Ortner zur selektiven Solidarität mit Gefangenen nannte endlich mal Dinge beim Namen, die schon lange fällig waren.

Ich bin nun seit 7 Jahren in Haft, und muß laut Urteil lebenslänglich Knast schieben. Die ersten 44 Monate meiner derzeitigen Haft war ich vollkommen isoliert, wenn man von vereinzelten Besuchen von Verteidigern und Bekannten absieht. Wenn jemand weiß, was wirkliche Isolation, ohne Radio, Fernsehen, keine Tageszeitungen etc. bedeutet, wird mir recht geben, wenn ich sage, das ist der Tod auf Raten. Trotzdem habe ich diese Zeit verhältnismäßig gut überstanden, da ich vor allem in den letzten 12 Monaten dieser Isolation von einigen guten Genossen ab und zu ein paar Mark überwiesen bekam, Bücher und auch Zeitschriften abgegeben wurden. Irgendwie kam damals so was wie Solidarität, politisches Bewußtsein usw. in mein Gedankengut und seither habe ich, soweit man das von hier aus tun kann, die Beobachtungen gemacht, daß die Knastgruppen draußen einfach nicht in der Lage sind, wirklich effektiv was zu leisten.

Es mag sein, daß uns hier drin auch ein Verschulden trifft, das aber nicht so hoch einzuschätzen ist, wie das derzeitige Unvermögen der Leute draußen. Man hört hier drin, daß draußen die Leute viel über den Knast diskutieren, aber wie man wirklich effektiv etwas verwirklichen kann, das hat man bisher nicht herausdiskutiert. Irgendwie kommt einem das dann schon vor wie die derzeit so viel verlangten Untersuchungsausschüsse der SPD/FDP-CDU/CSU, viel bla bla und dann null. Von der linken Szene wurden die RAF-Leute hochgejubelt, und die anderen rund 50.000 dahinvegetierenden Gefangenen in der BRD wurden vergessen.

Als Beispiel möchte ich hier einiges anführen:

Seit der Verschiebung hier nach Straubing im Juni 1974 habe ich ca. 70 Gerichtsentscheidungen beantragt, wobei nur 7 einen Erfolg brachten. Die anderen 63 Gerichtsentscheidungen wurden kostenpflichtig verworfen, d.h. ich mußte pro Gerichtsentscheidung ca. 35.-- DM zahlen, manchmal weniger, manchmal mehr, verschiedene liefen auch unter dem Armenrecht.

Keinen hat es draußen gekümmert, wie und wovon ich das bezahlen soll, der größte Teil des Einkaufs ging dabei drauf, und was ich hier im Knast verdiene, wird wohl jeder wissen.

Der permanenten Zensur fielen auch verschieden Zeitschriften zum Opfer, darunter BLATT; AZ; ID; und noch einige andere Sachen, von Büchern mal ganz abgesehen.

Nach jeder Anhalteverfügung habe ich sofort die Redaktion der Verlage angeschrieben und angefragt, ob ich ne Gerichtsentscheidung machen soll, und ob sie einen Teil der Unkosten tragen würden.

Noch nicht mal für eine Antwort war ich genug, also habe ich die Gerichtsentscheidung wieder selbst bezahlt, Unterstützung gleich null.

Man fragt sich dann schon, warum man sich eigentlich auch noch einsetzen soll, daß eine bestimmte Zeitschrift hier im Knast in Umlauf kommen soll, wenn diejenigen, die sie drucken, gar kein Interesse daran haben …???

Mit den Briefkontakten ist es dasselbe: hundertmal habe ich rausgeschrieben, daß es hier von Straubing und auch anderswo unmöglich ist, an Adressen mit der Anschrift "Rote Hilfe", "Knastgruppe" usw. zu schreiben, denn diese Briefe werden einfach nicht befördert.

Seit Jahren versuchen wir hier in Straubing, daß sich 'ne gute Knastgruppe in Straubing, Regensburg oder Landshut installiert, nichts dergleichen.

Wir hier, und das muß ich mal feststellen, fühlen uns doch sehr im Stich gelassen, leider sind wir nur "normale" Gefangene und keine politischen, dafür ist unsere Opposition stark genug, um nicht dem Anpassungsdruck zu unterliegen, und was das heißt, kann nur der mitfühlen, der selber mal im Knast saß, besonders hier in Straubing.

Ich selbst persönlich habe eingesehen, daß es mir einfach nichts nützt, wenn ich mich hier, wie z.B. in Nürnberg, mit den Beamten prügle, Zellen zusammenschlage usw. Denn da habe ich im Endeffekt nur selbst Prügel bezogen, und mußte die Zelleneinrichtung bezahlen.

Heute weiß ich, daß meine größte Waffe nicht die Fäuste sind, sondern meine Schreibmaschine, und das bißchen juristisches Wissen, das ich mir angeeignet habe.

Ohne Hilfe, sei es die solidarische Unterstützung und/oder auch die materielle Hilfe von draußen, läßt sich aber innerhalb des Knastes nichts erreichen, da wir einfach zu schwach sind, um "Trockenperioden" durchstehen zu können.

Mit "Trockenperioden" meine ich, daß man als Oppositioneller im Knast ziemlich schnell mit einer Hausstrafe belegt wird, Arrest, Einkaufssperre usw. Wir hier z.B. haben von unserem geringen Einkommen (vom Arbeitslohn) einen kleinen Solidaritätsfonds geschaffen, um so auszuhelfen, wenn einer in der Klemme ist. Da wir ja über kein eigenes Geld verfügen, also alles vom Arbeitsverdienst kaufen müssen, Briefmarken, Batterien, Schreibpapier usw., kann sich jeder ausrechnen, was uns bleibt, wenn auch noch Gerichtsgebühren eingezogen werden.

Ich schließe mich deshalb dem Vorschlag von Ortner an, daß die Linken, die der Institution Knast den Kampf angesagt haben, sich wirklich verstärkt politisch und finanziell, praktisch und bewußt zusammenschließen und die gegenwärtig noch aktiven Knastgruppen unterstützen oder wo es angebracht ist neue gründen.

KLAUS GRAPETIN
JVA STRAUBING

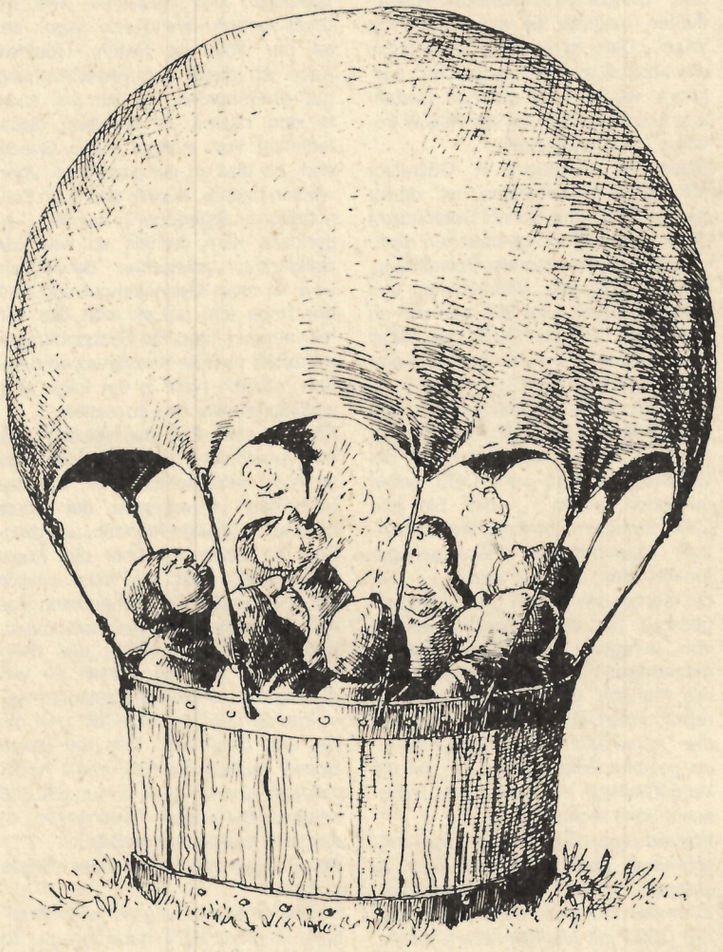
★

Die Reise nach "Tunix"

Vom 27.-29. Januar fand in Westberlin das "Tunix-Treffen" statt. Insgesamt 15-20 Tausend Teilnehmer wurden geschätzt, mindestens 4000 von ihnen aus der BRD, etwa 100 Franzosen und etliche Italiener. Prominenz aus dem In- und Ausland war geladen und tatsächlich gekommen: Foucault, Guattari, A. Glucksmann, Cooper u.v.a. Ort des Geschehens war das Hauptgebäude der Technischen Universität. In den verschiedenen Hörsälen und im Audi-Max fanden über drei Tage parallele Veranstaltungen statt, während im Foyer Musikgruppen spielten, was zu essen verkauft wurde etc. In einigen Berliner Kinos war ein spezielles Filmprogramm vorbereitet, an verschiedenen anderen Orten Berlins gab es weitere Veranstaltungen und Feste, Stadtteilagitation war geplant. Der äußerliche Eindruck: "ein Chaostreffen".

Veranstalter des Treffens war ein kleiner Kreis von Freunden und Genossen, eine "kleine politische Gruppe". Die Motivation für das "Treffen in Tunix" entsprang der Erfahrung der, wie sie es nannten, "Nach-Schleyer-Zeit" und Mogadischu, einer Zeit, die gekennzeichnet war durch die "Verschärfung der politischen und staatlichen Repression", sowie der Erfahrung der zunehmenden Hilflosigkeit eines großen Teils der Linken in der BRD. Mit "Tunix" sollte der Versuch gemacht werden, die bisherigen Inhalte und Formen der politischen Arbeit einer Kritik zu unterziehen. Gleichgültig in welchen Bereichen, ob Hochschule, Knast, Stadtteil, seit Jahren sei die eigene Politik gekennzeichnet von Erfolglosigkeit bzw. bringe nicht den Erfolg, den man sich erwartet habe. Diese Erkenntnis mündete in die Parole: "Wir müssen etwas Neues machen!". Tunix verstand sich als *neuer* Anfang.

Dieser neue Anfang sollte dazu beitragen, für die hier Versammelten Perspektiven zu entwickeln, den Erfahrungsaustausch von Genossinnen und Genossen in linken Projekten zu ermöglichen oder zu vertiefen und damit zu einem gewissen Teil aus der Zersplitterung unter den Linken selbst herauszukommen. "Alle sollen die Möglichkeit haben, sich auszudrücken, auf ihre Art". War zunächst ein Grund zur Durchführung des Kongresses die Erfahrung der eigenen Angst und Ohnmacht gewesen, "wir sind auf diesem Kongreß zusammengekommen, um darüber zu diskutieren, wie man in diesem Land ... überleben kann", verkehrte sich dies im weiteren Verlauf von Tunix ins Gegenteil: "Der Gegner ist der Staat, und seine Hauptfunktion ist, Angst zu machen", "alles andere klappt nicht mehr so". "Wir *sind* stark, wir müssen uns nur auf unsere eigene Kraft besinnen." Diese Kraft liegt in der "Vielzahl alternativer Projekte, Zeitungen, Kneipen, Läden usw. – ein großes Spektrum an *autonomen* Bewegungen, von den Ökologiegruppen bis zur Frauenbewegung", deren Gemeinsamkeit "in der Autonomie gegenüber dem Staat besteht, sie entziehen sich seinem Zugriff, können ihn unterlaufen und sind nicht integrierbar". Mit der Beschwörung der eigenen Stärke, die sich aus sich selbst heraus definiert, war eine Position vorgegeben, die eine Auseinandersetzung mit den Grenzen und Schwierigkeiten des eigenen Politikverständnisses und der politischen Bedeutung der eigenen Ansätze erheblich erschwerte.



Der Begriff der Autonomie, definiert als Autonomie gegenüber dem Staat, dehnte sich stillschweigend zur "Autonomie" gegenüber der Gesellschaft, auch der anderen Teile der Linken, aus. Sätze wie: "Wir kämpfen für unsere Interessen, nicht fürs Volk" oder "Modell Tunix gegen Modell Deutschland", versperrten den Blick und lassen wenig Raum für andere Argumente, wenn die eigene "Autonomie" dazu verführt, die eigenen durch eine spezifische gesellschaftliche Stellung und Sozialisation geprägten Werte und politischen Vorstellungen *unter der Hand* zu allgemein gültigen zu erheben.

Im Programm von Tunix fand die Absicht der Veranstalter ihren Ausdruck, nicht einen in sich schlüssigen Katalog von Themen anzubieten, sondern Handelnde und Betroffene zu Wort kommen zu lassen. Neben Großveranstaltungen wie "den Staat erobern oder zerstören", einer Veranstaltung zur Antipsychiatrie, zum Aufbau einer linken Tageszeitung in der BRD, zur "Stadtzerstörung" etc. gab es eine Vielzahl von kleineren Treffen zu Problemen aus der praktischen Arbeit: Situation im linken Buchhandel, Bedeutung linker Kneipen ..., Berufsverbote gegen Rechtsanwälte, medizinische Selbstversorgung und andere, sowie Diskussionsveranstaltungen der Schwulen- und Frauenbewegung. Bei diesen kleineren Treffen war ein Erfahrungsaustausch eher möglich, bestand auch die Chance, daß gemeinsame Perspektiven entwickelt werden konnten. Wenn Diskussionen stattfinden, dann hier; die Großveranstaltungen mit bis zu 7000 Teilnehmern hatten oft den Charakter einer Selbstdarstellung der Veranstalter, oder, überspitzt ausgedrückt, gerieten zur Prominenten-Schau. (Foucault kommt!). Das Gesamtprogramm auf ein Fehlen bestimmter Punkte abzuklopfen, geht an dem Anspruch von Tunix vorbei. Tunix hatte zwar den Anspruch, gesellschaftliche Zusammenhänge zu erfassen, aber nur insoweit, wie sich die "Bewegung" als Teil einer "alternativen Kultur" von ihnen betroffen fühlen konnte – d.h. insoweit die gesellschaftliche Realität für die eigene Gruppe bedrohlich oder dienlich erscheint. Daß Fragen wie die Krise, Arbeitslosigkeit – besonders naheliegend Jugend- und Akademikerarbeitslosigkeit – oder zu dieser Zeit aktuelle Streiks, aber auch das Russell-Tribunal nicht thematisiert wurden, resultiert aus einer Wahrnehmung der Gesellschaft, die weitgehend die eigenen Probleme zum Maßstab erhebt.

Wenn von "WIR" gesprochen wurde, bezogen sich die Beiträge nicht auf ein Spektrum verschiedener Ansätze "linker" Politik, sondern auf einen Ausschnitt innerhalb der Spontibewegung selbst. Es schien, als sei hier endgültig "der rote Stein des Weisen" gefunden worden. Nach vielen Seiten wurde hart abgerechnet, gegenüber den "Reformisten", den "K-Gruppen", den "Staatsorientierten", ebenso wie gegenüber den Spontis, die abweichende Auffassungen vertreten, wie z.B. der "Pflasterstrand". Die eben noch geleistete Kritik, daß "undogmatisch" in der Spontibewegung nicht etwa "ohne Dogma" heiße, sondern eben leider das unverbindliche Nebeneinander verschiedenster Dogmen bedeutet, blieb verbal, war verbunden mit dem Aufbau eines neuen Dogmas: "Die Trennungslinie verläuft entlang staatsorientiert und nicht-staatsorientiert". "Wir sind eher anarchistisch". Im gleichen Atemzug wurde mit den Hochschullehrern abgerechnet, die sich im Zusammenhang mit dem 'Buback-Nachruf' "auf Anforderung von oben distanzierten". Daß zufällig am gleichen Tag der Sternmarsch der Hochschullehrer zur Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit stattfand, wurde weder wahrgenommen noch erwähnt; es bestand hier überhaupt kein Ansatz, ihn als Teil eines gemeinsamen Kampfes zu begreifen. Ein Dialog wird nicht angestrebt.

Diese Einstellung zeigte sich unter anderem auch auf der am Samstag durchgeführten Demonstration vom Gefängnis Moabit in die Innenstadt – als Ausdruck der Solidarität mit den inhaftierten "Agit'-Druckern verstanden: Waren in den sechziger Jahren der Studentenbewegung Demonstrationen und politische Aktionen noch mit dem Ziel der "Einflußnahme auf das Bewußtsein der Bürger" verbunden, so zielte diese Demonstration nur noch auf die Solidarität innerhalb der eigenen Subkultur. Parolen oder Transparente wurden aufgegeben zugunsten von "selbstbefreiender" und "selbstdarstellender" Aktion, d.h. unmittelbarer Bedürfnisbefriedigung. Dahinter steht das Postulat der "Politik aus dem Bauch heraus". Das Selbstverständnis und Motiv für politisches Handeln soll sich aus persönlichem Unbehagen, "Betroffenheit" entwickeln, und nicht mehr an "traditionellen Positionen" wie "gewerkschaftlicher Orientierung", "Bündnis mit der Arbeiterklasse" ... orientieren. Aus dem so verstandenen Prinzip der "Betroffenheit" erfolgt oft eine nicht nur "Begrenzung der Sichtweise", sondern resultieren Fehleinschätzungen: Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Terrorismus fand in Tunix nicht statt, wurde nicht für notwendig befunden, da man sich bereits in der – von der bürgerlichen Presse aufgestellten – Position des "Sympathisanten" gefällt.

Wurde das Bedürfnis, "unsere Träume und Phantasien nochmals offensiv zu formulieren", in Tunix erfüllt? Gerade bei einem Treffen dieses Charakters ist es schwer, Konsum-

erwartungen durch praktische Solidarität zu durchbrechen, sich nicht nur auf die eigene Kraft zu besinnen, sondern auch tatsächlich "selbst was zu machen". Tunix war gerade in Großveranstaltungen von Konsumhaltungen geprägt. Verlief etwas nicht nach Programmankündigung, sprach auf der Veranstaltung nicht der Prominente soundso, kam Unmut auf. Zwischenrufe wie "ich will hier nicht euer Gequatsche hören, sondern ..." waren nicht die Ausnahme von der Regel.

Auch die sich als "gegenkulturell" Begreifenden stecken selbst in herrschenden Verhaltensformen. Das Gefühl der Solidarität, die gemeinsame Kraft, manifestierte sich weder beim Zuhören – längere Beiträge wurden oft unterbrochen – noch in den Beiträgen selbst. Die Veranstalter beklagten sich über die Teilnahmslosigkeit der Teilnehmer, wenn es darum ging, den *eigenen* Dreck zu beseitigen. Die große Fete, veranstaltet auch, um über einen Eintrittspreis Unkosten zu decken,wurde von den "Reisenden nach Tunix" gestürmt. Zurück blieb nicht nur ein finanzielles Defizit, deutlich wurde ein Defizit an der beschworenen Solidarität. Dies ist ein Gesamteindruck, d.h. gleichzeitig nicht, daß nicht viele Einzelerfahrungen von solidarischem Verhalten untereinander gemacht werden konnten. Von der neuen Qualität, daß sich die Sehnsucht des Einzelnen – Vereinzelten nach "Liebe und Zärtlichkeit, Verstehen und Verstanden werden und gemeinsam Handeln" umsetzte in eine kollektive Fähigkeit und Erfahrung, war in Tunix wenig zu spüren.

In vielen Beiträgen wurde Tunix als Kongreß einer "Gegenkultur" bezeichnet, die bestehende Wertvorstellungen durch den Aufbau "alternativer Projekte" – und Lebensformen infrage zu stellen trachtet. Also keine Subkultur, die sich im Rahmen der bestehenden Gesellschaft arrangiert, sondern der Versuch, gerade diesen Rahmen zu sprengen. Hier liegt eine Bedeutung für die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit Tunix innerhalb der Linken. Eine weitere liegt sicher in der Notwendigkeit, das sich hier formulierende Politikverständnis vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Misere der BRD zu begreifen.

Es ist nicht nur die Erfahrung weitgehender Perspektivlosigkeit innerhalb des kapitalistischen Systems, gerade für Jugendliche, es geht auch darum, daß in der BRD die politischen und sozialen Kräfte, die Alternativen zu formulieren in der Lage sind, gegenwärtig nur geringen Einfluß haben. "Das Besinnen auf die eigene Kraft" muß hier zunächst als Erkennen der Perspektivlosigkeit verstanden werden, wenn es so weitergeht wie bisher. "Wir scheißen auf das Modell Deutschland und bauen stattdessen das Modell Tunix auf", ist in diesem Sinne zu sehen. Es ist an dieser Stelle zu fragen, warum keine 'linke' Organisation in der BRD in der Lage ist, die hier in Tunix geäußerten Bedürfnisse im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung aufzugreifen. Der Versuch, sich selbst Mut zu machen (so formuliert von den Veranstaltern), ist fragwürdig und auch gefährlich, wenn der entstandene Mut auf Illusion beruht, die dann, "vor Ort", in der praktischen Arbeit zusammenbricht. Zurück bleibt dann völlige Resignation.

Für 1978 werden verschiedene Treffen dieser Art geplant, unter anderem in München und im Juli '78 in Frankfurt "das Treffen der Irren Europas". Die Anziehungskraft von Positionen, wie sie in Tunix vertreten wurden, die quasi eine sofortige Verbesserung der eigenen Situation versprechen, ist umso größer, je weniger eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ihnen innerhalb der Linken geführt wird. Statt sich in der Gebärde der Distanzierung zu üben, erscheint es notwendig, an diesen Treffen teilzunehmen, mit der Absicht, zu formulieren, daß und warum man sich weder als "Irrer" begreift, noch bereit ist, *sich selbst* Einfluß- und Mitwirkungsmöglichkeiten dadurch zu nehmen, daß man sich mehr oder weniger bewußt an den Rand der Gesellschaft begibt. Aus der Not eine Tugend zu machen, wie es in Tunix geschah, ist vielleicht eine Lebenskunst, aber eben keine emanzipative.

GITTE SCHEFER
CHRISTIAN ENGELL

ESG-Konflikte, Hintergründe, Perspektiven

Im August 1977 fand im Martin Luther King Haus der ESG *Hamburg* eine Pressekonferenz zweier Anwälte statt, die wegen politischer Gewalttaten Inhaftierte verteidigen. Es ging um die Haftbedingungen dieser Gefangenen. Nach Auffassung der ESG ist ein solches Engagement zu unterstützen, gemäß dem Auftrag der Kirche allen Mühseligen und Beladenen gegenüber – unabhängig von deren Gesinnung. Die betreffenden Anwälte standen unter dem öffentlichen Vorwurf, ihre Mandanten in strafwürdiger Weise zu unterstützen, waren (und sind) aber deswegen nicht angeklagt. Was im rechtsstaatlichen Prozeß gilt, gilt für öffentliche Angriffe erst recht: Die generelle Unschuldsvermutung, ehe nicht ein rechtskräftiges Urteil vorliegt! – Dennoch mißbilligte das Nordelbische Kirchenamt in Kiel (NAK) diese Raumvergabe. Man beschloß, eine restriktive Raumvergaberichtlinie zu erarbeiten und betraute zwei Hamburger Oberkirchenräte mit unmittelbaren Eingriffsrechten in die Raumvergabe der Hamburger ESG. Aber das war nur der Anfang.

In einer Anti-AKW-Veranstaltung im MLK-Haus tauchten im September Exemplare eines anonymen fotokopierten Flugblatts auf, das zu individuellen Aktionen gegen namentlich genannte Direktoren der Norddeutschen Kernkraftindustrie aufrief. Dies Flugblatt gelangte über mehrere Stationen an den Hamburger Bischof, und Ende Oktober wurde daraufhin, ohne Rücksprache mit der ESG, das Martin Luther King Haus überraschend für alle Gastgruppen gesperrt. Grund: Aufruf zu individuellem Terror, obwohl ausdrücklich gesagt wurde, man werfe weder der ESG noch den Gastgruppen die Urheberschaft vor! Vehemente Proteste und wiederholte Verhandlungen brachten es nur dahin, daß das NAK schließlich einen Ausschuß einsetzte, der nun die Raumvergabe überwachen sollte. Die ESG wehrte sich auch dagegen. Welche Konsequenzen es haben wird, daß die ESG das Haus offen hält, bleibt abzuwarten.

Ähnliche Vorgänge häufen sich seit einiger Zeit. Um Raumvergabe und Zusammenarbeit ging es auch in *Tübingen*. Nach jahrelangem Streit setzte die evangelische Synodenmehrheit der Württ. Kirche im Oktober 1977 als letzte Maßnahme durch, daß der ESG der jährliche frei verfügbare Zuschuß von DM 9.800.-- für 1978 gestrichen wurde. Grund: Das Tagen einer Gruppe der "Christen für den Sozialismus" im Haus der ESG und deren Unterstützung durch die ESG. Raumvergabe an Gastgruppen ist das Thema auch in *Marburg*: Dort wurden von dem neu eingesetzten Studentenpfarrer die ESG-Räume für alle Gastgruppen gesperrt, darunter jahrelange Gäste der ESG, wie Zivildienstleistende und Ausländergruppen. Originellerweise ließ man hier die CfS-Gruppe weitertagen. In *Köln* greift der Evangelische Arbeitskreis der CDU seit längerer Zeit vor allem die Studentenpfarrer an; auch hier ist der Grund die Raumvergabe an linke Gruppen und (angebliche) Zusammenarbeit. Eine CDU-Dokumentation dazu konnte freilich der Unseriosität überführt werden, und bisher behielt die Kirchenleitung offenbar die Nerven.

Dies sind nur Beispiele, und es ist nötig, sich einige Umstände in Erinnerung zu rufen, die solchen Konflikten zugrundeliegen, ihnen auch in Zukunft zugrundeliegen werden, soweit man sieht. Dazu drei Feststellungen:

1) Westdeutsche Landeskirchen geben in den letzten Jahren einer im deutschen Protestantismus schon immer wirksamen Tradition besonders deutlich Ausdruck: *Im Konsens mit den im Staat herrschenden Tendenzen zu bleiben.* Das aus der nachreformatorischen Zeit des 16. Jh. stammende Bündnis von "Thron und Altar", das den Staat betont als gottgewollte Obrigkeit verstand (bis hin zur faschistischen 'Obrigkeit'), so daß man nicht in der Lage war, den Staat als geschichtliches, von Menschen gemachtes, also auch änderbares Gebilde zu verstehen, schlägt bis heute durch. So war auch die Haltung der Kirchen zur französischen Bewegung des 19. Jh. eindeutig klar: Trotz aller caritativen Bemühungen um menschliches Elend wurden politische Tendenzen, die Elend *verursachende* Verhältnisse bekämpfen und damit auch die staatliche Ordnung politisch bedrohen, von der Kirche abgelehnt. Ihre caritative Arbeit dient bis heute gerade auch zur Aufrechterhaltung des Bestehenden. Es ist mit Händen zu greifen, daß dies kirchliche Obrigkeitsdenken in modernem Gewand nahezu bruchlos weiter gepflegt wird,

Syndikat

Manfred Schneider
Die Angst und das Paradies des Nörglers
Versuch über Karl Kraus
208 Seiten. Großformat. Kartoniert.
DM 28,–

Dieser Versuch will dazu anregen, das Werk von Karl Kraus gegen den Strich eingefahrener negativer wie positiver Erwartungen zu lesen. Eine solche Lektüre gelingt nur dem, der seine eigene Wahrnehmungsfähigkeit an dem „bösen Blick" des Nörglers schärft und seine Bereitschaft zur Empörung über die Ungeheuerlichkeiten unseres bürgerlichen Statistenlebens am Feuer der *Fackel* erneut entzündet.

Fritz Kramer
Verkehrte Welten
Zur imaginären Ethnographie des 19. Jahrhunderts
135 Seiten. Großformat. Kartoniert.
DM 20,–

Das europäische 19. Jahrhundert „entdeckte" fremde Völker und ihre Kulturen als Verkehrung der eigenen – ebenso vertrauten wie schon entfremdeten – bürgerlichen Welt. Das geschah zunächst am Schreibtisch (etwa bei Herder und Hegel, bei Winckelmann und Creuzer), dann auf hektischen Forschungsreisen wie bei Bastian oder in geduldiger Feldarbeit wie bei Malinowski, und schließlich mit Stift und Pinsel bei Gauguin, Pechstein, Nolde u. a. Fritz Kramer interpretiert diesen Prozeß der „Aneignung durch Negation" als *imaginäre Ethnographie*, die ihr Gegenstück hat in den von den kolonialisierten Völkern gezeichneten Bildern der Europäer, die nicht der Aneignung, sondern der Abwehr dienten.

Bitte schicken Sie mir regelmäßig Informationen aus dem Syndikat.

Name

Adresse

SYNDIKAT
Autoren- und Verlagsgesellschaft
Postfach 174003
6000 Frankfurt am Main 1

Syndikat

wenn der Rat der EKD und die Landeskirchen in ihren Erklärungen zum Terrorismus Dankbarkeit und grundsätzliche Zustimmung zum gegenwärtigen Staat äußern, wenn gesagt werden kann, "nur ein starker Staat kann ein liberaler Staat sein", und die stärkere Bemühung um die "Grundwerte" empfohlen wird (EKD), oder wenn sogar auf dem ureigensten Gebiet der Kirche, in Gebetsvorschlägen, die Fürbitte für Terroristen 'vergessen' wird, wie es in einigen Landeskirchen geschah. Die immerhin in Ansätzen auch politisch gewendete Opposition der "Bekennenden Kirche" gegen den Nazistaat wird schlicht verleugnet, wenn in der EKD-Erklärung zwar die Barmer Erklärung zitiert, deren staatskritische Partien aber weggelassen werden.

2) *Die Landeskirchen sind heute finanziell von Kirchensteuern und staatlichen Zuschüssen abhängig*. Wegen des hohen Personalkostenanteils (ca. 60% der Etatsumme) sind sie zudem finanziell relativ unbeweglich. Jeder Großverdiener, der aus der Kirche austritt (und womit motiviert wohl ein Großverdiener seinen Kirchenaustritt?), jede Bedrohung staatlicher Zuschüsse (und warum werden die wohl manchmal bedroht?), gefährdet den wahrlich großen Apparat kirchlicher Arbeit. Von da geht ein erheblicher Druck auf Kirchenadministrationen aus. Diejenigen, die wegen zu großer Übereinstimmung der Kirche mit staatlichen Tendenzen austreten, fallen – finanziell! – demgegenüber nicht so sehr ins Gewicht ... Von Landeskirchen bestellte soziologische Untersuchungen haben außerdem ergeben, daß die Stabilität der Volkskirche angeblich am ehesten gewährleistet wird, wenn der religiöse Bedarf der Menschen möglichst konfliktlos gedeckt wird. Von daher genießt auch die sog. "fromme Welle" und das Ansteigen der Theologiestudentenzahlen aus diesen Bereichen das warme Wohlwollen kirchlicher Administratoren. Demgegenüber 'stört' alles, was als links empfunden wird.

3) *Die oft gegen die ESG gewendete These von der notwendigen politischen Neutralität und Enthaltsamkeit der Volkskirche ist der Sache nach eine Scheinthese*. Der bekannte Satz Kaiser Wilhelms II: "Die Herren Pastoren sollen sich aus der Politik heraushalten, dieweil sie das gar nichts angeht"; Goebbels zynische Empfehlung, die Kirche solle sich um den Himmel kümmern und den Politikern die Erde überlassen; oder auch der wohltemperiert-subjektive Satz des gegenwärtigen Bundeskanzlers von einer Kanzel (!), politisierende Christen seien ihm ein Greuel (sinngemäß zitiert) – das alles macht den Hintergrund dieser These deutlich. So ist es nicht verwunderlich, daß in vielen Leitungsgremien von Kirchen Personengruppen aus traditionell konservativ denkenden Schichten und Personen mit konservativen Überzeugungen dominieren. In Zeiten, da die gesellschaftlichen Verhältnisse Resignation und Konservatismus begünstigen, stoßen dann Gruppen, die fromm sind *und* politisch rechts stehen, bei der Diffamierung von Christen und Gemeinden, die sich theoretisch und praktisch für den Sozialismus einsetzen, in Kirchenadministrationen auf offene Ohren. Wenn dazu die veröffentlichte Meinung nahezu unisono gegen Linke in der Kirche hetzt, dann reagiert man eben. Faktisch bedeutet die These von der Überparteilichkeit und Neutralität der Kirche nichts als die – bewußt gewollte oder internalisiert-selbstverständliche – Zusammengehörigkeit von Kirche und Staat. Aber man muß ernstlich fragen, ob nicht inzwischen sogar von einer "Unterwanderung der Kirche von rechts" zu reden ist (Buchtitel, pdi, lesenswert!). Politische Neutralität, die auch die Linken in der Volkskirche duldet, ist jedenfalls nicht drin.

Staeck-Postkarte

Auf dem Hintergrund dieser Feststellungen fällt es nicht schwer, Gemeinsamkeiten in den anfangs geschilderten 'Fällen' zu entdecken. Linke in der Kirche sind von Kirchenleitungen immer nur allenfalls geduldetes Ärgernis gewesen, und wenn Gelegenheiten sich bieten, geht man gegen sie vor. Erkennbar ist heute öfter sehr gezieltes Überreagieren bei kleinen Anlässen im Windschatten der allgemeinen Sympathisantenhatz. Ziele sind *einmal*, die Berührung mit als links diffamierbaren Gastgruppen möglichst öffentlich zu kappen, um sich Angriffsflächen vom Halse zu schaffen. Aber *weitergehend* gilt es offenbar, die politisch mißliebige ESG-Arbeit überhaupt zu verändern oder zu beenden. Sei es, daß man aus früheren ESG-Mitteln Konkurrenzunternehmungen "neuer kirchlicher Hochschularbeit" hochzieht (wie in *Hamburg* seit einem Jahr), sei es, daß man der aufmüpfigen ESG Pastor, Geld und Haus wegnimmt und von neu eingesetzten Pastoren eine "neue ESG" (unter Verwendung des alten Namens) anfangen läßt, wie in *Hannover*, sei es auch, daß man Studentenpfarrer so unter Druck setzt, daß sie dies Geschäft selbst besorgen (Orte mögen hier ungenannt bleiben) – die Frage ist an der Zeit, wie das weitergehen soll. Wird es in einigen Jahren eine andere ESG geben? Wunschziel mancher Kirchenleitung ist das gewiß.

Zweierlei zunächst: Einmal ist auch die ESG von dem Stimmungsumschwung in der Linken, angesichts des gesellschaftlichen roll-back, des allgemeinen McCarthyismus und der schwindenden Berufschancen, also von dem wachsenden Druck auf die Hochschulen nicht unberührt geblieben. Und dann: Die von 'reformierten' Oberstufen kommenden Jungsemester sind anders als die von der Schülerbewegung mobilisierten Abiturienten früherer Jahre; ihre Probleme aufzunehmen fällt mancher ESG noch schwer. Hier liegt in der Tat eine objektive Chance für "neue" kirchliche Hochschularbeit, die "Nestwärme", "Geborgenheit", eben Hilfe für psychische Probleme anbietet und die frustrierend erfolglose, als "verkopfter" Flugblattradikalismus leicht angreifbare, "radikale" Politik einfach wegläßt. Kurzfristig ergibt das auch Chancen für neue religiöse Bewegungen, auch 'christlicher' Provenienz.

Aber die ESG beginnt, diese Probleme aufzugreifen. Es ist ja deutlich genug, daß der caritative touch der "neuen" kirchlichen Arbeit die alte Sache ist: Anpassung an die restriktiven Verhältnisse unter Ausklammerung des Bewußtseins, daß die psychischen Probleme der Studenten zum guten Teil gerade das Signal der Aussichtslosigkeit in Sachen Emanzipation sind, die der gesellschaftliche roll-back herstellen will! Was das für die Erstsemesterarbeit der ESG bedeutet, ist allerdings noch wenig klar. Wieder einmal heißt es neu zu buchstabieren, was das heißt: Ansetzen bei den Interessen der Studenten – Hochschulprobleme, Ausländerfragen, Bürgerinitiativen: Die Arbeitsfelder sind da, aber wie führt man durch die desorientiert-verstockte Resignation hindurch an diese Felder heran?

Seit längerem ist überdies die Besinnung im Gang, was denn das inhaltliche Wesen der ESG sei, also 'ihre Sache'. Die Kirchenkonflikte haben diese – theologische – Arbeit eher intensiviert. Das ist keine theoretische Arbeit, abgehoben von jeder Praxis; der Darmstädter Kongreß im Oktober 1977 mit nahezu 1000 Teilnehmern zeugt davon. Diese theologische Arbeit darf auch nicht als Rückfall ins Nur-Religiöse mißverstanden werden, dafür sorgt schon das spannungsreiche Mit- und Nebeneinander von Christen und Nichtchristen in der ESG, das von beiden Seiten bejaht ist. Die theologische Arbeit der ESG knüpft an die befreienden Traditionen des christlichen Glaubens an, die durch die ganze Kirchengeschichte da waren, meist unterdrückt, aber nicht ausrottbar: Das geht von den Propheten des Alten Testaments und der Bergpredigt des Nazareners über heute unbekannte frühe Kirchenväter, über Albigenser, Waldenser und den linken Flügel der Reformation (Müntzer, Wiedertäufer) bis zu religiösen und christlichen Sozialisten der jüngeren Vergangenheit und denjenigen christlichen Gruppen, Gemeinden und Kirchen in Südeuropa, Lateinamerika und Afrika, denen Reich Gottes und Erlösung nicht bloß Innerlichkeit und Jenseitshoffnung, sondern Kampf um Befreiung von Elend und Unterdrückung bedeuten. Daß in Kirchengemeinden auch unseres Landes Leute leben, die davon hören wollen, ist eine wichtige Erkenntnis für das Arbeitsfeld Kirche – das andere Arbeitsfeld der ESG, auch über den Hochschulbereich und die Studentenzeit hinaus. Das Klima in diesem Land kann, falls die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung sich fortsetzt, noch wesentlich kälter werden. Das gilt auch für den kirchlichen Bereich. Es kann praktisch bedeuten, daß die bisherige ESG zum Teil oder ganz von den Fleischtöpfen der kirchlichen Institution vertrieben wird, und mit ihr manche andere Initiative, die diese Möglichkeiten gastweise und z.T. sehr sinnvoll mit nutzen konnte. Die ESG wehrt sich dagegen, mit gutem Recht; es muß auch nicht so kommen, aber es kann so kommen. Und das kann schmerzlich und kurzfristig auch politisch schwierig werden: Niederlagen wollen verkraftet sein. Aber manches wird dabei auch klarer.

TH. HELMRADT

Biermann-Tournee

Im April und Mai startet Wolf Biermann eine Konzertrundreise in der ganzen BRD. Veranstalter und Organisator dieser Tournee ist die Kulturinitiative Frankfurt. "Vor Ort" wurden jeweils fortschrittliche Organisationen, Institutionen und Initiativen angesprochen und ihnen angeboten, als Mitveranstalter aufzutreten. Die vorläufigen Stationen der Rundreise sind:

16.4. Kiel
17.4. Bremen
19.4. Bielefeld
22.4. Köln
24.4. Kassel
26.4. Dortmund
27.4. Offenbach
1.5. Saarbrücken
3.5. Tübingen
5.5. Ulm
6.5. Heidelberg
8.5. Hannover
10.5. München
11.5. Nürnberg
13.5. Regensburg

SB-Hamburg zur alternativen Wahlliste Bürgerschaftswahl 1978

Die in diesem Jahr stattfindenden Landtagswahlen rücken erneut die Bedeutung der Parlamente und unser Wahlverhalten in den Vordergrund der politischen Diskussion. Neu hinzugekommen ist, daß Teile der Bürgerinitiativbewegung an einigen Orten dazu übergehen, sich als Alternative zu den politischen Parteien anzubieten. Dies gilt bisher vor allem für die AKW- und Umweltschutzbewegung, die als "Grüne Listen" kandidieren.

In Hamburg, wo am 4. Juni gleichzeitig mit Niedersachsen die ersten Landtagswahlen des Jahres stattfinden, stellt sich dagegen die "Wehrt-Euch-Liste" aus Basisinitiativen der unterschiedlichsten Bereiche wie z.B. Mieter-, Lehrer-, Frauen-, Jugendzentrums-, Kinderladen- u. AKW-Ini-

Katastrophe Brunsbüttel

Durch frühere Erfahrungen gewarnt, verlangte auch die "Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe" (BUU) seit längerem die Publizierung des Katastrophenschutzplans für das AKW Brunsbüttel. Im übrigen mit demselben Erfolg wie die süddeutschen Atomkraftwerksgegner. Deshalb haben Mitglieder der Bürgerinitiative aus eigenen Informationen und den Bruchstücken der Pläne, die bereits bekannt geworden sind, eine erste Analyse angefertigt und sie in einer Broschüre zusammengefaßt:

"Das Bild sieht katastrophal aus: Die bekannten Katastrophen-Abwehr-Maßnahmen gehen von sehr kleinen Unfällen aus – die Großkatastrophe soll nicht zur Kenntnis genommen werden." Was die Sicherungsmaßnahmen angeht, schreiben die Verfasser: "Im Falle eines Super-GAUs, also eines so großen Unfalls, daß es zu Freisetzungen von radioaktiven Stoffen an die Außenwelt im großen Maßstab kommt, werden dieselben Polizisten (die im Februar '77 Brokdorf "geschützt" haben) uns Bürger daran hindern, das verseuchte Gebiet zu verlassen! Dafür ist heute schon durch Sperrpläne usw. Sorge getragen."

Der Titel der Broschüre: BUU-Arbeitskreis Brokdorf, Der Katastrophenfall Brunsbüttel, Krempe/Holstein 1978.

tiativen zur Wahl. Dieses Wahlbündnis setzte sich gegen eine auf den AKW-Bereich beschränkte "Grüne Liste" durch. Von den politischen Organisationen unterstützt vor allem der KB die "Wehrt-Euch-Liste". Das SB-Hamburg gab zu der Beteiligung an den Bürgerschaftswahlen Anfang Januar 1978 folgende Stellungnahme ab.

I.

Im Sommer '78 finden in Hamburg Wahlen zur Bürgerschaft statt. Bei den letzten Wahlen auf Landes- und Bundesebene gab es für einen großen Teil der Linken keine Möglichkeit, ihre politischen Vorstellungen in Wählerstimmen umzusetzen. Diese Tatsache wurde vielfach als Mangel und als Zeichen für die Schwäche der Linken empfunden. Die Bundestagswahl im Oktober '76 machte uns allen deutlich, daß es aussichtslos war, sozialistische Politik durch unsere Wahlentscheidung zu fördern. Weder die Wahl des "kleineren Übels", noch die Protestwahl von Splittergruppen, noch ein Wahlboykott konnten überzeugen.

Durch die mögliche Aufstellung alternativer Listen scheint sich jetzt jedoch ein Ausweg aus dem beschriebenen Dilemma anzubieten.

II.

Uns erscheint der Hintergrund wichtig, vor dem es zu Wahllisten verschiedener Bürgerinitiativen gekommen ist und kommen soll.

Die Entstehung von Bürgerinitiativen während der letzten Jahre zeigt, daß für die Bevölkerung wichtige Probleme von bestehenden Parteien (und Gewerkschaften) nicht vertreten werden. Bei Wahlen jedoch wählen dieselben Bürger eben diese Parteien. Eine Verdrossenheit über die herrschenden Parteien zeigt sich also im Wahlverhalten nicht (hohe Wahlbeteiligung, 98% der Stimmen für die im Parlament vertretenen Parteien).

Die Bürgerinitiativen stellen sich nicht zur Wahl, weil sie meist nur ein bestimmtes Problem behandeln und kein gesamtpolitisches Konzept besitzen, das sie über ihr Ziel hinaus eint. Sie leisten aber wichtige Arbeit in den Bereichen, die uns alle unmittelbar angehen, wie z.B. Kinder- und Jugendfreizeitzentren, Frauengruppen und -häuser, Mietergruppen, Lehrergruppen, bis zum Umweltschutz u.a.m. Allerdings arbeiten diese Bürgerinitiativen, gerade weil sie von sehr unterschiedlichen Problemen betroffen sind, bis jetzt noch weitgehend isoliert voneinander. Da sie zudem getragen werden von Menschen mit sehr verschiedenen politischen Vorstellungen, fehlt ihnen der für eine Wahlbeteiligung notwendige Zusammenschluß zu einer Massenbewegung mit gesamtpolitischer Perspektive.

Deswegen können zur Zeit die verschiedenen Basisgruppen, Bürgerinitiativen, Stadtteilzentren usw. sich nicht zu einer Wahlliste zusammenschließen, ohne daß die Mehrheit von ihnen ein fremdes politisches Programm übernehmen müßte.

III.

In Hamburg sind z.Zt. drei verschiedene alternative Listen für die Bürgerschaftswahl in der Diskussion. Das Sozialistische Büro Hamburg hält eine Aufstellung solcher Listen in der gegenwärtigen Situation nicht für sinnvoll.

1. Das SB wird in Verbindung gebracht mit einem sogenannten "Block freier Bürger", der sich auch "Grüne soziale Liste" nennt und vorgibt, daß "die meisten Bürgerinitiativen" hinter ihm stünden. Hier versuchen verschiedene Parteien (z.B. AUD und FSU), die bisher in politischen Auseinandersetzungen nicht in Erscheinung getreten sind, als Motor einer die BIs umfassenden gesamtpolitischen Bewegung aufzutreten. Diese Parteivertreter rennen der Bewegung der BIs hinterher, um ihre eigene Erfolglosigkeit zu übertünchen. Hiermit hat das SB nichts zu tun.

2. Gegen eine "Grüne Liste" (Ökologie-Liste) haben wir grundsätzliche Bedenken. Eine Wahlaussage, die sich jetzt noch beschränkt auf ein einziges, wenn auch sehr bedeutendes gesellschaftliches Problem, ist für eine Kandidatur untauglich, da schon vor und vor allem nach Parlamentswahlen Stellungnahmen zu allen politischen Fragen erforderlich sind.

Wir meinen, daß die Aufstellung einer "grünen Liste" gerade auch dann fragwürdig wird, wenn, wie es in Hamburg scheint, sie dazu dienen soll, eine momentane Schwäche der Anti-AKW-Bewegung zu überwinden. Die Beteiligung an einer Wahl kann nicht aus einer politischen Schwäche eine Stärke machen, sondern kann im Gegenteil allenfalls aus einer relativen politischen Stärke heraus erfolgen.

3. Politische Stärke ist unseres Erachtens auch nicht die Grundlage für die geplante "Wehrt-Euch-Liste". Solche Stärke zeigt sich unserer Auffassung nach erst

– an einer großen Zahl von BIs und aktiven Mitarbeitern und deren erfolgreicher Arbeit an konkreten Problemen,

– an kontinuierlicher und gefestigter Zusammenarbeit der BIs an gemeinsamen Aufgaben und an der daraus resultierenden Möglichkeit zur Bildung eines gemeinsamen politischen Grundverständnisses,

– an einem Verhalten großer Teile der Bevölkerung, die nicht mehr alle Maßnahmen des Staates widerspruchs- und widerstandslos hinnehmen.

Die beiden zuletzt genannten Voraussetzungen scheinen uns in Hamburg nicht gegeben zu sein. Die BIs der Anti-AKW-Bewegung arbeiten als einzige zusammen, und selbst diese Zusammenarbeit ist durch Meinungsverschiedenheiten erheblich gefährdet. Gelingt es dennoch, viele BIs zu einer "Wehrt-Euch-Liste" zusammenzufassen, so wird diese Zusammenarbeit den Wahltag kaum überstehen.

Für eine solche Zusammenfassung gibt es zur Zeit nur zwei Möglichkeiten: Entweder einfache Aneinanderreihung von Forderungen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen oder Erstellen einer geschlossenen Programmatik. Das eine ergibt durch seine Unausgegorenheit für die Außenstehenden, die aber gerade angesprochen werden sollen, keine attraktive Wahlaussage. Das andere führt unweigerlich zu einer Vereinheitlichung über Abgrenzungen und Ausschlüsse.

4. Die Beteiligung an einem Wahlbündnis belastet die einzelnen Initiativen in hohem Maße und gefährdet deren konkrete anstehende Arbeit. Falls die Initiatoren auch in der Lage sein werden, bis zur Wahl beides miteinander zu verbinden, so wird dies mit Sicherheit nach der Wahl ihre Kräfte übersteigen.

Das bedeutet, daß bei Überwindung der 5%-Grenze die Abgeordneten von diesen Initiatoren nicht unterstützt werden können. Wenn auch eine kleine Gruppe diese Unterstützung zu leisten vermag, so wird es doch keine demokratische Rückbindung der Abgeordneten an den Willensbildungsprozeß der Bürgerinitiativen geben. Wir fürchten, daß so die Vertreter der Bürgerinitiativen zu einer schlechten Kopie der "nur ihrem Gewissen verantwortlichen" Parlamentarier werden.

Das Parlament kann dann auch nicht

Neue Broschüre im Verlag 2000
Rationalisierung – Arbeitslosigkeit – Widerstand

Seit mehreren Jahren sind in der Bundesrepublik offiziell mehr als eine Million Arbeitslose registriert. Die wirkliche Zahl liegt noch weitaus höher. Angesichts der anhaltenden Rationalisierungswelle sind in den nächsten Jahren Hunderttausende zusätzlich vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht. Die Auswirkungen der Massenarbeitslosigkeit sind in allen gesellschaftlichen Bereichen spürbar.

Wie schätzen wir die weitere Entwicklung ein? Wie können wir uns gegen die Bedrohung am Arbeitsplatz wehren? Wie sollen bereits arbeitslos gewordene Kollegen reagieren? Zu diesen Fragen ist soeben eine aktuelle Broschüre im Verlag 2000 erschienen:

Rationalisierung – Arbeitslosigkeit – Widerstand. Analysen, Materialien und Erfahrungen, 168 Seiten, Preis: 8 DM.

In vier Schwerpunkten versuchen die für diese Broschüre verfaßten Beiträge, die wesentlichsten Aspekte der gegenwärtigen Situation darzustellen. Der erste Teil enthält vor allem Beiträge zur Krisenproblematik, den Rationalisierungsstrategien des Kapitals und den gewerkschaftlichen Reaktionen. Die Beiträge des zweiten Teils setzen sich mit betrieblichen Widerstandsstrategien und der aktuellen Gewerkschaftspolitik auseinander. Im dritten Teil werden – ausgehend von einer Kritik der herrschenden Technologie- und Wachstumsfetischisierung – Möglichkeiten alternativer Produktions- und Lebensgestaltung diskutiert, in deren Zusammenhang die Arbeitsplatzfrage sich grundsätzlich anders als unter den gegenwärtigen Produktionsbedingungen stellt. Im vierten Teil behandeln verschiedene Beiträge das Thema Jugendarbeitslosigkeit: von Fragen der Lehrlingsübernahme in Großbetrieben bis zu Erfahrungen arbeitsloser Jugendlicher in Selbsthilfekollektiven.

Diese Broschüre ist eine geeignete Einführung für jeden, der über zentrale Fragen von Rationalisierung und Arbeitslosigkeit Antworten sucht. Praktische Hinweise, ein ausführliches Literaturverzeichnis, nützliche Adressen, Hinweise auf Filme und andere Materialien ergänzen die Analysen und Erfahrungsberichte des Textteils. Die Broschüre versucht, all denen Materialien und Orientierung zu bieten, die einen Weg suchen, um sich gegen die anhaltende Arbeitsplatzvernichtung und ihre Folgen besser zur Wehr setzen zu können. Mit dieser Broschüre soll die vom Sozialistischen Büro gestartete Initiative gegen kapitalistische Arbeitsplatzvernichtung und Existenzbedrohung publizistisch unterstützt werden.

Die Broschüre kann gegen Vorauszahlung (in Briefmarken, Bargeld oder als V-Scheck der Bestellung beifügen) direkt bezogen werden bei Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4; bei Abnahme von mindestens zehn Stück kann bei der Vorauszahlung 20% Rabatt abgezogen werden. Die Broschüre ist auch in jeder linken Buchhandlung erhältlich.

– wie viele hoffen – als Tribüne für politische Propaganda benutzt werden, wenn es keine politische Organisation gibt, die die parlamentarische Arbeit der Öffentlichkeit bekannt macht.
In Hamburg besteht weiterhin die Gefahr, daß versucht wird, die Schwierigkeit, BIs zu einem Wahlbündnis zusammenzuschließen, dadurch zu überwinden, daß eine politische Gruppe ihre organisatorische Stärke dazu benutzt, eine Scheingemeinschaft herzustellen, indem sie die politischen Aussagen der Liste dominiert und indem verschiedene Initiativen (z.B. bei den Lehrern) überhaupt erst für die Wahl gegründet werden.

IV.

Trotz unserer Ablehnung alternativer Listen zur nächsten Bürgerschaftswahl meinen wir, daß die laufende Diskussion dazu beiträgt, Kontakte herzustellen und Grundlagen zu schaffen für eine engere und erforderliche Zusammenarbeit der Initiativen. Trotz unserer Kritik werden wir uns gegenüber der zukünftigen "Wehrt-Euch-Liste" oder "Grünen-Liste" selbstverständlich solidarisch verhalten.
Erst indem die Basisinitiativen ihre konkreten Einzelprojekte kontinuierlich untereinander koordinieren, könnten sie so langfristig eine gemeinsame sozialistische Perspektive erarbeiten. In diesem Prozeß wird es dann nötig werden, daß auch prinzipiell diskutiert wird, ob und unter welchen Bedingungen sich die BIs an Wahlen und Parlamenten überhaupt beteiligen wollen.
Hamburg, den 4.1.1978
ISZ/SB, Altonaerstr. 28, 2000 Hamburg 6.

Jugendhilfetag – Die Alltagsrealität in den Mittelpunkt stellen

In welcher Situation findet der Jugendhilfetag statt?

Die nun schon seit einigen Jahren andauernde ökonomische Krise und die in ihrem Gefolge auftretende Rollback-Politik der Bonner Parteien wird auch 1978 ihre Auswirkungen auf die Jugend- und Sozialpolitik haben. Selbst die wirtschaftspolitischen Wetterpropheten, die in ihren Verlautbarungen eher ideologischen Nebel verbreiten, kommen nicht umhin festzustellen, daß die Arbeitslosenrate in den nächsten Monaten und voraussichtlich Jahren nicht sinken wird. Offenkundig, daß die kapitalistische Produktionsweise nicht nur nicht in der Lage ist, die gesellschaftlichen Probleme zu bewältigen, sie ist eine existentielle Bedrohung des sozialen und ökonomischen Besitzstandes der Lohnabhängigen. Das brüchig gewordene "Netz der sozialen Sicherheit" soll mit dem "Ausbau der inneren Sicherheit" geflickt werden.

Vorbereitungstreffen zum Jugendhilfetag

Ein endgültiges Konzept für unsere Teilnahme wollen wir heute noch nicht vorstellen, da die Diskussionen in den AKS-Gruppen erst begonnen haben. Vorläufige Überlegungen gehen in folgende Richtung:
– Agitation und Diskussion mit der Bevölkerung/Herstellen von Öffentlichkeit mit Blick auf die tatsächlichen Probleme in dieser Gesellschaft und insbesondere der Jugendhilfe;
– Erarbeitung von exemplarischen Projekten im Markt der Möglichkeiten (z.B. Repression im Sozialbereich/Jugendarbeitslosigkeit/Geschlossene Heime);
– Film/Theater/Diskussionsveranstaltungen zu spezifischen Themen;
– Fête im Lehrer- und Sozialarbeiterzentrum zugunsten des Rotarbeitsfonds;
– Bücher- und Kommunikationsecke/Teestube.
Nun haben wir aber nicht die Absicht, uns isoliert und unkoordiniert von anderen Gruppen, Projekten und Initiativen vorzubereiten. Daher laden wir Vertreter von AKS-Gruppen, Projekten, Initiativen, Jugendverbänden etc. zu einem ersten Vorbereitungstreffen am 15./16.4.78 nach Köln ein.
Anmeldung: AF Sozialarbeit/Redaktionskollektiv Info Sozialarbeit, Postfach 591, 6050 Offenbach.

Augenfällig und für jeden sichtbar signalisieren Jugendarbeitslosigkeit, der verschärfte Numerus Clausus, Berufsverbote und Abstriche an den Reformen und Finanzierungsspielräumen der staatlichen Jugendpolitik die veränderten ökonomischen und politischen Bedingungen einer emanzipatorischen Jugendarbeit.
Die Jugendarbeitslosigkeit verweist auf die strukturellen Widersprüche im System der Berufspolitik und der Arbeitsplatzentwicklung. Numerus Clausus, Berufsverbote und die Veränderung der staatlichen Jugendpolitik zeigen einerseits die Grenzen der Reformhoffnungen der letzten Jahre und sind andererseits zum Instrument der Einengung und Unterdrükkung fortschrittlicher Initiativen und gewonnener institutioneller Spielräume geworden. Es wird nun deutlicher als zuvor, daß sich Jugenarbeit, berufliche Bildung und die Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in das kapitalistische Kalkül der Krisenbewältigung einzufügen haben.
Ansätze zu selbständiger, an den Interessen der Jugendlichen orientierter Arbeit im Bereich der Jugendzentren, der Verbandsarbeit, der Jugendbildung haben nun neben dem verschärften Leistungs- und Konkurrenzdruck in den Betrieben oder um Ausbildungsplätze und neben den miserablen Freizeitbedingungen auch stärker mit den erklärten Integrationsabsichten der staatlichen und von den freien Trägern betriebenen Jugendpolitik zu kämpfen. Diese Jugendpolitik äußert sich in
– der Kürzung bzw. Umverteilung von Mitteln für die politische Jugendarbeit zugunsten kompensatorischer Maßnahmen für sogenannte Randgruppen;
– in der Einfrierung oder Streichung von Stellen und Mitteln;
– im Rückzug der Verbände und Organisationen auf ihre ureigensten Verbandsinteressen und -ideologien, unter faktischer Aufgabe allgemeiner emanzipatorischer Zielsetzungen in der praktischen Arbeit;
– in einer wachsenden politischen Kontrolle der beschäftigten Sozialarbeiter und Referenten für politische Bildungsarbeit;
– in der verstärkten politischen Disziplinierung bis hin zur Kriminalisierung derjenigen Jugendlichen, die um Freiräume für ihre politische Arbeit und Freizeitorganisation kämpfen;
– in der Wiedereinführung der geschlossenen Unterbringung von Kindern und Jugendlichen.
Dies ist der Hintergrund, auf dem der 6. Deutsche Jugendhilfetag (DJHT) vom 9.-11.11.1978 in Köln stattfinden wird. Schaut man sich dagegen die bisher bekannt gewordene Konzeption und Absichtserklärungen an, so wird man kaum Hinweise auf die oben beschriebene Situation finden, eher wird man an die Thematik des 1974 von der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe (AGJ) abgesagten 5. DJHT erinnert. Mit dem Thema "Bildung und Erziehung durch Jugendhilfe" will die AGJ auf die parlamentarischen Beratungen für ein neues Jugendhilferecht Einfluß nehmen. "Die AGJ will in die Offensive gehen und für einen Bildungs- und Erziehungsanspruch der Kinder und Jugendlichen eintreten. Dies soll auf dem Jugendhilfetag dokumentiert und demonstriert werden und zwar in den Bereichen
– Elementarerziehung
– neue Formen der Erziehungshilfe
– Jugendberatung
– Jugendhilfe und Schule
– Jugendhilfe und Jugendarbeitslosigkeit
– soziales Lernen durch Freizeitaktivitäten."
(Dieter Greese in: deutsche jugend 8/77)

Wer veranstaltet Jugendhilfetage?

Jugendhilfetage fanden von 1966-1970 in zweijährigem Rhythmus statt. Sie wurden veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe (AGJ) – einer Interessengemeinschaft von ca. 60 bundesdeutschen Jugendhilfeorganisationen (Länderjugendminister, Landesjugendämter, Wohlfahrtsverbände, die im Deutschen Bundesjugendring organisierten Jugendverbände – mit Ausnahme des Bundes Deutscher Pfadfinder/BDJ, der 1974 nicht aufgenommen wurde – von der Deutschen Jugend des Ostens bis hin zu den SJD Die Falken und Fachorganisationen von der Aktion Jugendschutz bis zur GEW und ÖTV).
1970 wurden – wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen – die etablierten Jugendhilfeorganisationen mit einer breiten Protestbewegung aus dem Sozialbereich konfrontiert; den – mit Unterstützung des Sozialistischen Büros – in der Sozialistischen Aktion zusammengeschlossenen Initiativen und Sozialarbeitergruppen gelang es nicht nur, die Verbände und Institutionen zu verunsichern, ihrer radikalen Kritik am hergebrachten Jugendhilfesystem und der Situation der Kinder und Jugendlichen hatten Kirche und Staat nichts entgegenzusetzen.
Vieles, was von der Sozialistischen Aktion eingebracht, diskutiert und in Resolutionen verabschiedet wurde, fand später Eingang in Konzeptionen und Projekte. Aufgeschreckt durch die radikale Infragestellung des Jugendhilfesystems brauchte die AGJ vier Jahre, um 1974 zum 5. DJHT einzuladen. Doch kaum hatte sich wieder eine Sozialistische Aktion gebildet und deutlich gemacht, daß sie den Jugendhilfetag als Forum nützen würde, um der "rein fachlich orientierten und politisch unverbindlichen Diskussion über gesetzliche Reformtendenzen die wirkliche Praxis der Jugendhilfe und die Lage der Betroffenen entgegenzustellen", war für die Veranstaltergruppe klar, daß sie die politischen Auseinandersetzungen auf dem 5. DJHT nicht in ihr genehme Bahnen würden lenken können.
Im Zentrum unserer Kritik standen – die inhaltliche Ausrichtung ("die Widersprüchlichkeit der Sozialarbeit als Versorgungs- und Disziplinierungsinstrument staatlicher Politik, die reale Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse greift die Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe ebensowenig auf wie die aktuellen Kämpfe der Arbeiterbewegung und die politischen Konflikte im Sozialbereich." Die angebotene Thematik zielte auf eine "Verrechtlichung" und "Verfachlichung" der Diskussion und damit auf die Leugnung materieller Interessen und die Verharmlosung und Neutralisierung

Dokumentation zum Jugendpolitischen Forum 1974

Im Hinblick auf die bereits angelaufenen Vorbereitungen zum 6. Deutschen Jugendhilfetag, der im November in Köln stattfindet, gewinnt die Dokumentation zum Jugendpolitischen Forum neue Aktualität. Das JupoFo ist unter dem Thema "Jugend in der Klassengesellschaft – Möglichkeiten fortschrittlicher Praxis" als Alternativveranstaltung zum 5. Deutschen Jugendhilfetag, den die AGJ abgesagt hatte, von der Sozialistischen Aktion initiiert worden.
Auf 272 Seiten bringt die Dokumentation Materialien und Protokolle, Arbeitspapiere und Resolutionen, Erfahrungsberichte, Meinungen, Ergebnisse, Einschätzungen ... Wer also Genaueres wissen will über Zustandekommen der Initiative JupoFo, über deren Vorbereitungen und Verlauf, muß dieses Buch kennen – bei dem von ehemals DM 8,-- auf DM 3,-- (!) geschrumpften Preis wohl kein Problem!
Bestellungen bei: Verlag Jugend und Politik, Hamburger Allee 49, 6000 Frankfurt 90

gesellschaftlicher Widersprüche);
– die organisatorische Form, die die Artikulation gemeinsamer Interessen und ihre Durchsetzung verhindern;
– die Teilnehmergebühr.
Es wäre zu einer harten Auseinandersetzung um die Jugendhilfepraxis in Verbindung mit einer radikalen Kritik am Jugendhilferecht gekommen, bei der abzusehen war, daß die offiziellen Veranstalter und die Mehrzahl der ihr angeschlossenen Verbände nicht die erwartete Integration und Orientierung von Fachbasis und Betroffenen auf die von ihnen definierte Reformpolitik hätte leisten können. Statt sich dieser Auseinandersetzung zu stellen, begann die AGJ mit einer Diffamierungskampagne gegen die Sozialistische Aktion, an deren Ende die Absage des 5. DJHT stand.
Die Sozialistische Aktion zog daraus die Konsequenz und veranstaltete vom 6.-8.12.1974 zusammen mit dem BDP/BDJ, Judos und Jusos Ffm. in Frankfurt ein jugendpolitisches Forum, an dem 2.500 Jugendliche, Erzieher und Wissenschaftler teilnahmen.
Die AGJ reagierte mit einer Stellungnahme durch ihren Geschäftsführer Dieter Greese (Blickpunkt Mai 1975); sie versuchte noch einmal, ihre Absage zu rechtfertigen, sah sich aber andererseits – sicher auch aus organisationsegoistischen Gründen – angesichts der breiten Zustimmung, die das jugendpolitische Forum fand, gezwungen, die Aufnahme des Dialogs zu fordern.

Jugendhilfetag 1978 – Ein Schritt vor, zwei Schritte zurück

Offensichtlich hat sich innerhalb der Arbeitsgemeinschaft die Fraktion, die die Konzeption der offenen Jugendhilfetage überhaupt zu den Akten legen wollte, nicht durchgesetzt.
Nach drei Jahren Denkpause immerhin beabsichtigt die AGJ, im Herbst 1978 den 6. DJHT als offenes Forum durchzuführen. Es scheint, als hätte sie auch zumindest in einigen Punkten Lehren aus dem Fiasko von 1974 gezogen:
● Der Teilnehmerbeitrag entfällt für jeden, der "sich im Rahmen seiner Organisation aktiv beteiligt";
Wir gehen davon aus, daß "Organisation" nicht eingegrenzt wird auf traditionelle Trägerverbände, sondern Initiativen, Projekte und spezifische Zusammenschlüsse ebenso umfaßt;
● In Köln erhält jeder die Chance, seine Zielvorstellungen im Rahmen der Tagungsthematik zu artikulieren und seine Praxis zu demonstrieren. Dies soll im Rahmen eines "Marktes der Jugendhilfe" in Form von "Ständen, Diskussionsveranstaltungen, Theater- oder Rollenspiel, Dia- und Video-Vorführungen und Liederdarbietungen" möglich sein.
Hier ergeben sich für uns Ansatzpunkte, der Schokoladenseite der Jugendhilfe, wie sie sicher von der Mehrzahl der Verbände in Form von Selbstdarstellungen offeriert wird, an einigen exemplarischen Beispielen die Alltagsrealität der von Jugendhilfe Betroffenen und sie Ausübenden gegenüberstellen.
Darüber hinaus werden wir den Markt der Jugendhilfe zur Selbstdarstellung und als Ort der Kommunikation und der Diskussion von regionalen und überregionalen Aktivitäten nutzen. Inwieweit durch die Hintertür (die AGJ behält sich die Entscheidung über die Aufnahme einzelner Beiträge in das Programm vor) nicht durch eine Aus- und Begrenzung insbesondere von Initiativen und Projekten, die nicht einem großen Trägerverband angehören, erfolgt und eine Reihe von Darstellungen dem Prinzip "Ausgewogenheit" zum Opfer fallen, wird sich im Laufe der nächsten Monate herausstellen. Der Brief der AGJ-Referentin Brigitte Hartmann-Beutel auf die Stellungnahme der päd.extra-Redaktion hat diese Befürchtungen leider nicht ausräumen können.
Sollte es – was wir nicht hoffen – zu einer Auseinandersetzung kommen, so wird dies sicher Gegenstand der Auseinandersetzungen auf dem JHT sein. Die veränderte Organisationsform läßt einen Schritt nach vorn vermuten, vorausgesetzt, die Hintertür bleibt zu. Die AGJ geht aber wieder zwei Schritte zurück, betrachtet frau/man die inhaltliche Ausrichtung und die Zielsetzung des Jugendhilfetages. Die AGJ versucht einen Zug wieder in Fahrt zu bringen, der schon längst ausrangiert wurde.
Unverantwortlich, so zu tun, als sei der von ihr gewählte Zeitpunkt (November) geeignet, in die Offensive zu gehen und den Eindruck zu erwecken, als könnten vom Jugendhilfetag noch Impulse, geschweige denn Veränderungen am vorgelegten Jugendhilfegesetz (Referentenentwurf) ausgehen. Heute schon sind die parlamentarischen Weichen für dieses Gesetz einer amputierten Jugendhilferechtsreform gestellt.
Im November 1977 wurde – nachdem 1974 eine umfassende Jugendhilferechtsreform durch die ökonomische Krise gestoppt wurde – der neue Referentenentwurf in einer begrenzten Anzahl den diversen Verbänden und Organisationen zugestellt und ihnen zwei Monate zur Stellungnahme zugebilligt. So werden lediglich die Voten der Spitzenfunktionäre eingeholt, die Fachbasis wird von einer Diskussion praktisch ausgeschlossen. Im Frühjahr wird dann die Kabinettsvorlage erstellt, und im Herbst soll das Gesetz verabschiedet werden und scheibchenweise in Kraft treten.
Die Absicht der Arbeitsgemeinschaft, über den Jugendhilfetag Einfluß auf dieses Gesetz nehmen zu können, ist eine Illusion, auf diese Art und Weise läßt sich kein Handlungsspielraum zurückgewinnen – der Reformzug wurde verschrottet, der Referentenentwurf trägt eindeutig die Handschrift des Deutschen Vereins, der im Gegensatz zur Arbeitsgemeinschaft die Funktion der Jugendhilfe auf die Beseitigung von Sozialisationsdefiziten und die Leistungsbeschränkung auf 18 Jahre festschreiben will, während die Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe als eigenständige Sozialisationsinstanz neben Familie und Schule postuliert. Die pluralistische Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe selber verhindert aber eine offensive Konfrontation dieser unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen, so daß sich der Verdacht einer übergreifenden Arbeitsteilung einstellt:
– Staat und Legislative besorgen das Geschäft des aktuellen repressiven Krisenmanagements angesichts finanzieller Engpässe;
– die Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe und die Mehrzahl der Trägerverbände wollen mit einem fachlich abstrakt eingeklagten Bildungsauftrag der Jugendhilfe eine mittlerweile frustrierte Fachöffentlichkeit bei Laune halten.
In unseren Augen ist aber gerade diese Aufspaltung von Tagespolitik und abgehobener Fachlichkeit ideologisch; eine wirkliche Parteinahme für die materiellen und psycho-sozialen Interessen der Betroffenen kann inhaltliche Forderungen nicht von der Form der politischen Durchsetzung abtrennen. Eine solche Parteinahme setzt allerdings auch auf die kollektive Selbstveränderung von Verhältnissen und Verhalten und nicht auf eine Konzeption von Fachlichkeit, die letztlich darauf hinausläuft, die ganze Gesellschaft sozialtherapeutisch zu behandeln.
Wenn dieser Jugendhilfetag für uns überhaupt eine Funktion erhalten soll, dann darin, daß wir ihn von den Orientierungen auf eh aussichtslose Vorschläge für Gesetzesänderungen befreien und ihm eine ungeschminkte Bestandsaufnahme der alltäglichen Jugendhilfe, der Situation und der Interessen von Betroffenen und Jugendhilfemitarbeitern, sowie die Entwicklung von Handlungsperspektiven und Widerstandsformen entgegensetzen.

Teilnahme und Alternativen aufzeigen

Unsere Aufgabe besteht darin, die Möglichkeiten von Alternativen inner- und außerhalb von Institutionen in unserer Kritik und unseren Darstellungen sichtbar werden zu lassen, die den Lebenszusammenhang der Betroffenen ernst nehmen.
Eine Sozialarbeit, die sich als Alternative zur verwaltenden Fürsorge versteht, kann nicht die sozialstrukturellen Bedingungen dieses Elends aufheben, aber sie kann Hilfestellungen geben für Verarbeitungsmöglichkeiten, die nicht in der Sackgasse von Resignation oder individueller Gewalt enden, sondern Selbsthilfepotential bei den Betroffenen mobilisieren, um kollektive Veränderungsstrategien in der Nachbarschaft, im Stadtteil und im Jugendzentrum in Gang zu setzen. Diese in einer offenen und kontextbezogenen Sozialarbeit angelegten Möglichkeiten gilt es weiterzuentwickeln, anstatt sich zur bloßen Konfliktkanalisierung mißbrauchen zu lassen, was mit dem Jugendhilferecht beabsichtigt wird.
So gesehen wird der Jugendhilfetag nicht nur ein Forum einträchtig nebeneinander sich darstellender Jugendhilfekonzepte sein, sondern wir werden dafür zu sorgen haben, daß die Kontroversen auf den Tisch kommen. **ARBEITSFELD SOZIALARBEIT**

★

Musiker und Musikpädagogen

Der ADM (Arbeitskreis demokratischer Musiker), ein Zusammenschluß von fortschrittlichen Musikern und Musikpädagogen verschiedener politischer Couleur, veranstaltet vom 23.-27. März ein Arbeitstreffen zu den Themen: E-Musik im Unterricht. Wie stehen wir dazu? / Wir machen ein Kindermusical. Außerdem geben wir UE heraus. U.a. UE-Shanties 3.-- DM – UE-Blues & Rock'n'roll 6.-- DM (Lieferung erfolgt gegen Vorauszahlung/Briefmarken)
Tagungsanmeldung u. Näheres über den ADM bei: ADM c/o Hinnerick Bröskamp, Graelstr. 4, 4400 Münster, Tel. 0251/44724.

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 ● Redaktion "links" zur Zeit: Detlev Claussen, Roland Roth, Jutta Rücker, Hanfried Scherer (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe) ● Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack ● Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,00, Jahresabonnement DM 22,00 zuzüglich DM 6,00 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: hbo-druck, Einhausen ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!"; "links"-extrablatt; Drucksache "Betrifft: Russell-Tribunal mit anhängender Zahlkarte; Prospekt Information des VSA-Verlag: Wahl '78 – Frankreichs Linke; Prospekt "Broschüren des SB – Winter 1977/78".

Aufruf für einen "Aktionskreis Leben"

links

Die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie ist für große Teile des gewerkschaftlichen Apparats im Verein mit der sozialliberalen Koalition und der Atomlobby der Konzerne die Zauberformel für die „Sicherung der Arbeitsplätze". „Atomenergie sichert Arbeitsplätze" ist zum Hauptargument gegen die breiteste Volksbewegung geworden, die es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat und die gemeinsam mit zahlreichen Gegnern der Atomenergie in aller Welt gegen das Risiko der Atomwirtschaft Widerstand leistet. Gegen ein Risiko, das nicht nur vom Stand der Wissenschaft und Technik unkalkulierbar ist, sondern bereits aufgrund der Tatsache, daß optimale Sicherheitsvorkehrungen mit den Profitinteressen der Atomindustrie unvereinbar sind. Zahlreiche Wissenschaftler und Ärzte haben immer wieder auf die Gefahren hingewiesen, die von der Atomindustrie ausgehen, sowohl für die Bevölkerung und unsere Umwelt, als auch für die in laufenden Atomanlagen beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

- Angesichts der Tatsache, daß die Atomprogramme bei uns und anderswo vielfach noch am Anfang ihrer Verwirklichung stehen, ist die Zahl der bekannt gewordenen Störfälle, Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und Beinahe-Katastrophen bereits beträchtlich.
- Angesichts der Tatsache, daß zahlreiche technische Einzelheiten von Atomanlagen noch nicht ausgereift sind, funktionstüchtige Wiederaufbereitungsanlagen fehlen und die sogenannte Endlagerung hochradioaktiver Abfälle noch keineswegs gelöst ist, bzw. kommende Generationen mit unermeßlichen Aufwendungen und Gefahren belasten würde, ist jede großtechnische Atomenergiegewinnung nicht nur leichtfertig, sondern unverantwortlich.
- Angesichts der Tatsache, daß selbst Gerichte im Fall des ersten im Bau befindlichen Plutoniumbrüters bei Kalkar von Gefahren nationalen Ausmaßes sprechen (und dabei vergessen, daß Radioaktivität keine Grenzen kennt!); daß erst durch eine illegale Aktion von Atomwaffengegnern Teile von geheimen Katastrophenplänen an das Licht der Öffentlichkeit kommen, die beweisen, wie grob fahrlässig Regierung, Behörden und Betreiber mit dem Leben der Bevölkerung spielen.
- Angesichts der Tatsache, daß mit fieberhafter Eile astronomische Summen im Namen des Fortschritts, der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt und der Vollbeschäftigung in die Atomtechnologie investiert werden, und dabei extrem erhöhte Schadensgefahren in Kauf genommen werden, ist der Widerstand jedes denkenden Menschen Pflicht.
- Angesichts der Tatsache, daß die anlaufende Exportoffensive der deutschen Atomindustrie die internationale Weiterverbreitung von Atomwaffen und damit die wachsende Gefahr eines Atomkriegs heraufbeschwört, können wir nicht warten, bis die Katastrophe da ist.

Die Tatsache, daß Regierung und Konzerne das Atomprogramm gegen den offenen Widerstand breiter Schichten der Bevölkerung auch mit staatlicher Gewalt durchzusetzen bereit sind, daß bei einer Atomwirtschaft durch die Sicherheitsrisiken der weiteren Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten Tür und Tor geöffnet wird, stellt eine Herausforderung für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung dar.

Bereits heute müssen wir darüber hinaus das traurige Schauspiel erleben, daß sogar innerhalb unserer Gewerkschaftsverbände administrativ gegen engagierte Atomkraftgegner vorgegangen wird, die den offensichtlichen Mißbrauch gewerkschaftlicher Funktionen im Interesse der Atomlobby kritisieren.

In einer Reihe von Atom- und Rüstungskonzernen hat sich ein sogenannter Aktionskreis Energie gebildet, der offen für die Atom- und Vernichtungsindustrie Partei nimmt. Dieser Aktionskreis tritt seit einigen Monaten mit Anzeigenserien in gewerkschaftsnahen Zeitungen auf. Als Unterzeichner fungieren Gesamtbetriebsratsvorsitzende und Betriebsratsvorsitzende. Seit dem 29. September hat dieser „Aktionskreis Energie" mit offener Unterstützung des Bundeskanzlers eine Serie von Demonstrationen organisiert, an denen Geschäftsleitungen und mehrere tausend Beschäftigte gemeinsam teilgenommen haben. Weitere Aktionen dieser Art wurden angekündigt.

Zahlreiche Kollegen sind durch psychologischen Druck bis hin zur Drohung, den Arbeitsplatz zu verlieren, zur Teilnahme an den Aktionen genötigt worden.

Alle Kollegen sind aufgerufen, den irreführenden und verwerflichen Aktivitäten dieses Aktionskreises entgegenzutreten. Gegen den „Aktionskreis Energie" setzen wir einen "Aktionskreis Leben". Gegen den Marsch in den atomaren Wahnsinn setzen wir uns ein für die Mobilisierung des gewerkschaftlichen Willens und der gewerkschaftlichen Kraft zur Sicherung und zum Ausbau menschenwürdiger Arbeits- und Existenzgrundlagen.

Aus all diesen Gründen halten wir die sofortige Eröffnung einer freien und umfassenden Diskussion der mit der Atomenergie verbundenen Fragen für notwendig.

Wir fordern:

- die sofortige Einstellung des Atomenergieprogramms,
- keine weiteren Bau- und Betriebsgenehmigungen für Atomanlagen,
- Stillegung sämtlicher in Bau und Betrieb befindlicher Atomkraftwerke unter größtmöglichen Sicherheitsvorkehrungen,
- Exportstopp für Atomtechnologie,
- die Eröffnung einer demokratischen Diskussion und Beschlußfassung über ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm zur Verteidigung des Rechts auf Arbeit für alle!
- Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit,
- ein Programm öffentlicher Investitionen

a) für die beschleunigte Entwicklung und Anwendung menschen- und umweltfreundlicher Energiequellen (Sonnen-, Wind- und geothermische Energie) unter Kontrolle der Gewerkschaften.

b) für die massenhafte Schaffung von Arbeitsplätzen dort, wo der gesellschaftliche Bedarf am größten ist: in den sozialen Betrieben der Erziehung und Ausbildung, im Gesundheitswesen, der Altenpflege, der Freizeitgestaltung und in der Sanierung der Umwelt,

- für die Übergangszeit die verstärkte Nutzung der Stein- und Braunkohlevorkommen unter strengen Umweltschutzauflagen.

Erstunterzeichner: Heinz Brandt, Journalist/IGM; Jakob Moneta, Chefredakteur „Metall"; Prof. Robert Jungk, Schriftsteller; Prof. Obermair, Physiker/ÖTV; Dieter Braeg, Betriebsratsvorsitzender/IGM, Neuss; Jochen Strempel/HBV, Aachen; Elly Schnadwinkel/ÖTV, Dissen TW; Peter Jäger, Betriebsrat/IGM, Neuss; Orhanogliu, Hasan, Betriebsrat/IGM, Neuss; Poussatidis, Georgios, Betriebsrat/IGM, Neuss; Rainer Senteck, Betriebsrat/IGM, Mönchengladbach; Bruno Hommes, Betriebsrat/IGM, Neuss; Nokolic Borivoje, Betriebsrat/IGM, Neuss; Ludwig Jost, Betriebsrat/IGM, Aachen; Detlev Pipok, VKL/IGM, Aachen; Albrecht Clauß, Bezirksvorst./GEW, Bremen; Fritz Bettelhäuser, Betriebsrat/IGM, Bremen; Reinhard Krollmann, Betriebsrat/IGM, Bremen; Gerhard Janetzek, VM/VKL/IGM, Bremen; Traudel Bolletta, Betriebsrätin/IGM, Bremen; Dieter Seidel, Betriebsrat/IGM, Bremen; Adolf Schäfer, Betriebsrat/IGM, Bremen; Rolf Spalek, Betriebsrat/IGM, Bremen; Hasso Kulla, Betriebsrat/IGM, Bremen; Paul Jankowich, Betriebsrat/IGM, Bremen; Hüseyin Celik, Betriebsrat/IGM, Bremen; Heinz Norrenbrock, Betriebsrat/IGM, Bremen; Klaus Winkler, Betriebsrat/IGM, Bremen; Günther Niebank, Betriebsrat/IGM, Bremen; Conrad Bauer, Betriebsrat/IGM, Bremen; Til Ziese, Kreisvorst./ÖTV u. Personalrat, Singen; Gisela Eckhardt, Betriebsratsvorsitzende/HBV, Köln; Kurt Schultes, Betriebsratsvorsitzender/HBV, Köln; Rudolf Neller, Betriebsrat/HBV, Köln; Michael Falder, Betriebsrat/HBV, Köln; Jürgen Hartmann, Betriebsratsvorsitzender/HBV, Köln; Hans Müller, Betriebsratsvorsitzender und OV-Vorstand/HBV, Köln; Albert Fischer, Betriebsrat/IGM, Aachen; Herbert Straka, Betriebsratsvorsitzender/GHK, Großostheim; Dr. Lutz Mez, GEW/Berlin; Vera Hesse, Betriebsratsvorsitzende/NGG, Berlin; Frank Guthke/ÖTV/JV, Berlin; Wolfgang Zimmermann, ÖTV/VM, Düsseldorf; Lutz Reimers, ÖTV/VM, Düsseldorf; Hans-Jürgen Schulz, Personalrat/HBV, Hamburg, Norbert Cobabus, Personalratsvorsitzender/ÖTV, Frankfurt; Friedhelm Knipping, Personalratsvorsitzender/ÖTV, Frankfurt; Edith Bach, Personalrätin/ÖTV, Frankfurt; Hans-Jürgen Graf, Personalrat/ÖTV, Frankfurt; Doris Barth, Personalrätin/ÖTV, Frankfurt; Brigitte Bohnke, Personalrätin/ÖTV, Frankfurt; Werner Marburger, Personalrat/ÖTV, Frankfurt; Elisabeth Haustein-Abendroth, Personalrätin, Landes AjLE i.d. GEW, Frankfurt; Hans Haustein, Personalrat/GEW, Frankfurt; Dagmar Sack-Schleier, Personalrätin/GEW, Frankfurt; Ilse Schaad, Landesjunglehrervertreterin, AjLE i.d. GEW, Hanau; Josefa Hühner, 1. Vorsitzende AjLE, i.d. GEW, Hessen; Wolf Gebhard, Vorsitzender des AjLE Wetzlar; Jürgen Schnadwinkel, Zentraler Jugendausschuß Gew. Textil und Bekleidung, Dissen TW; Peter Heyer, geschäftsführender Landesvorstand der GEW/Berlin; Manfred Riebe, Personalratsvorsitzender/ÖTV, Bremen.

Erste bundesweite Arbeitstagung

Der hier dokumentierte Aufruf für einen 'Aktionskreis Leben" hat in den Betrieben und bei Gewerkschaftskollegen große Resonanz gefunden. Gleichzeitig haben sich erste lokale Initiativen für einen "Aktionskreis Leben" gebildet. Am 11. und 12. März wird nun in Frankfurt, Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12 (Beginn am Samstag, um 13 Uhr),eine konstituierende Arbeitstagung stattfinden, deren Ziel die Verständigung über Zielsetzungen und Forderungen, Schwerpunkte der weiteren Arbeit und die Adressaten des "Aktionskreises Leben" ist.
Diskussionsgrundlagen sind der bisher verbreitete Aufruf, die beiden bereits erschienenen Infos (ein drittes ist in Vorbereitung) und ein Diskussionspapier zu zentralen Argumentationen des "Aktionskreises Leben", das für die Tagung vorbereitet wird. Um die Arbeitsfähigkeit des Treffens zu sichern, werden die Gruppen und Kollegen gebeten, jeweils nur einen oder zwei Vertreter nach Frankfurt zu delegieren und sich vorher anzumelden. Für Übernachtung und Verpflegung ist gesorgt.
Anfragen, Anmeldungen und weitere Unterschriften bitte an: Gabriele Behrendt, Arnsburgerstr. 39, 6000 Frankfurt/M 60